



## MONATLICHER PRESSESPIEGEL

MÄRZ/APRIL 2020

Inhalt:

TEIL 1 CORONA-PANDEMIE

- Politik
- Wirtschaft
- Finanzen
- Transport und Logistik
- Tourismus
- Verschiedenes

TEIL 2 POLITIK

WIRTSCHAFT

FINANZEN

TRANSPORT UND LOGISTIK

TOURISMUS UND GASTRONOMIE

VERSCHIEDENES

**Botschaft von Luxemburg**  
Presseabteilung  
Klingelhöferstraße 7  
D-10785 Berlin

Tel. +49 30 263 957 0  
Fax +49 30 263 957 27

berlin.amb@mae.etat.lu  
berlin.mae.lu





GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG  
Botschaft in Deutschland

# STAAT UND POLITIK

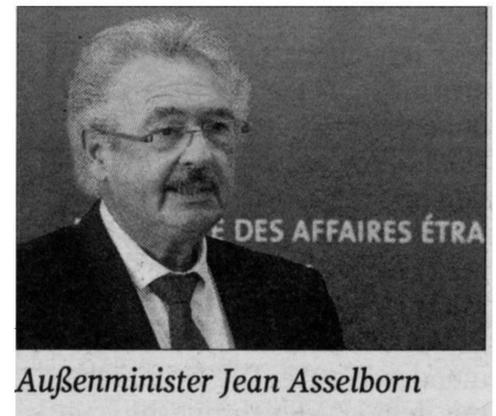
# Erfolgreiche Krisendiplomatie

Luxemburg nimmt zwölf junge, unbegleitete Flüchtlinge aus Lesbos und Chios auf

**Luxemburg.** Sein Handy kommt nicht zur Ruhe, Mails gehen hin und her, Videokonferenzen werden geschaltet. Außenminister Jean Asselborn (LSAP) ist unermüdlich im Einsatz, um zumindest einige unbegleitete minderjährige Migranten aus den Lagern auf den griechischen Inseln herauszuholen. Dann kommt endlich die erlösende Nachricht: „Wir haben es geschafft, in der kommen-

den Woche wird Luxemburg zwölf junge, unbegleitete Flüchtlinge, die sich derzeit auf den griechischen Inseln Lesbos und Chios befinden, aufnehmen.“ Asselborn wirkt sichtlich erleichtert, der wochenlange Einsatz hat sich doch noch gelohnt. Nun hofft er, dass das Beispiel Schule machen wird und dass auch andere europäische Länder minderjährige Migranten aufnehmen werden. Zwar sitzt auch der

Außenminister wegen der Corona-Krise fest, doch die Diplomatie macht keine Pause. So ist er zusammen mit dem Krisenteam des Außenministeriums dabei, luxemburgische Staatsbürger, die irgendwo auf der Welt gestrandet sind, nach Hause zu holen. Und auch bei der Beschaffung von Schutzmaterial ist der Einsatz der Diplomaten gefragt. DS



Außenminister Jean Asselborn

## Aufnahme von Flüchtlingskindern **Klare Zusagen, keine Umsetzung**

**Die Aufnahme von Kindern aus griechischen Flüchtlingslagern kommt nicht voran. Acht Staaten, darunter die Bundesregierung, hatten Zusagen gemacht. Nun wird Luxemburg aktiv, ein Flugzeug stehe bereit.**

Eigentlich wollten acht EU-Staaten 1600 unbegleitete oder kranke Kinder und Jugendliche von den griechischen Inseln aufnehmen. Finnland etwa kündigte an, 150 Minderjährigen Schutz zu bieten. Frankreich gab an, 400 Minderjährige zu sich zu holen. Das Ziel vor rund einem Monat war, Griechenland zu entlasten.

Für die Bundesregierung ist die Aufnahme von Flüchtlingen seit 2015 heikel. Die Sorge: Sollte sich Deutschland bei der Aufnahme von Schutzsuchenden zu großzügig zeigen, könnten sich die anderen EU-Länder aus der Verantwortung stellen.

Als vor rund einem Monat die Zusagen von weiteren EU-Partnern wie Irland, Portugal, Bulgarien, Litauen und Luxemburg vorlagen, war auch die Regierungskoalition aus Union und SPD bereit, den Griechen schutzbedürftige Kinder abzunehmen. Sieben andere EU-Länder - das reichte als Zeichen der europäischen Solidarität. Also fiel der Beschluss beim Koalitionsausschuss am 8. März, ebenfalls helfen zu wollen.

### **Komplizierte Prüfungen in Griechenland**

Seitdem ist kein einziges krankes oder unbegleitete Kind von Griechenland nach Deutschland oder in eines der sieben anderen EU-Länder gebracht worden.

Zumindest Luxemburg hat sich in dieser Zeit sehr engagiert. Wäre es nach Außenminister Jean Asselborn gegangen, hätte das verhältnismäßig kleine Land schon vor einem Monat ein Dutzend Minderjährige aufgenommen. Doch die Prüfung durch die griechischen Behörden ist gerade bei minderjährigen Schutzsuchenden besonders aufwändig. Zu klären ist etwa, ob sie wirklich minderjährig sind und freiwillig in EU-Staaten reisen wollen und nicht von irgendjemandem gedrängt werden.

Hinzu kommt, dass sich die griechischen Behörden auf der einen Seite und Hilfsorganisationen wie UNHCR und IOM auf der anderen nicht so schnell einig geworden seien, welche Kinder in die EU-Länder geschickt werden sollen, so Asselborn.

### **Ein Flugzeug steht bereit**

Nach einem Monat Verhandlungen sieht es jetzt allerdings so aus, als könne Luxemburg in der kommenden Woche, vielleicht sogar schon morgen, ein Dutzend Minderjährige aufnehmen. Ein Flugzeug stehe bereit, ebenso eine Unterkunft im Norden Luxemburgs - in Absprache mit der Caritas, sagte Asselborn.

Gerald Knaus von der Denkfabrik "European Stability Initiative", der mit Politikern in Griechenland und den EU-Staaten im Austausch ist, geht davon aus, dass die zwölf Minderjährigen nicht vor Freitag nach Luxemburg gebracht werden. Falls es kommende Woche doch klappen sollte, sei das zwar "ein sehr wichtiges Zeichen". Angesichts von 14.000 Kindern auf den griechischen Inseln sei es aber doch "ein Tropfen auf den heißen Stein".

### **Asselborn hofft auf Signalwirkung**

Auch der luxemburgische Außenminister sieht in seiner Hilfsaktion ein Signal, und zwar an die anderen sieben EU-Länder, die sich zur Aufnahme bereit erklärt hatten. Die Hoffnung: Deutschland, Frankreich und Co. würden dem Beispiel Luxemburgs folgen und ebenfalls besonders schutzbedürftige Minderjährige zu sich holen.

"Ich hoffe, dass Deutschland nicht auf Frankreich wartet und Frankreich nicht auf Deutschland wartet und in der Zwischenzeit geschieht nichts", sagte Asselborn dem *ARD-Hauptstadtstudio*. Es gehe darum, im Interesse der Kinder, aber auch im Interesse des Bildes, das Europa von sich abgebe, zu handeln.

### **"Luxemburg alleine ist es nicht"**

Die deutsche Regierung bleibt auch auf Nachfrage vage. Es ist noch nicht einmal klar, ob Deutschland 400 Minderjährige aufnehmen möchte oder mehr oder weniger. Diese Zahl hatte Frankreich genannt. Offenbar gibt es unterschiedliche Vorstellungen im Außen- und Bundesinnenministerium.

Überhaupt sei die EU-Kommission zuständig, die Verteilung der 1600 Menschen in der EU zu übernehmen, so Thorsten Frei. Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende pocht weiterhin auf die europäische Solidarität. "Das Entscheidende ist, dass wir einen europäischen Kontext haben, wie im Koalitionsbeschluss am 8. März vereinbart. Und dafür braucht es wenigstens eine Handvoll europäischer Staaten, die dort vorangehen. Mit Verlaub, Luxemburg alleine ist es nicht", so Frei.

### **Nur sechs Intensivbetten auf Lesbos**

Offenbar hat in den EU-Ländern die Eindämmung des Coronavirus Priorität. Die Situation in Griechenland scheinen viele zu verdrängen. Das könnte sich allerdings rächen.

Nach Ansicht von Gerald Knaus geht es für Europa nun darum, eine humanitäre Katastrophe auf den griechischen Inseln zu vermeiden. Auf Lesbos gebe es insgesamt nur sechs Intensivbetten. Sollten Menschen dort an Covid-19 erkranken, stünde Europa völlig hilflos dar. Knaus verlangt daher eine Strategie von der EU-Kommission: Die Schutzsuchenden, die unter menschenunwürdigen Bedingungen auf den griechischen Inseln lebten, darunter 14,000 Kinder, müssten aufs griechische Festland gebracht werden.

Einige Tausend bereits anerkannte Flüchtlinge auf dem griechischen Festland wiederum könnten schnell von Ländern wie Deutschland aufgenommen werden. So könnte unbürokratisch Platz für Familien von den Inseln geschaffen werden.

Und die EU-Kommission müsste mit der Türkei einen neuen Vertrag aushandeln und für Flüchtlinge in der Türkei Unterstützung bieten. Doch um so eine "große Lösung" scheint sich derzeit niemand zu kümmern. Derzeit gelingt noch nicht einmal die zugesagte Verteilung von 1600 Minderjährigen in acht EU-Ländern.

Neu angekommene Migranten werden auf Lesbos so gut es geht separiert. In diesen beiden Zelten leben Menschen aus dem südlichen Afrika.

Über dieses Thema berichtete die tagesschau am 05. April 2020 um 20:00 Uhr.

Von Michael Stempfle, ARD-Hauptstadtstudio



Asselborn bemüht sich um die Aufnahme der Flüchtlinge.

# „Wir haben gezeigt, dass es geht“

## Außenminister Asselborn über junge Flüchtlinge und digitale Diplomatie

**Interview: Dani Schumacher**

In Zeiten von Corona müssen auch Außenminister zu Hause bleiben. Untätig ist Chefdiplomat Jean Asselborn aber nicht. Er kümmert sich um luxemburgische Staatsbürger, die im Ausland gestrandet sind, und setzt sich dafür ein, dass die Schlagbäume an den inner-europäischen Grenzen wieder hochgehen. Er kämpft aber auch mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in den Lagern in Griechenland. Mit Erfolg.

**Jean Asselborn, gestern traf die offizielle Zusage ein, dass zwölf unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aus den Lagern auf den griechischen Inseln Lesbos und Chios nach Luxemburg kommen dürfen. Wann werden die Kinder ankommen?**

Voraussichtlich Mitte kommender Woche. Die Gespräche mit dem UN-Flüchtlingshilfswerk, mit der Internationalen Migrationsbehörde und der griechischen Regierung, denen ich für ihren Einsatz sehr dankbar bin, liefen in den vergangenen Tagen auf Hochtouren. Es war nicht einfach, es kam immer wieder zu Verzögerungen. Die Caritas hat sich bereit erklärt, die Jugendlichen aufzunehmen. Natürlich müssen sie erst einmal in Quarantäne.

**Befürchten Sie nicht, dass die Aufnahme von Flüchtlingen zum jetzigen Zeitpunkt in der Bevölkerung auf Kritik stößt?**

Das mag sein. Wir müssen aber gerade jetzt handeln, in einigen Monaten könnte es zu spät sein. Das Virus macht nicht vor den Flüchtlingslagern halt.

**Lesbos ist zum Inbegriff für das Versagen der EU in der Flüchtlingsfrage geworden ...**

In der Tat. Sogar die Kinder sitzen dort fest. Wir müssen etwas tun, es geht um Menschen, nicht um Kartoffelsäcke! Luxemburg hat nun bewiesen, dass es geht, dass man helfen kann. Ich hoffe, dass andere EU-Länder unserem Beispiel folgen werden.

Wenn jedes Land pro 500 000 Einwohner nur zehn Kinder aufnehmen würde, wären wir einen bedeutenden Schritt weiter, dann hätten etwa 5 000 Kinder eine Perspektive. Bislang haben sich neben Luxemburg aber nur Deutschland, Frankreich, Finnland, Portugal und Irland dazu bereit erklärt. Im Zusammenhang mit der Migrationsfrage können wir längst nicht mehr von einer Europäischen Union sprechen. Die Solidarität spielt nicht mehr, die meisten Länder übernehmen keine Verantwortung.

**Die Corona-Krise überlagert zurzeit die Flüchtlingsproblematik. Schon seit Jahren sucht Europa vergeblich nach einer Lösung bei der Migration. Wie soll das nun in dieser angespannten Situation gelingen?**

Das Thema Migration ist völlig in den Hintergrund geraten. Zurzeit kommen auch kaum neue Flüchtlinge nach Europa. Das Hauptproblem ist allerdings ohnehin die Wanderung der Flüchtlinge innerhalb der EU. Das Dublin-Abkommen funktioniert nicht. Wir brauchen Regeln für eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge, wir brauchen Quoten. Doch von einer solchen Lösung sind wir meilenweit entfernt. Wir werden nie eine gemeinsame europäische Migrationspolitik bekommen, davon bin ich mittlerweile fest überzeugt. Folglich geht das Gewurstel weiter. Daher ist es so wichtig, dass einige Länder den europäischen Humanismus hochhalten und Flüchtlinge bei sich aufnehmen. Ich bin mir aber bewusst, dass die wenigen Länder, die mitmachen, es auf Dauer nicht schaffen werden.

**Hinter der sanitären bahnt sich eine wirtschaftliche Krise an. Wird die EU diese doppelte Herausforderung überhaupt noch meistern können?**

Wir müssen es einfach schaffen. Nicht alles ist negativ. Es gibt unter den Europäern ein tiefes Mitgefühl. Deutschland und Luxemburg haben Kranke aus der

Region Grand Est aufgenommen. In den beiden von der Pandemie am stärksten betroffenen Ländern, Italien und Spanien, singen die Menschen neben ihren eigenen Liedern auch die Europa-Hymne. Sie glauben also nach wie vor an Europa. Diese Hoffnungen dürfen wir nicht enttäuschen. Ein Europa ohne Italien, ohne Spanien ist nicht denkbar.

Positiv sind auch die bislang ergriffenen Maßnahmen. Die Europäische Zentralbank hat 750 Milliarden Euro locker gemacht. Die EU-Kommission hat die Maastricht-Kriterien vorübergehend außer Kraft gesetzt, eine richtige Entscheidung. Die Europäische Investitionsbank ist dabei, einen Garantiefonds in Milliardenhöhe für kleine und mittelständige Unternehmen auf die Beine zu stellen. Dazu werden über den europäischen Rettungsschirm ESM noch einmal 410 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt und es wird darüber diskutiert, den ESM noch weiter aufzustocken. Wichtig ist, dass die ESM-Hilfen nicht wie in der Finanzkrise an Sanktionen gebunden werden. Es liegt also schon einiges auf dem Tisch. Die Finanzminister müssen nun darüber beraten, was sie daraus machen wollen.

**Und wenn das nicht reicht?**

Sollte das alles nicht reichen, stellt sich natürlich die Gretchenfrage. Wir müssen ein System finden, das es uns für die Dauer der globalen Krise ermöglicht, den Ländern mit europäischen Garantien für Staatsanleihen zu helfen. Meiner Meinung nach würden die exportorientierten Länder von einer solchen Lösung ebenfalls profitieren. Wenn die Märkte im Süden zusammenbrechen, bekommen sie nämlich ebenfalls Probleme. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Staaten wie Deutschland, die Niederlande oder Österreich tatenlos zusehen werden, wenn die Wirtschaft in Italien und in Spanien den Bach hinuntergeht. Ich bin mir aber bewusst, dass die EU in diesem Punkt auseinanderdriftet.

**Politiker wie der ungarische Ministerpräsident Victor Orban nutzen die sanitäre Krise, um ihre Macht auszubauen. Ist die Rechtsstaatlichkeit durch die Krise in Gefahr?**

Seit zehn Jahren beobachten wir in der Europäischen Union eine schleichende Orbanisierung. Nun stellt sich die Frage, ob wir akzeptieren, dass die Union weiter orbanisiert wird. Unter Orbanisierung verstehe ich, dass die Gewaltentrennung durchbrochen wird, dass die Justiz und die Presse nicht mehr frei sind, dass die Meinungsfreiheit nicht mehr garantiert ist. Wenn wir das nicht hinnehmen wollen, dann müssen wir einen Schlussstrich unter diese Entwicklung ziehen. Die EU ist ein Garant für den Frieden. Wir müssen den künftigen Generationen aber auch die Garantie geben, dass sie in Einklang mit den fundamentalen Werten der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit leben können, so wie sie im Vertrag von Lissabon definiert sind. Die Entwicklung, die wir in Ungarn, aber auch in anderen europäischen Ländern beobachten, ist Gift für die europäische Seele. Die fundamentalen Werte werden nicht nur untergraben, sie werden zerstört. Die Generation, die heute in der EU die Verantwortung trägt, darf dies nicht zulassen. Zum Glück gibt es einen Fels in der Brandung, und das ist der Europäische Gerichtshof. Mit seinem rezenten Urteil zur Relocation ist der EuGH dieser Rolle einmal mehr gerecht geworden. Ich hoffe, dass die EU-Kommission als Hüterin der Verträge in der Frage der Rechtsstaatlichkeit ebenfalls zu einem Fels in der Brandung wird.

**Werden die Populisten durch die sich abzeichnende Wirtschaftskrise an Einfluss gewinnen?**

US-Präsident Trump wird in Europa wegen seiner America-first-Politik kritisiert. Die Corona-Krise hat offenbart, dass auch in der EU viele Länder zuerst an sich selbst denken. Wenn ich optimistisch bin, dann sage ich, dass die Krise uns lehrt, dass wir nur mit multilateralen Lösungen weiterkommen. Die Vernunft müsste uns also dazu bringen, dass wir den Vereinten Nationen mehr Macht geben. Wenn ich aber pessimistisch bin, dann habe ich Angst, dass der Ruf nach der starken Hand wieder lauter

wird.

Die weltweiten Ausgangsbeschränkungen haben allerdings einen positiven Nebeneffekt. Sie haben dazu geführt, dass Kriege eingefroren, zumindest aber zurückgefahren wurden, etwa in Syrien, im Irak oder im Yemen. Das Virus hat die Waffen ausgebremst. Im Fall eines militärischen Angriffs brauchen wir die NATO, das steht fest. Das Verteidigungsbündnis hilft uns aber nicht in einer sanitären Krise wie dieser. Deshalb müssen wir nicht nur in Europa, sondern weltweit mehr in die Forschung investieren. Waffen können uns nicht gegen Pandemien schützen, die Forschung schon. Wir müssen uns bewusst sein, dass uns nach Covid-19 ein Covid-20 bedrohen könnte. Wir sollten daher einen Teil der Gelder, die in militärische Projekte fließen, in die Forschung investieren.

**Was macht ein Außenminister übrigens, wenn er im eigenen Land festsetzt und sich nicht um die Aufnahme von jungen Flüchtlingen kümmert?**

Die Diplomatie macht keine Pause. Die Gespräche gehen weiter, wenn auch unter anderen Voraussetzungen, etwa über Videokonferenzen. Als Übergangslösung ist das in Ordnung. Auf Dauer funktioniert die Diplomatie aber nicht über Telefon oder Video. Außenpolitik basiert auf

persönlichen Kontakten, sie wird von Menschen gemacht. Ich bin froh, wenn alles vorüber ist und der Austausch wieder auf persönlicher Ebene stattfinden kann – auf internationaler wie auf nationaler Ebene.

**Inwieweit ist das Außenministerium in die Bewältigung der Corona Krise eingebunden?**

Das Außenministerium muss generell die negativen Auswirkungen der internationalen Entwicklungen für Luxemburg so gering wie möglich halten. Im Moment bereiten die Grenzen uns Sorgen. Deutschland hat seine Grenzen ohne Vorwarnung dicht gemacht. Die Konsequenz: Auf der Brücke in Schengen steht eine Absperrung. Gerade in Schengen, und das fast auf den Tag genau 35 Jahre nach der Unterzeichnung des Schengen-Vertrags. Dass die Außengrenzen der EU geschlossen werden, ist angesichts des Ausmaßes der Krise richtig. Doch die Binnengrenzen müssen offen bleiben. Wenn Schengen nicht überlebt, dann wird die europäische Idee in den Köpfen der Menschen nicht überleben. Schengen und der Euro sind die größten Errungenschaften der EU.

Ich weiß nicht einmal genau, weshalb Deutschland die Grenzen dicht gemacht hat. Ein Virus lässt sich nicht von einem Zollbeamten aufhalten. Zudem sind die Übergänge nach Belgien und in die Niederlande immer noch offen.

Zum Glück hat sich die Situation etwas verbessert. Nur im Norden des Landes ist die Lage nach wie vor schwierig. Dort müssen die Leute weiterhin enorme Umwege fahren, wenn sie über die Grenze müssen. Ich denke, es wäre sinnvoll, wenn es in Berlin nicht nur ein Corona-Kabinett, sondern auch ein Schengen-Kabinett geben würde.

Für Luxemburg hat die Schließung der Grenzen wegen der vielen Pendler gravierende Folgen. Wenn die Grenzen vollkommen dicht wären, würde alles zusammenbrechen, die vitalen Funktionen des Staates kämen zum Erliegen. Dabei ist die Großregion ein Stück gelebtes Europa, die vier Länder sind zusammengewachsen. Wenn die Situation länger anhält, können wieder Grenzen in den Köpfen der Menschen entstehen. Die Freizügigkeit könnte in Frage gestellt werden.

**Das Außenministerium ist auch für die Rückführung der luxemburgischen Staatsbürger verantwortlich. Sind mittlerweile alle wieder wohlbehalten zurück?**

Wir nehmen unsere konsularischen Aufgaben sehr ernst. Bislang konnten wir etwa 400 Bürger wieder nach Hause bringen. Es hängen aber noch viele fest. Der Krisenstab besteht aus 24 Diplomaten, die rund um die Uhr im Einsatz sind. Bei den Rückholaktionen spielt zum Glück die euro-

päische Solidarität. Frankreich und Deutschland haben Luxemburger mitgenommen, und wir haben beispielsweise Nicht-Luxemburger aus sieben verschiedenen Nationen von Cap Vert zurückgebracht. In der ganzen EU wurden bislang 300 000 Menschen zurückgefliegen, weitere 350 000 warten noch darauf, dass sie nach Hause können.

Das Außenministerium ist darüber hinaus auch bei der Beschaffung von medizinischem Material gefordert. Unsere Botschafter setzen vor Ort alles in Bewegung, vor allem in China.

**Apropos medizinisches Material. Nun rächt es sich, dass Europa ganze Produktionszweige ausgelagert hat ...**

Europa hat die Produktion ausgelagert, weil es billiger, einfacher und bequemer war. Die EU braucht aber eine eigene Produktion von medizinischem Material und von Medikamenten. Wir sehen nun, wo die Abhängigkeit von Drittstaaten hinführen kann. Man muss aber auch wissen, dass China seinerseits bei den Ersatzteilen von Ländern wie der Schweiz und Großbritannien abhängig ist. Wenn Peking mehr Ersatzteile bekommen würde, könnte China weit mehr Schutzmaterial produzieren. Dass nun auch noch Lieferungen blockiert oder gar abgezweigt werden, macht mich wütend.

● *Ein Virus lässt sich nicht von einem Zollbeamten aufhalten.*

● *Ich hoffe, dass die EU-Kommission als Hüterin der Verträge in der Frage der Rechtsstaatlichkeit ebenfalls zu einem Fels in der Brandung wird.*

# Man wählt Köpfe, keine Parteien

## Das Luxemburger Wahlsystem und seine politischen Auswirkungen

Von **Morgan Kuntzmann**

„Die Entscheidungen von 1919 hatten und haben bis heute Konsequenzen, wie Parteien in Luxemburg funktionieren und damit auf die repräsentative Demokratie“, sagte der ehemalige LSAP-Politiker Ben Fayot auf der internationalen Tagung in der Chamber. Die Konferenz fand im Rahmen der bis September stattfindenden Ausstellung „100 Jahre allgemeines Wahlrecht“ des nationalen Geschichtsmuseums statt. Auf dem Tagungsprogramm standen Fragen wie: Wie entwickelte sich die Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht in Europa? Welche Formen nahm die parlamentarische Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg an?

Wie in anderen Ländern Europas wurde bis zum Ende des Ersten Weltkriegs im Großherzogtum das Zensuswahlrecht angewandt, ein Wahlsystem, das ein ungleiches Wahlrecht vorsah. Denn die Gewichtung der Stimme hing vom Besitz oder Steueraufkommen des Wählers ab. Dadurch konnten vor allem Arbeiter und Frauen gar nicht erst wählen.

### Die Notablen

Besonders Ben Fayot schaffte es mit seiner Präsentation zu der „Rolle der Parteien in der Luxemburger Demokratie“, eine Verbindung zu unserer Zeit herzustellen. Er stellte die Frage, ob das mittlerweile hundertjährige Wahlsystem an die heutige Ge-

sellschaft angepasst sei: „In Luxemburg werden Persönlichkeiten gewählt, keine Wahlprogramme. Auch wenn die Partei selbst bestimmt, welche Kandidaten aufgestellt werden, im Endeffekt zählt der Bekanntheitsgrad des Politikers. Diese Notorietät entstammt aus Aktivitäten, die relativ wenig mit Politik zu tun haben. Menschen, die bereits auf der Gemeindeebene wirken, Sportler, manchmal auch Medien-Prominenz werden von den Parteien aufgestellt. Die politische Glaubwürdigkeit spielt eher eine untergeordnete Rolle.“

Diese Besonderheiten des Luxemburger Wahlsystems entstehen durch die Möglichkeit des Panaschierens. Dadurch resultiere eine stärkere Gewichtung auf Persönlichkeiten als auf Parteien. Dem ehemaligen Abgeordneten nach, war die Entstehung eines solchen Wahlsystems ein Kompromiss der „Alten Eliten“ der Notablen, die sich so ihre Macht weiter sichern konnten.

„Die Fokussierung auf Persönlichkeiten und die Eigenheit der Wahlpflicht führte dazu, dass in Luxemburg Catch-all-Parteien entstanden sind“, sagte Fayot. Catch-all-Parteien sind Parteien, die mit möglichst allgemein gehaltenen Programmen versuchen, möglichst viele Wählerstimmen zu erhalten.

### Schwaches Parlament

„Das Land und die Bevölkerung hat

sich seit 1919 stark verändert. Nehmen wir nur die Bevölkerungszahl, die sich seitdem fast verdreifacht hat.“ Es stelle sich die Frage ob die seit 1988 auf 60 beschränkte Anzahl der Abgeordneten noch zeitgemäß ist. „Sollte sich die Anzahl der Abgeordneten nicht ändern, wenn die Regierung nun 17 Minister hat, während die Gesellschaft wächst und die politischen Aufgaben immer komplexer werden? Wie kann eine Kammer mit 60 Abgeordneten, von denen die Hälfte weitgehend mit lokalen Managementaufgaben beschäftigt ist, weiterhin eine ernsthafte Kontrolle über einen so großen Regierungsapparat ausüben?“, fragte Fayot auf der Tagung. Um dem Auftrag einer repräsentativen Demokratie wieder gerecht zu werden, fordert er, „dass die Anzahl der Abgeordneten erhöht wird und die einzelnen Wahlkreise abgeschafft werden.“ Dadurch könnten sich die Wähler eher auf nationale als auf lokale Fragen konzentrieren. Auch müsse die Gewichtung des Panaschierens im Wahlsystem reduziert werden. Im Gegenzug zu den staatlichen Zuwendungen der Parteienfinanzierung sollten die Parteien in die Fortbildung ihrer Mitglieder investieren. Fayot beendete seinen Vortrag mit den Worten: „Ich bleibe einer starken parlamentarischen Demokratie verpflichtet, lebendige Parteien sind ein wesentlicher Bestandteil davon.“

## Die Qual mit der Wahl

Von Danielle SCHUMACHER

**Das Wahlgesetz soll reformiert werden. Auf Nachfrage von Premier Bettel haben sich die Parteien in Bezug auf die Doppelmandate und auf die Wahlbezirke positioniert.**

Vor gut einem Jahr hatten die Fraktionen **Post von Premierminister Xavier Bettel** (DP) erhalten. Der Regierungschef wollte die Meinung der im Parlament vertretenen Parteien zu der im Regierungsprogramm festgehaltenen **Reform des Wahlgesetzes** einholen.

Bettel wollte unter anderem in Erfahrung bringen, wie sich die Parteien in Bezug auf die **Doppelmandate und die Wahlbezirke positionieren**. Eigentlich hätten die Antworten noch vor den Sommerferien vorliegen sollen. Doch in einigen Parteizentralen hat man sich Zeit gelassen. Die letzte Antwort trödelte erst Ende Februar ein.

**Bei den Doppelmandaten sind sich die Parteien weitestgehend einig:** Abgeordnete sollen sich in Zukunft auf ihr nationales Mandat konzentrieren. Wer im Parlament sitzt, soll nicht auch noch Bürgermeister oder Schöffe sein. Dem Gemeinderat dürfte der Parlamentarier aber weiterhin angehören.

### Ein Nein mit Nuancen

Es gibt aber Nuancen. So plädiert die **LSAP** beispielsweise für den **Vollzeitabgeordneten**. Konkret bedeutet dies, dass ein Volksvertreter einerseits nicht mehr im Schöffenrat seiner Gemeinde sitzen sollte und dass er andererseits aber auch **keine bezahlte Tätigkeit mehr ausüben darf**. Damit die Gemeinden auf nationaler Ebene weiterhin Gehör finden, soll ein repräsentatives Gemeindeorgan, ähnlich wie die Berufskammern, bei allen Texten, die die Interessen der Kommunen tangieren, ein Gutachten abgeben können.

**Die Grünen** sprechen sich in ihrer Antwort ebenfalls **gegen das Ämterkumul** aus, wollen die Abschaffung der Doppelmandate aber eine **Reform des congé politique** verknüpft sehen. Auch in Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern müssten Bürgermeister und Schöffen für 40 Stunden freigestellt werden, so die Forderung. Déi Gréng hoffen, dass es dadurch zu einer **Professionalisierung der Mandate** kommt.

**Die CSV argumentiert ganz ähnlich.** Die Christsozialen sprechen sich für eine Anti-Kumul-Regelung aus, allerdings unter der Bedingung, dass die **kommunale Exekutive, aber auch das Statut des Abgeordneten, aufgewertet** wird. Zudem müsste die Abschaffung der Doppelmandate ihrer Meinung nach **mit der Territorialreform verbunden werden**.

**Die Piraten** fordern wie die Grünen, dass beim **politischen Urlaub nachgebessert** wird. Für sie sind die nationalen und kommunalen Mandate nur dann kompatibel, wenn die Freistellung insgesamt nicht mehr als 40 Stunden beträgt. Dies bedeutet de facto, dass ein Abgeordneter nicht der kommunalen Exekutive angehören darf.

**ADR und Déi Lénk sprechen sich ohne Einschränkung für eine Trennung** von Abgeordneten- und Bürgermeister-, beziehungsweise Schöffenmandat aus.

Im Gegensatz zu den Doppelmandaten sind die Wahlbezirke in der Verfassung verankert.

Die **DP bleibt bei den Doppelmandaten eher vage** und beruft sich auf das **Regierungsprogramm**. Dort heißt es: „Un large consensus sur les modalités de l'introduction d'une règle de non-cumul de mandats locaux avec celui de député sera recherché.“ In ihrem Wahlprogramm hatten sich die Liberalen 2018 für **Vollzeitbürgermeister** in den großen Gemeinden und für **eine Reform beim congé politique** ausgesprochen. Im Anschluss sollte die Diskussion um die Doppelmandate geführt werden, hieß es damals.

## Aus vier mach eins

Bei den **Wahlbezirken gehen die Meinungen der Parteien weiter auseinander**. Die **DP ist die einzige Partei**, die sich in ihrer Antwort an den Regierungschef **klipp und klar für die Beibehaltung der vier Bezirke** ausspricht. Die **ADR will zwar auch beim Status quo bleiben**. Die Partei will sich einer Anpassung der vier Wahlbezirke aber nicht verschließen, wenn dadurch die Unterschiede bei der Zahl der Wähler ausgeglichen werden können.

**Déi Gréng, Piraten und Linke** sprechen sich **klar für einen einzigen Wahlbezirk** aus. Wenn, wie bei den Europawahlen, landesweit gewählt würde, hätte die ungleiche Gewichtung der Stimmen ein Ende, so das Argument.

**Die LSAP wägt ab**. Laut ihrem Wahlprogramm von 2018 ist die Partei bereit, über die **Einführung eines einheitlichen Wahlbezirks zu diskutieren**, mit entsprechender Anpassung des Wahlrechts. Sollte es zu einem einzigen Wahlbezirk kommen, schlägt die Partei in ihrem Antwortschreiben eine **Mischung von nationalen und regionalen Listen** vor.

## Jugendorganisationen reichen Petition ein

Die Jugendorganisationen sämtlicher im Parlament vertretenen Parteien haben gestern eine gemeinsame Petition eingebracht, in der sie sich für die Abschaffung der Doppelmandate bis spätestens 2023 einsetzen. Geht es nach CSJ, JDL, JSL, Déi Jonk Gréng, Adrenaline, Jonk Piraten und Elo, soll ein Abgeordneter nicht gleichzeitig das Amt eines Bürgermeisters oder eines Schöffen ausüben dürfen. Die Jugendorganisationen versprechen sich von der Trennung eine größere Professionalisierung der Mandate. Gleichzeitig soll der Dachverband der Kommunen gestärkt werden, damit die Gemeindevertreter auf nationaler Ebene weiterhin Gehör finden. Der Petitionenausschuss wird in einer seiner nächsten Sitzungen darüber entscheiden, ob die Petition zulässig ist oder nicht. Erst danach wird sie zur Unterschrift freigegeben.

Die **CSV bleibt in ihrer Stellungnahme eher vage**. Die Christsozialen sprechen sich für die Beibehaltung einer „**geografischen Vertretung der Regionen**“ aus. Im CSV-Wahlprogramm von 2018 wurden die Wahlbezirke nicht thematisiert.

## Ein Brief und seine Folgen

Im Gegensatz zu den Doppelmandaten sind die Wahlbezirke in der Verfassung verankert. Sollte es zu einem einzigen Wahlbezirk kommen, müsste also zunächst das Grundgesetz abgeändert werden.

In ihrem Brief an Premier Bettel von Ende Juli **verknüpft die CSV ihre Position deshalb direkt mit der Verfassungsreform**. Für die Christsozialen waren Bettels Fragen zur Reform des Wahlgesetzes nämlich – zumindest laut der offiziellen Lesart – einer der Gründe, weshalb sie die große Verfassungsreform letzten Endes nicht mehr mittragen wollten.

Anfang Juli 2019 hatten **Parteipräsident Frank Engel und der Ostabgeordnete Léon Gloden** gefordert, **die Bürger müssten stärker in die Diskussion um die Verfassung eingebunden werden**. Vor allem bei den Fragen zum einheitlichen Wahlbezirk und zu den Doppelmandaten müsse man die Meinung der Bevölkerung einholen. Engel und Gloden hatten damals statt der geplanten Volksbefragung zum neuen Grundgesetz ein Referendum zu verschiedenen konkreten Fragen ins Spiel gebracht.

Um aus der Pattsituation herauszukommen, hatte der Verfassungsausschuss schließlich beschlossen, die **Diskussion um die Reform des Wahlsystems und die Verfassungsdebatte voneinander zu trennen**.

Die Haltung der CSV führte aber auch dazu, dass das **Projekt einer großen Verfassungsreform aufgegeben wurde** und stattdessen das aktuelle Grundgesetz punktuell angepasst wird.

Als die Parteien sich zu Bettels Fragen äußerten, gingen sie übrigens noch von einer Gesamtreform der Verfassung aus. Nur Déi Gréng und die DP, die erst kürzlich reagiert hat, haben ihre Antworten verfasst, nachdem gewusst war, dass die große Verfassungsreform vom Tisch ist.

# Verhältnismäßig und legitim

Die Kameraüberwachung bekommt einen gesetzlichen Rahmen, der als ausgewogen gelobt wird

Von Annette Welsch

Es ist eine umstrittene Angelegenheit und man könnte meinen, dass es Einwürfe nur so regnen wird: Am 14. November 2019 brachte der Minister für innere Sicherheit, François Bausch ein Gesetzesprojekt zur Kameraüberwachung von öffentlichen Plätzen durch die Polizei im Parlament ein. Widerstand bleibt aber aus, das Gesetz wird sogar gelobt ob seiner Ausgewogenheit. Noch nicht einmal der Staatsrat findet ein Haar in der Suppe. Ein Blick in die Gutachten lohnt sich dennoch. Denn sowohl die Nationale Datenschutzkommission als auch die Beratende Menschenrechtskommission geben interessante Empfehlungen ab. Immerhin geht es um Datenschutz, um eine weitere Datenbank, um Grundrechte und die klassische Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit.

Der Staat komme nicht immer daran vorbei, zum Schutz der Rechte seiner Bürger, vor allem vor Gewalt und anderen Straftaten, Sicherheitsmaßnahmen zu treffen, die verschiedene Rechte einschränken. Dessen ist sich auch Gilbert Pregno, der Präsident der beratenden Menschenrechtskommission (CCDH) durchaus bewusst. In ihrem Gutachten zur Kameraüberwachung macht sich die Kommission die Sache auch nicht einfach.

## Überwachung ist kein Allheilmittel

Es gibt sie schon an verschiedenen Stellen in Luxemburg-Stadt und die Präsenz von Kameras will auch nicht automatisch heißen, dass sie eine Verletzung von Menschenrechten darstellt. Es gebe aber Grenzen. „Die Kameraüberwachung ist kein Allheilmittel, wir wehren uns gegen die Idee, dass man dadurch alles in den Griff bekommt“, betont Pregno im Gespräch mit dem „Luxemburger Wort“. Es sollte ein Instrument unter anderen sein und man sollte auch nicht vergessen, dass Kriminalität vielschichtige Ursachen hat. „Man muss auch Strategien haben, um das Problem an der Wurzel zu packen. „Unser Wunsch an die Politik ist, dass sie sich der Komplexität des Phänomens bewusst ist.“

In ihrem Gutachten gehe es der Kommission genau darum: Die Balance zwischen Sicherheit auf der

einen und den Menschenrechten auf der anderen Seite muss eingehalten werden. „Wenn man nur nach der Sicherheit schaut und die Freiheiten aufgibt, riskiert man schlussendlich beides zu verlieren“, meint Pregno. Die Frage, ob die Kameraüberwachung mit dem Gesetz einen klaren gesetzlichen Rahmen bekommt, ob sie nötig ist, um ein legitimes Ziel zu erreichen und ob sie verhältnismäßig ist zur Gefahr, beantwortet er denn klar mit: „Ja, wir sind der Meinung, dass man bei diesem Gesetzesprojekt darauf bedacht war, diese Balance zu wahren.“ Dennoch werden auch Empfehlungen für die Zukunft gegeben. „Wir wären froh, wenn die politischen Autoritäten und das Parlament sie respektieren.“

Mit der Kameraüberwachung sollen einerseits Verbrechen verhindert, sie andererseits auch aufgeklärt werden. „Sie kann aber auch ein Angriff auf Rechte sein: Das Recht auf Privatsphäre, auf den Schutz persönlicher Daten, das Versammlungsrecht, wenn Personen sich nicht mehr zu einer Protestaktion trauen oder das Diskriminierungsverbot“, erklärt der Jurist der CCDH, Max Mousel.

## Wenig bekannt über Aufklärung

Erfahrungen zeigten, dass sich durch die Videoüberwachung die Kriminalität eher auf andere Plätze verlagert als dass sie verhindert wird. Auch über die Aufklärungszahlen ist wenig bekannt. Die CCDH begrüßt denn auch, dass die Generaldirektion der Polizei derzeit eine Studie dazu macht, die im November vorliegen soll. „Wir wären froh, wenn sie dann auch veröffentlicht wird, um die Notwendigkeit von Kameras neu einschätzen zu können“, fordert Mousel. Kameraüberwachung müsse immer Teil einer größeren Strategie sein und ersetze auch nicht die Streifenpolizisten. „Es muss für die nötigen Ressourcen gesorgt werden und in eine gute und kohärente sozio-ökonomische Politik investiert werden, um auch soziale Probleme, die zu Kriminalität führen können – wie eine Sucht – lösen zu können.“

Man sollte sich in dieser Frage nicht von einem subjektiven Sicherheitsgefühl treiben lassen, das die Präsenz von Kameras auslösen kann und zudem dafür sorgen, dass

die Bevölkerung richtig über die Risiken und Möglichkeiten informiert wird.

Die CCDH begrüßt, dass Privateingänge und Fenster gepixelt werden, sollten sie im Blickfeld der Kamera auftauchen. Am vorgeschlagenen Text moniert sie allerdings, dass sehr breit interpretiert werden könne, was als zu überwachender Platz in Frage kommt. Sie empfiehlt eine restriktive Auslegung und die Einschränkung, dass zunächst alle anderen Möglichkeiten geprüft werden müssen. „Nur wenn die Videoüberwachung erwiesenermaßen als effizient erachtet wird, soll darauf zurückgegriffen werden“, betont Mousel.

Die mit dem Visupol-Netz arbeitenden Beamten sollten im Bereich Datenschutz und Menschenrechte speziell weiter- und ausgebildet sein – mit besonderem Fokus auf Personen, die dem Diskriminierungsrisiko ausgesetzt sind. Die moderne Technik, die zur Erfassung verdächtiger Situationen zur Anwendung kommt, soll so umrahmt werden, dass potenzielle Diskriminierungen vermieden werden. Es soll auch klar im Text stehen, dass Gesichtserkennung, Tonaufnahmen und andere Methoden nicht angewandt werden dürfen.

## Regelung genereller formulieren

Dasselbe fordert die Commission nationale pour la protection des données (CNPD) – auch sie fragt sich in ihrem Gutachten, ob es nicht besser wäre, ausdrücklich die Tonerfassung und die Gesichtserkennung auszuschließen. Sie hätte zudem gerne, dass die Regelung genereller formuliert ist, sodass auch Kameras, die von Gemeinden beispielsweise gerne an ihren öffentlichen Plätzen installiert werden würden, damit erfasst wären. Denn solche Anfragen kämen immer wieder von Seiten der Bürgermeister und eine solche globale Sicht wurde in Belgien und Frankreich vom Gesetzgeber berücksichtigt.

Die nationale Datenschutzkommission wünscht sich auch, dass genau wie in den Nachbarländern die Kräfte der öffentlichen Ordnung als alleinige Nutzer der Kameraüberwachung ausdrücklich erwähnt werden. Es reicht ihr nicht aus, dass sich nur

dadurch, dass die Regelung im Polizeigesetz steht, ergibt, dass einzig die Prävention und Aufklärung von Verbrechen anvisiert sind.

*Man muss auch Strategien haben, um das Problem an der Wurzel zu packen.*

Gilbert Pregno, CCDH-Präsident

## Nur mit guter Begründung

Kameras gibt es zwar schon an verschiedenen Hotspots in Luxemburg-Stadt, wie dem Bahnhof, geregelt waren sie bislang aber nur durch eine großherzogliche Verordnung. Nun werden die Bedingungen für die Kameraüberwachung ins Polizeigesetz eingeschrieben, sie kann also künftig grundsätzlich im ganzen Land erfolgen.

Für jeden Platz muss der Minister eine Genehmigung erteilen, die veröffentlicht wird. Sie erfolgt aufgrund von Informationen und Beweisen,

warum die Überwachung dort nötig ist, die ihm der Generaldirektor der Polizei liefern muss und aufgrund der Gutachten der Staatsanwaltschaft sowie des betroffenen Bürgermeisters. Diese ist dann drei Jahre gültig und kann nur mit derselben Prozedur verlängert werden.

Vier Typen von Plätzen sind aufgezählt, auf denen das erhöhte Risiko bestehen muss, dass dort Verbrechen und Vergehen vorkommen: Plätze, wo es oft zu denselben Arten von Vergehen kommt; Plätze, die

aufgrund ihrer Ausrichtung verschiedene Vergehen bevorteilen; Plätze rund um Gebäude, wie Stadien, die Großereignisse beherbergen; Plätze, wo sich eine große Anzahl von Personen ansammeln, wie Flughäfen. Es darf beim Filmen auf Techniken zur Fokalisierung und zur automatischen Erfassung von verdächtigen Situationen zurückgegriffen werden. Mit Schildern muss darauf hingewiesen werden, dass der Platz unter Beobachtung steht. Nicht spezifisch im Blickfeld der Kamera dürfen das Innere und der Eingang von privaten Gebäuden sein. Sind sie unspezifisch erfasst, müssen sie unwiederbring-

lich gepixelt werden.

Speziell vom Polizeigeneraldirektor dafür ernannte Polizeibeamte beobachten die Bilder von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends direkt und können verdächtige Sequenzen auch direkt weitergeben. Nochmals angeschaut werden dürfen die Aufnahmen nur im Rahmen einer strafrechtlichen Untersuchung. Nach zwei Monaten werden die Aufnahmen zerstört. Die bestehenden Kameraanlagen müssen spätestens zwölf Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes entsprechend genehmigt sein. *wel*



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG  
Botschaft in Deutschland

# WIRTSCHAFT

# Geplanter Umbau

Jahrzehntelang war SES der Satellitenkonzern mit dem starken Videogeschäft - jetzt will CEO Steve Collar den Konzern aufspalten und denkt an zwei Unternehmenseinheiten

**BETZDORF**

CORDELIA CHATON

**A**ls Steve Collar gestern vor die Presse trat, um die Ergebnisse von SES zu präsentieren, ging es um mehr als nur Zahlen - es ging um eine Neuausrichtung des Konzerns, der in diesem Jahr 35 Jahre alt wird. Vor lauter Umbruch hat bislang jedoch niemand auch nur an eine Feier gedacht.

Ein paar Botschaften waren Collar, der seit April 2018 den weltweit tätigen Konzern leitet, wichtig. „Wir verzeichnen im Networkbusiness in den vergangenen zwei Jahren über 20 Prozent Wachstum“, betont er. Allein in diesem Jahr seien es 4,5 Prozent gewesen. Der beredete Brite weiß natürlich auch, dass der Umsatz mit 1,983 Milliarden Euro 1,3 Prozent unter dem Vorjahresergebnis liegt. Darüber hinaus sei der Umsatz im großen und ganzen wie erwartet, der geringe Unterschied zu den Schätzungen ergäbe sich aus einem geplatzten Geschäft in den USA. Immerhin, der Nettogewinn liege höher und der Nettoverschuldungsgrad sei weiter gesunken (siehe Grafik). Doch würde SES bei gleichbleibendem EBITDA immer noch mehr als drei Jahre brauchen, um seine Schulden abzubezahlen.

## Neue Struktur mit zwei Geschäftsbereichen

Den meisten Umsatz macht der Konzern mit Sitz im Betzdorfer Schloss mit dem Bereich Video, auf den 60 Prozent des Umsatzes entfallen, immerhin 1,208 Milliarden Euro. Dieser Bereich wirft derzeit noch viel ab, aber dessen Anteil am Umsatz wird in Zukunft immer weiter abnehmen wird, einfach, weil der weltweite Markt schrumpft. Umgekehrt verhält es sich hingegen mit dem Bereich Netzwerke, auf den derweil knapp 40 Prozent des Umsatzes entfallen, etwa 745 Millionen Euro. „Die Zahlen entsprechen unseren Erwartungen und auch bei den weiteren Aussichten sind wir zuversichtlich, weil bereits 85 Prozent des Geschäfts für 2020 vertraglich abgeschlossen wurde“, erläutert Collar. Er hofft, jährlich 40 bis 50 Millionen Euro EBITDA-Optimierung herauskitzeln zu können, in dem er sich auf die Stärken des Unternehmens konzentriert.

Zu seinem Optimismus trägt auch die Entscheidung vergangener Woche aus den USA bei, die beschlossen haben, dass das C-Band mit 280 Megahertz für 5G-Dienste genutzt werden kann. „Die können wir selbst fest-

legen und somit schützt das auch unsere Kunden“, freut sich Collar. 9,6 Milliarden Dollar für den Wechsel stünden schon bereit. Die Branche habe seit zweieinhalb Jahren auf die Entscheidung der US-Aufsicht gewartet.

Doch die große Baustelle samt Wachstum ist woanders: Im Netzwerkbereich. „Wir sind ein Datengeschäft geworden“, weiß der CEO. Deshalb habe man eine Partnerschaft mit Microsoft, deshalb setze man auf 5G. Dass die Nutzer mittlerweile Netflix oder Disney+ auf dem Handy oder im Flugzeug schauen, weiß er selbst. „Die Nachfrage nach Bandbreite ist enorm. Deshalb müssen wir in Open Source-Plattformtechnologie investieren.“ Denn Cloud, IoT und Telco sind die Zukunft. Gleichzeitig gibt es mehr Wettbewerber. Doch das kostet alles. Und SES ist ein Konzern mit Schulden und hohen Kosten. So bleibt vom enormen Umsatz nicht mehr viel Gewinn über.

Um Investoren anzuziehen, denkt Collar jetzt sehr laut darüber nach, den Konzern in die zwei Geschäftsbereiche Video und Netzwerke aufzuteilen. Das soll Investoren mehr Sichtbarkeit und Sicherheit geben. „Network wuchs in den vergangenen Jahren zweistellig, Video ist eine Cash Cow. Wir schlagen Investoren vor, in beide zu investieren“, insistiert er. Um Lust auf ein Investment im Videobereich zu machen, will er hier outsourcen und von neuen Technologien profitieren. Als I-Tüpfelchen soll noch ein Innovations-Zentrum kommen. Ob das physisch in Luxemburg angesiedelt wird, obwohl der Konzern weltweit über 2.000 Menschen beschäftigt und in Princeton/USA ein großes Leitzentrum hat? Collar meint: „Luxemburg ist wichtig. Der Innovationshub wäre sowohl physisch als auch virtuell.“

Interessant ist, was der Staat darüber denkt, der immerhin der größte Aktionär des in Luxemburg und Paris notierten Konzerns ist. Der Plan, „für beide Bereiche mehr Geld

reinzuholen“, wie Collar es nennt, könnte den einen oder anderen verwundern. Denn gerade erst mussten die Aktionäre eine Halbierung der Dividende auf 40 Cent akzeptieren. Collar gibt sich optimistisch. „Wir stehen am Anfang und wollen mit den Investoren reden. Eine genaue Struktur steht noch nicht fest.“ Ohnehin habe der Verwaltungsrat der Dividende zugestimmt, denn 2021 muss SES über eine Milliarde Euro für die Satelliten SES-17 und O3b mPower zahlen.

Der Staat war der große Helfer des Konzerns in den ersten Jahren. Doch laut Collar ist er jetzt nicht immer hilfreich, vor allem dann nicht, wenn es darum geht, Investoren anzuwerben. Die braucht Collar aber, denn auch andere - siehe Elon Musk - jagen Satelliten in den Himmel. Und anders als die Betzdorfer, die für gediegene Solidität stehen, gilt Musk als beeindruckender Vordenker, dem viele gern ihr Geld geben. Das ist Collars Dilemma.

Der 50-jährige Manager ist seit langem im Geschäft und einer der ganz wenigen, der es in die „Space and Satellite Hall of Fame“ geschafft hat, die ihn kommende Woche dafür auszeichnen wird, wie weit er O3B, aber auch SES gebracht hat. Seine Markt-

kenntnis könnte ihm helfen.

Die Börsen hat sie noch nicht überzeugt, denn der Kurs der Aktie fiel nach den

Bekanntmachungen von Collar auf einen historischen Tiefstwert von 7,10 Euro. Zu Bestzeiten 2015 lag er bei über 35 Euro. Ihnen dürfte auch im Magen liegen, das der Bereich Govsat - also Verteidigung via Satellit - nicht so wirklich ein Geschäftsmodell ist, dass andere Staaten anzieht. Genau das war bei der Aufsetzung aber die Hoffnung gewesen. „Wir sind in der Entwicklung, ich bin optimistisch“, sagt der CEO.

Wie es weiter geht, wird in großem Maße davon abhängen, wie die Pläne umgesetzt und aufgenommen werden. Am Ende aller Tage braucht SES Geld, um im Netzwerkbereich zu wachsen. Neben der neuen Aufteilung hat Collar dazu auch Ideen. Er spricht von „Corporate Venturing“, möglich sei ein Fonds ebenso wie gemeinsame Joint Ventures mit anderen Konzernen. Das alles klingt wolkig. Der neue Finanzchef, der von Aperam kommt, wird viel zu tun haben, genau wie der sich aktuell erneuernde Verwaltungsrat. ●

## SCHWIERIGER START

SES ist heute ein international agierendes Unternehmen, doch dieser Start war noch nicht absehbar, als das Unternehmen unter Jacques Santer, der 1984 Premier geworden war, gegründet wurde. „1985 hatte SES kein Geld, keine Frequenzen, keine Zulassungen, keine Satelliten, keine Raketen, keine Fernsehsender, keine Kunden, keine Empfangssatelliten und keine Zuschauer“, erinnert sich Marcus Bicknell, ehemaliger SES Vertriebsdirektor. Es gab nur ein kleines Büro in der Nähe des Hauptbahnhofes. Das scheint schwer zu glauben, wenn man sich das Unternehmen mit über 70 Satelliten, über zwei Milliarden Umsatz und über 2.000 Mitarbeitern heute ansieht.

Nicht nur im Luxemburger Parlament gab es bei der Gründung Gegner, die „von einer Gefahr für Luxemburg, einer Gefahr für Europa“ sprachen. Auch außerhalb regte sich schnell Widerstand, vor allem in Deutschland und Frankreich. Dazu trug schon der Name SES bei, ein Akronym für „Société Européenne des Satellites“. Der Anspruch, auf einem europäischen Markt zu agieren, war also schon klar herauslesbar und gefiel nicht jedem. Deshalb mussten nicht nur die Société Nationale de Crédit et d'Investissement (SNCI) sowie die Spuerkeess, an der der Staat beteiligt war und ist, Geld geben. Santer, der damals durchaus politische Risiken einging, holte auch andere Banken an Bord, damit das Kapital für den ersten Satelliten zusammenkam und gab sogar noch eine Staatsgarantie für umgerechnet 100 Millionen Dollar.

Selbst danach dauerte es noch drei Jahre, bis von Kourou aus endlich der erste Satellit ins All startete. Eine enorme Starthilfe für SES war die deutsche Wiedervereinigung, denn auf der ostdeutschen Seite konnten viele terrestrische Signale nicht

empfangen werden und so blühten die Satellitenschüsseln an den Fassaden auf. Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte führte außerdem dazu, dass Deutschland keine Steuern mehr auf Satellitenschüsseln erhob.

Schon sehr früh setzte sich SES für einen komplett digitalen Kurs ein. Es war nicht immer einfach, die Fachwelt davon zu überzeugen, doch schließlich setzte sich die Idee durch und machte den Weg frei für den Videomarkt.

Zu diesem Zeitpunkt agierte SES schon längst nicht mehr vom Hauptbahnhof aus. 1987 zog das Satellitenunternehmen in das Betzdorfer Schloss um. Es hatte Großherzog Jean nach seiner Heirat 1953 mit Joséphine-Charlotte bis zu seinem Amtsantritt als Großherzog 1964 als Wohnort gedient und ist der Geburtsort aller Kinder des Paares, also auch des jetzigen Großherzogs Henri. Nach dem Auszug war es bis 1982 ein Kinderhort und nahm auch einmal 3.000 Scouts während ihres Jahrestreffens auf seinem Gelände auf. SES kaufte das Schloss und baute es kontinuierlich aus. Das Interesse des etwas abseits gelegenen Schlosses für das Unternehmen lag vor allem darin, dass es hier keine Interferenzen gab. Ab 1987 war die Satellitenbodenstation operationell.

SES gelang es unter der Leitung seines langjährigen, legendären CEO Romain Bausch zwischen 1995 und 2014, zahlreiche Unternehmen zu kaufen, sich an ihnen zu beteiligen oder Joint Ventures zu schließen, so dass SES ein global umfassendes Angebot entwickeln konnte. Heute sind die Satelliten in zwei verschiedenen Orbits zu finden, auf der geostationären Umlaufbahn sowie der mittleren Erdumlaufbahn. Ab 2022 soll Telesat LEO, das Netzwerk der erdnahen Umlaufbahn, eingeführt werden. Telesat befindet sich in Privatbesitz und hat seinen Hauptsitz in Ottawa, Kanada. CORDELIA CHATON

### ERGEBNISSE SES<sup>^</sup>

2018		2019
<b>2.010,3</b>	Umsatz	<b>1.983,9</b>
<b>1.255,5</b>	EBITDA	<b>1.216,6</b>
<b>391,1</b>	Operativer Gewinn	<b>365,4</b>
<b>292,4</b>	Nettogewinn	<b>296,2</b>
<b>3,29x</b>	Netto- verschuldungs- grad	<b>3,22x</b>

Angaben in Millionen Euro

WO STEHEN WIR?

# Profit im Orbit

## Wie sich das Satellitengeschäft verändert

Der Raumfahrtmarkt ist im Umbruch. Der Start von Satelliten ist preiswerter, neue Player kommen auf den Markt und die Kunden verlangen mehr so genannte Netzwerklösungen - also beispielsweise Übertragung im Flugzeug - als nur das schöne Ansehen von Filmen im Fernsehen. Das beeinflusst natürlich auch das Geschäft von SES. Das Unternehmen, einst mit einigen Schwierigkeiten von Luxemburg als europäischer Player gestartet, ist längst weltweit aktiv. Doch an die Feier für den 35. Geburtstag, der dieses Jahr stattfindet, hat noch keiner gedacht. Zu groß sind die Herausforderungen. Der Telecom- und Cloudmarkt beträgt heute rund 2,2 Billionen Dollar und hängt zunehmend von der Datenwolke ab. Das trifft vor allem dann zu, wenn es um solche Themen geht wie Videostreaming oder „Internet of Things“. Der Umsatz der weltweiten Satellitenindustrie lag im Jahr 2018 bei rund 277 Milliarden US-Dollar, Tendenz steigend.

Es gibt rund 30 Satellitenhersteller, rund zehn Unternehmen, die Satelliten launchen, rund hundert Terminalhersteller und über 5.000 Serviceprovider. Die Umsätze aller dieser Unternehmen liegen zusammengenommen bei etwa 113 Billionen Dollar. Doch sie sind alles andere als sicher, denn der Markt ist im Umbruch.

Es gibt neue Technologien, Innovationen und viele Neugründungen. Das wird allein schon deutlich, wenn man sich den Space-Sektor im kleinen Luxemburg ansieht. Darüber hinaus verändert sich das Medienverhalten enorm. Früher verkaufte SES Bandbreiten vor allem an TV-Sender. Heute schauen viele Leute Netflix oder greifen auf andere Plattformen zu und wollen Streaming. Je schneller der Datentransport laufen soll, desto näher sollte sich ein Satellit an der Erde befinden. Denn 10.000 oder 20.000 km mehr Entfernung von der Erde sorgen natürlich auch für längere Übertragungszeiten oder, schlimmer noch, für Übertragungslöcher. Die Crux: Je näher der Satellit an der Erde ist, desto mehr davon

braucht es für ein lückenloses Übertragungsnetz. SES macht bislang rund 60 Prozent seines Umsatzes im Videogeschäft. Das ist betriebswirtschaftlich gesprochen eine Milchkuh, von der nicht mehr viel Wachstum zu erwarten ist. Das dicke Geld verdienen hier vor allem Content-Provider. Doch SES ist in diesem Markt mit rund 50 globalen und tausend nationalen Unternehmen nicht aktiv. Durch Serien wie „Game of Thrones“, das in zehn Episoden à 15 Millionen Dollar auf 150 Millionen Dollar kam, explodieren die Content-Kosten.

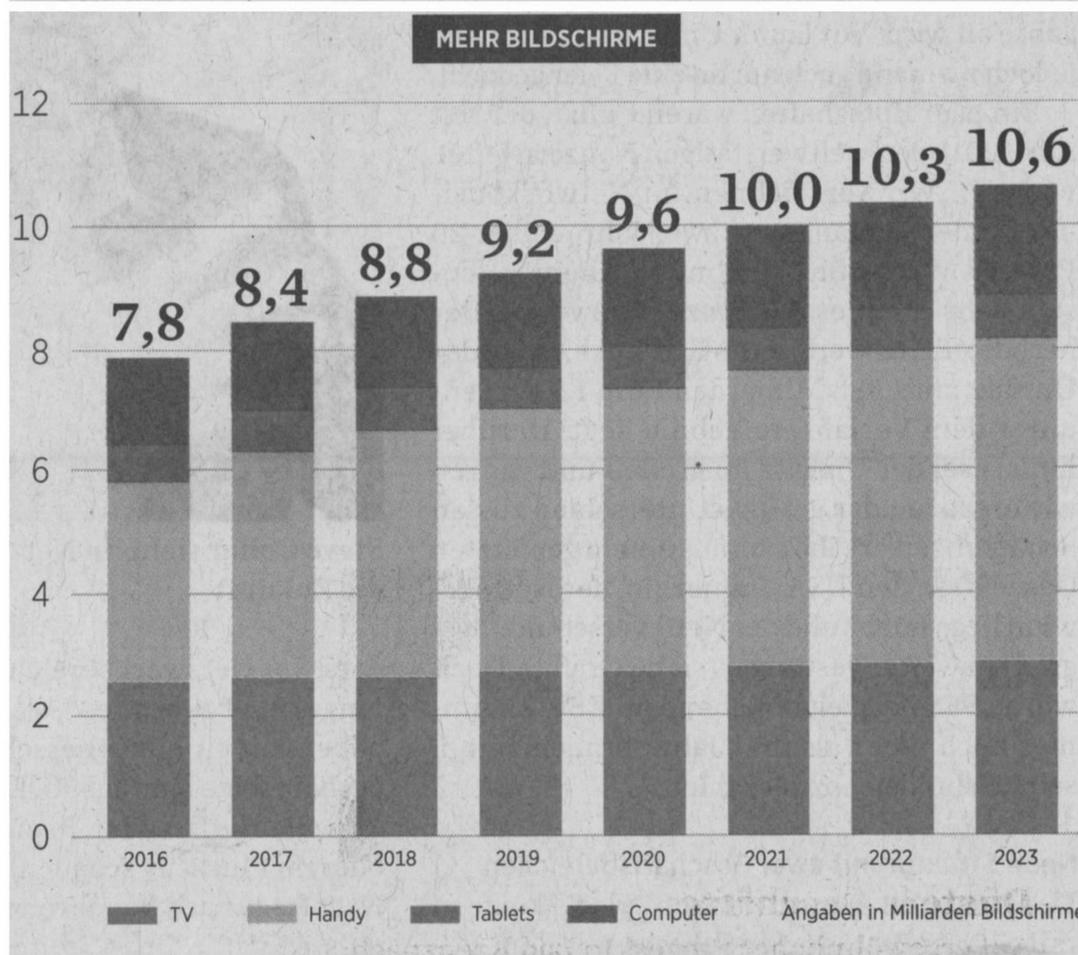
Die Art, wie die Menschen Filme ansehen, ändert sich ebenfalls. Die werden immer weniger auf dem TV und immer öfter auf Tablets, Smartphones oder Computern angesehen. In der Industrie selbst kommt es zur Konsolidierung. Ein Beispiel: 2016 bestätigte AT&T die Übernahme von Time Warner für 85 Milliarden Dollar, zu dem unter anderem Warner Bros, der Nachrichtensender CNN und der Bezahlsender HBO gehören. Die Walt Disney Company schloss 2019 die Übernahme großer Teile der 21st Century Fox für 71,3 Milliarden Dollar ab. Im November lancierte Disney dann Disney+, eine Video-on-Demand-Plattform. Gleichzeitig startete auch Apple ein solches Angebot in über 100 Ländern. Netflix zählt derweil in mehr als 190 Ländern über 164 Millionen Nutzer, gefolgt von prime video, hulu und HBO now.

Sowohl diese terrestrischen Anbieter als auch Satellitenbauer wie Telesat oder Intelsat als auch Serviceprovider wie Endeavor oder Encompass gehören zu den Wettbewerbern von SES im Videobereich. Daneben gibt es den Netzwerkmarkt, der im Gegensatz zum Videomarkt stark wächst, vor allem im Bereich gemanagtes IP und mobile Daten. Die Wettbewerber sind teils die gleichen wie im Videobereich. Hier will SES investieren - doch aufgrund der Dominanz des Videogeschäfts sind Investoren zögerlich. Daher jetzt der Versuch einer neuen Struktur mit den zwei Geschäftsbereichen.

CORDELIA CHATON

### EMPFANGSFRAGEN

SATELLITENORBIT			
	GEOSTATIONÄRE UMLAUFBAHN	MITTLERE UMLAUFBAHN	NIEDRIGE UMLAUFBAHN
<b>Zahl der Satelliten, die zur Erdabdeckung notwendig sind</b>	3	7	hunderte
<b>Latenz: Zeit vom Sender zum Empfänger</b>	hoch (700 Millisekunden)	niedrig (150 Millisekunden)	sehr niedrig (50 Millisekunden)
<b>Höhe des Satelliten</b>	35.800 km	Ø 23.000 km (6.000-12.000km)	200-2.000 km
<b>Satellitenart</b>	Kommunikations- und TV-Satelliten, meteorologische Satelliten	Navigationssatelliten, globale Kommunikationssatelliten	Wettersatelliten, Forschungs- und Telekomsatelliten, Astronomische Satelliten
<b>Umlaufzeit in Stunden</b>	24	5-12	1,5-5



**OBEN** Der Launch kleiner Satelliten ist günstiger, aber ein größeres Netz ist notwendig. Quelle: SES  
**UNTEN** Weltweite Zahl der Bildschirme nach Typen Quelle: Devoncroft Big Broadcast Survey 2018

# SES denkt über Aufspaltung nach

Das Datengeschäft „SES Networks“ könnte ein eigenes Unternehmen werden

Von Marco Meng

**Betzdorf.** Der Satellitenbetreiber SES legte gestern seine Bilanzzahlen für 2019 vor. Die Hauptnachricht verkündete Konzernchef Steve Collar dann in Betzdorf bei einem Mediengespräch eher nebenbei: das Unternehmen könne sich in zwei Teile aufspalten, so Collar.

Das klassische Fernsehgeschäft, bei SES „Video“ genannt, ist letztes Jahr um 7,1 Prozent zurückgegangen, während das Networks um 9,5 Prozent zulegte. Die Sparte mit dem Daten- und Cloudgeschäft wuchs in den letzten zwei Jahren insgesamt 20 Prozent – in den kommenden Jahren sind weitere hohe Investitionen von bis zu einer Milliarde Euro notwendig (im Vergleich zu den sonst 400 bis 500 Millionen Euro, die der Satellitenbetreiber jährlich investiert).

Um Investoren für das Network-Geschäft zu gewinnen, überlege man darum, ob es Sinn mache, SES in zwei Firmen zu teilen: in eine mit dem klassischen Satellitenfernsehgeschäft sowie eine für Networks. Mit der Regierung sei darüber schon gesprochen worden, so Collar, immerhin ist der Staat der wichtigste Aktionär des Unternehmens.

Die beiden Geschäftseinheiten, meint Collar, seien sehr unterschiedlich und darum auch für unterschiedliche Investoren interessant. Im Klartext heißt das: Venture-Capital-Fonds investieren vielleicht in das Networks-Business, nicht aber in SES.

Ob Networks dann eine eigene Aktiengesellschaft werde, an der SES (Video) die Mehrheit hält oder wie die Struktur sonst aussehen soll, ist vorerst offen. „Wir denken über alle Möglichkeiten nach“, so Collar, der betont, dass man hiermit keine Aufspaltung ankündige, sondern lediglich sage, dass man eine solche von der Regie-

rung unterstützte Möglichkeit in Betracht ziehe.

„Strategische Transformation“

Bei SES macht heute das Videogeschäft 61 Prozent aus, während Networks für 38 Prozent der Einnahmen steht. Das Unternehmen, das vor 35 Jahren als Pionier in der Fernsehsatellitenübertragung begann, wolle auch Pionier im Cloud- und Datengeschäft werden, so Collar.

Mit der Video-Sparte wurden letztes Jahr 1213 Millionen Euro eingenommen, mit der Networks-Sparte 762 Millionen Euro. Am stärksten wächst im Netzwerk-Geschäft der Bereich „Mobility“: Die Einnahmen daraus stiegen im Jahresvergleich um 16,6 Prozent, wobei sowohl in der Luft- als auch in der Seefahrt zweistellige Zuwachsraten verzeichnet wurden.

Im letzten Jahr konnte der Satellitenbetreiber den seinen Aktionären zurechenbaren Nettogewinn um 1,3 Prozent auf 296,2 Millionen Euro steigern.

Die Aktionäre von SES sollen nun eine Dividende von 40 Cent je Anteilsschein erhalten; im Jahr zuvor war es doppelt so viel gewesen. Der Aktienkurs des Unternehmens ist in den letzten Jahren beträchtlich gesunken.

Mehr Gewinn, weniger Umsatz

Allerdings ist 2019 der Konzernumsatz mit 1 983,9 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr um 1,3 Prozent zurückgegangen. Das Bruttoergebnis vor Steuern und Abschreibungen betrug 1 216,6 Millionen Euro, 31 Prozent unter dem des Jahres 2018.

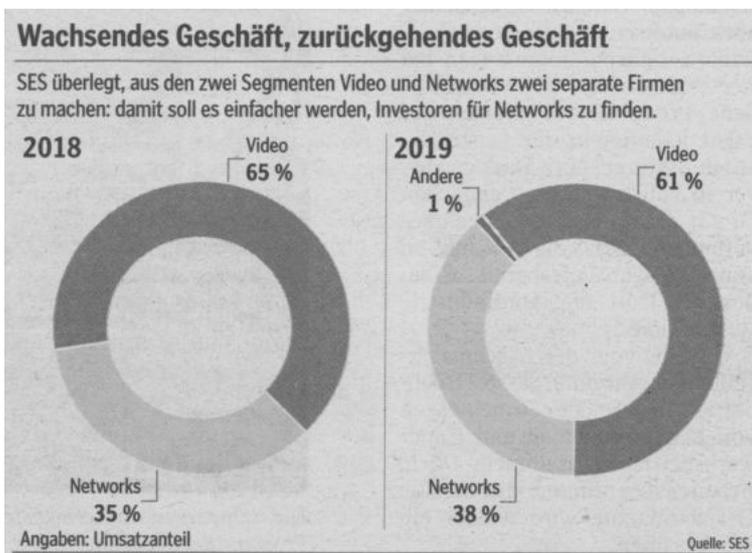
Dass der Nettogewinn gesteigert werden konnte, lag vor allem daran, dass die Nettoverschuldung um 5,8 Prozent auf 3 273 Millionen Euro reduziert wurde, das entspricht etwa dem 3,3-Fachen des Bruttogewinns. Auch die In-

vestitionsausgaben für längerfristige Anlagegüter (CapEx) wurden

um 30 Prozent gesenkt. Zum Konzernergebnis für letztes Jahr sagte Collar: „Wir sind mit unseren Finanzergebnissen für 2019 zufrieden, wobei EBITDA, Nettoverschuldung zu EBITDA und CapEx-Kennzahlen mit dem im Februar letzten Jahres vorgelegten Ausblick übereinstimmen. Der Umsatz lag leicht unter unseren Erwartungen, da wir einen wichtigen Vertrag im Videobereich verpasst haben.“

Zum Thema GovSat – des Gemeinschaftsunternehmens zwischen Staat und SES, das vor knapp zwei Jahren einen Kommunikationssatelliten ins All schoss – meinte Collar, er sei optimistisch, dass das Projekt erfolgreich werde. Noch gibt es keine Interessenten, die den GovSat-Satelliten nutzen möchten. Es sei auch nicht zu erwarten gewesen, so Collar, dass sich so schnell Vertragspartner dazu fänden.

Für 2020 geht SES von Einnahmen zwischen 1 920 und 2 000 Millionen Euro und einem Vorsteuergewinn zwischen 1 150 und 1 210 Millionen Euro aus. Mehr als 80 Prozent der für 2020 erwarteten Einnahmen seien bereits vertraglich besiegelt. In den USA ist SES dabei, mit seinen C-Band-Kapazitäten Zugang zum 9,7 Milliarden-Dollar schweren 5G-Markt zu erhalten. Dazu hatte SES dort 2018 zusammen mit den drei Satellitenbetreibern Intelsat, Eutelsat und Telesat die C-Band Alliance gegründet. Zuletzt hatte es aber Streit in dem Konsortium gegeben, nachdem Intelsat von der US Federal Communications Commission mindestens eine Milliarde Dollar mehr für den Aufbau des C-Band-Spektrums forderte. SES erwartet sich vier Milliarden US-Dollar aus dem Projekt.



## Regierung hinter SES-Management

**Luxemburg.** Der luxemburgische Staat ist in die Überlegungen von SES, für den Geschäftsbereich „Networks“ möglicherweise ein eigenes Unternehmen zu gründen, eingebunden. Das geht aus der gestrigen ministeriellen Antwort auf eine parlamentarische Anfrage des CSV-Abgeordneten Laurent Mosar hervor. Das Unternehmen

wolle seine Kernkompetenzen besser fokussieren, und die Regierung unterstütze diese strategischen Überlegungen. Form und die Modalitäten einer Trennung – falls sie denn durchgeführt werde – seien aber noch nicht entschieden und würden analysiert. Käme es zu einer Ausgliederung der Datenaktivitäten, bliebe der Staat über seine Beteiligung an SES indirekter Anteilseigner dieser Tochtergesellschaft. *MeM*

# Luxemburger Unternehmen arbeiten an der Quantenrevolution

VON YVES GREIS

**LUXEMBURG** (tgbl) Luxemburg beteiligt sich an einem Forschungsprojekt der europäischen Weltraumbehörde ESA, mit dem die Satellitenkommunikation der Zukunft erforscht wird. Es geht um Laser und Quantenphysik. Auch hiesige Unternehmen beteiligen sich daran, wie das luxemburgische „Tageblatt“ berichtet.

Das kleine Großherzogtum liebt das Weltall nicht erst, seitdem Etienne Schneider mit der Space-Mining-Initiative die Welt verblüfft hat. Mit der Gründung des Satellitenbetreibers SES im Jahr 1985 wurde im Großherzogtum ein Unternehmen geschaffen, das heute einen Milliardenumsatz generiert. Satelliten sind also seit 35 Jahren Teil der luxemburgischen Unternehmenslandschaft.

Erst 20 Jahre später, im Jahr 2005, trat Luxemburg der europäischen Weltraumbehörde ESA bei. Seitdem beteiligt sich das Land an den Forschungsprogrammen der Weltraumbehörde. Neben vielen europäischen Staaten ist auch Kanada Mitglied der Organisation. Die Mitgliedschaft bringt mit sich, dass auch die Luxemburger Regierung alle paar Jahre einen Weltraum-Aktionsplan vorlegen muss. Im Januar dieses Jahres war es der scheidende Wirtschaftsminister Etienne Schneider, der als eine seiner letzten Amtshandlungen dem Parlament den neuesten Aktionsplan vorgestellt hat. In dem Aktionsplan werden eine ganze Reihe von Schwerpunkten gesetzt und Forschungsprogramme genannt, an denen sich Luxemburg beteiligen will. Besonderes Hauptaugenmerk wird auf die Satellitenkommunikation gelegt. Dabei taucht der Name eines Programms immer wieder auf: ScyLight. Der Name steht für „Secure and Laser Communication Technology“. „Optische Kommunikationstechnologien gelten als eine der nächsten großen Revolutionen in der Satellitenkommunikation, die im kommenden Jahrzehnt ein beispielloses hohes Niveau an Übertragungsraten, Datensicherheit und Ausfallsicherheit bringen wird“, schreibt die ESA. Optisch bedeutet hier nichts anderes als dass Licht zum Einsatz kommt, um Informationen zu übertragen – etwa in Form von Laserstrahlen.

Ein Aspekt, den ScyLight untersucht, ist die sichere Übertragung von Daten im Weltall. Dabei kommt eine

Technik zum Einsatz, die als Quantenkryptografie bezeichnet wird. Diese macht sich Effekte der Quantenphysik zunutze, die Albert Einstein noch als „Spuk“ bezeichnete. Damit Kommunikation auch in Zukunft sicher bleibt, muss die Verschlüsselung ein immer höheres Niveau erreichen. Das wollen Wissenschaftler mit der Quantenverschlüsselung erreichen. Diese Forschung wird von einem Konsortium mit dem komplizierten Namen „Quantum Cryptography Telecommunication System“ (Quartz) durchgeführt. Dieses wird von der SES geleitet. Unter den zehn Partnern befinden sich auch die Luxemburger Unternehmen LuxTrust und itrust.

„Ich habe mich vor 30 Jahren schon mit dem Thema Quantenkryptografie beschäftigt“, sagt Carlo Harpes, Managing Director des Luxemburger Unternehmens itrust. „Damals habe ich es als Spinnerei abgetan. Jetzt bin ich überrascht darüber, wie konkret das heute geworden ist.“ itrust ist eines der Luxemburger Unternehmen, die sich mit der SES an ScyLight beteiligen. Eigentlich ist der Weltraum nicht das Kerngeschäft von itrust – Datensicherheit hingegen schon.

Derzeit stecken Quantencomputer noch in den Kinderschuhen. Aber wenn es so weit ist und Quantencomputer zuverlässig arbeiten, dann hält auch die beste heute gängige Verschlüsselungstechnik dem nicht mehr stand, befürchtet Harpes. „Dem Überwachungsstaat öffnet das Tür und Tor.“ Quantencomputer können theoretisch binnen Sekunden Berechnungen anstellen, für die klassische Computer Jahrhunderte bräuchten. Deshalb hält auch eine für heutige Verhältnisse gute Verschlüsselung ihnen nicht stand. Klassische Computer speichern und verarbeiten Daten in Form von „0“ und „1“. Die Transistoren auf dem Prozessor eines Computers können zum Beispiel entweder unter Spannung stehen oder auch nicht. Ein Bereich auf einer Festplatte kann in die eine oder die andere Richtung magnetisch polarisiert sein. Ein Bit kann entweder „0“ oder „1“ sein. Quantencomputer machen sich die Gesetze der Quantenmechanik zunutze. Diese beschreibt die Naturgesetze, denen winzigste Objekte wie etwa Atomteilchen gehorchen. In der Quantenwelt treten Phänomene auf, die es in der großen Welt nicht gibt. Darunter die Quantenver-

schränkung und die Superposition.

Quantencomputer machen sich diese zunutze und verwenden keine Bit, sondern Qubit (kurz für Quanten-Bit). Diese Qubits können nicht nur die Werte „0“ oder „1“ annehmen, sondern auch „überlagerte Zustände“. Das eröffnet den Wissenschaftlern eine völlig neue Welt.

ScyLight hat eine klare wirtschaftliche Ausrichtung. Das Programm sei ins Leben gerufen worden, um „die europäische und kanadische Industrie zu unterstützen“, so die ESA. Dabei soll ein Augenmerk auf mögliche Anwendungen gelegt werden, anders als bei der Grundlagenforschung, bei der es darum geht, neue Erkenntnisse zu gewinnen, ohne bereits darauf zu schielen, wie sie der Wirtschaft nützen können. Getragen wird das Projekt ScyLight von 14 ESA-Mitgliedstaaten. Neben Luxemburg sind das Österreich, Kanada, die Tschechische Republik, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Irland, Italien, Norwegen, die Niederlande, Rumänien, die Schweiz und das Vereinigte Königreich. Natürlich sei es schwer, den Menschen, die sich gerade mit Problemen wie dem Coronavirus oder der Rezession beschäftigen, die Bedeutung solcher Forschung zu erklären, sagt Harpes. Diese sei jedoch nicht zu unterschätzen. ScyLight ist ein Teil des Artes-Programms der ESA, das Luxemburg bereits seit 2000 unterstützt. Artes steht für „Advanced Research in Telecommunication Systems“ und dient der Erforschung fortschrittlicher Telekommunikationssysteme. Das derzeitige ScyLight-Projekt soll 2021 abgeschlossen werden. Ziel der QCI-Initiative ist laut der Europäischen Kommission, einen „Kommunikations-Schild“ aufzubauen, der die Wirtschaft und die Gesellschaft vor Cyber-Bedrohungen schützt. Quanten sollen eine hochsichere Form der Verschlüsselung ermöglichen. Dafür soll Infrastruktur sowohl auf der Erde wie auch im Weltall dienen. „Wir werden diese Technik benutzen, sobald sie ausgereift ist“, sagte eine Sprecherin der SES gegenüber dem „Tageblatt“.

Bei den Bemühungen in Sachen Quantenkryptografie geht es auch darum, Standards zu setzen und sich nicht international abhängen zu lassen. Bei Quantencomputern haben US-Unternehmen wie IBM und Google derzeit einen Vorsprung. Auch chinesische Wissenschaftler for-

schen in diesem Bereich und jenem der Quantenkryptografie.

Die Mitgliedstaaten hatten der ESA zuletzt für das Jahr 2020 zu einem Rekordhaushalt von 6,68 Milliarden Euro verholfen. Die zuständigen Minister aus den Mitgliedsländern und Beobachter der EU hatten sich im vergangenen November im spanischen Sevilla getroffen, um die Zukunft der europäischen Raumfahrt zu diskutieren, und den Weg für das Budget freigemacht.

**„Optische Kommunikationstechnologien gelten als eine der nächsten großen Revolutionen in der Satellitenkommunikation.“**

**ESA**

Weltraumbehörde

# Klares Konzept, kurze Wege

Das Mineralwasserunternehmen Rosport will bis Ende des Jahres 100 Prozent aller Flaschen aus recyceltem Plastik herstellen - Direktor Max Weber setzte lange vor Greta darauf

**ROSPORT**

CORDELIA CHATON

**L**ange bevor es Trend am Markt war, setzte Rosport auf Umweltschutz. Für Direktor Max Weber ist das sowohl eine Herzens- als auch eine Überzeugungssache. „Den Vorgesetzten kommt dabei eine besondere Vorbildrolle zu“, stellt er fest. Rosport ist ein 1955 gegründetes Luxemburger Traditionsunternehmen, das im gleichnamigen Ort an der Sauer aus zwei Quellen sowohl stilles als auch kohlen säurehaltiges Mineralwasser unter den Markennamen „Viva“ und „Rosport“ abfüllt. Insgesamt verkauft Rosport rund 24 Millionen Liter Getränke pro Jahr, Apfelschorle und anderes mitgerechnet. Damit sind die Luxemburger ein Winzling im Vergleich mit den multinationalen Konzernen wie Nestlé, zu dem San Pellegrino, Vittel oder Contrex gehören, oder dem Coca Cola-Konzern. Zum Vergleich: Während Rosport mit 26 Mitarbeitern 35 Millionen Flaschen jährlich abfüllt, sind es bei Nestlé rund 290.000 Angestellte, 48 Wassermarken und etliche Milliarden Liter abgefülltes Flaschenwasser jährlich.

## Geschlossene Kreisläufe

Doch Rosport hat es verstanden, aus dem Nachteil einen Vorteil zu machen - insbesondere beim Thema Verpackung. „Wir sind ein kleines Land und unser Ziel waren von Anfang an geschlossene Kreisläufe“, erklärt Weber im Gespräch mit dem „Journal“. Das gilt sowohl für Glasflaschen als auch für Plastikflaschen. In diesem Segment hat „Fridays for Future“ viel bewegt. Die erste Entscheidung klingt zunächst überraschend: „Wir exportieren nichts“, sagt Weber. „So können wir die Flaschen im Land halten und selbst wieder verwenden.“ Das leuchtet ein. Im Jahr 2015 hatte Rosport neue Glasflaschen eingeführt. „Seither kommt das viel stärker“, beobachtet Weber. „Und seit 2018 nimmt der Anteil der PET-Flaschen ab. Der Abschwung ist mit zehn Prozent pro Jahr relativ hoch. Das ist der Greta-Effekt.“

Während 2003 noch ein Viertel der Flaschen PET waren und 75 Prozent Glas, hatte sich das 2010 auf 41 Prozent PET verschoben und 2017 auf 51 Prozent. Seither geht der Plastikanteil zurück. Weber rechnet für dieses Jahr mit 43 Prozent PET-Flaschen. Dabei können sich die Flaschen von Rosport mit Blick auf die Umweltbilanz sehen lassen. Seit 2010 arbeitet Rosport mit Valorlux zusammen, die die Plastikflaschen in Luxemburg sammeln. Diese werden an das Unternehmen Plastikpak verkauft, das sie schreddert und dekontaminiert, bevor sie in Käerjeng zu rPET recycelt werden, Chips also, die wieder recycelt werden können. Derzeit verwendet Rosport 50 Prozent rPET für seine Flaschen. „Ende 2020 wollen wir alle Flaschen auf 100 Prozent umstellen“, gibt Weber das Ziel vor.

Möglich wird das nicht zuletzt durch den geänderten Zeitgeist. Denn noch vor einigen Jahren hätten die Kunden das abgelehnt. Der Grund: Durch das Recycling verändert sich die Farbe. Rosport-Flaschen, die eigentlich hellblau und klar sind, werden grauer und undurchsichtig. „Jetzt will der Kunde mehr Recycling und der optische Aspekt ist nicht mehr so wichtig“, hat Weber festgestellt. „Das ist der gleiche Trend wie beim Papier. Dem Kunden ist die reine Kosmetik nicht mehr so wichtig.“

Ihm selbst geht es vor allem um das Konzept: „Wir wollen Circularität und kurze Wege.“ Deshalb arbeitet Rosport mit allen möglichen Stellen zusammen, vom Wirtschaftsministerium über Luxinnovation bis hin zu Partnerunternehmen. Die Kapseln für die Flaschen kommen von United Caps aus Wiltz und die Label vom Roost. „So haben wir einen geschlossenen Kreislauf im Land. Natürlich hätten wir auch billigere Lieferanten auf der anderen Moselseite finden können. Aber wir wollen hier den Kreislauf aufbauen und unterstützen.“

Einen Partner hat Rosport im deutschen Morbach gefunden, die Firma Papier-Mettler. Sie verarbeitet unter anderem Reste aus der Zuckerrohrherstellung. „Dieses Polyethylen aus Zuckerrohr ist voll recyclingfähig. Anders ist es bei Kunststoffen auf Stärkebasis, wie Mais- oder Kartoffelstärke“, weiß Weber. „Hier wird über 50 Prozent unseres Packfilms aus Abfall vom Zuckerrohr verwendet und das ist somit auch noch umweltfreundlich.“ Der daraus gewonnene Film wird für Umverpackungen verwendet, die beispielsweise Sechserflaschen-Lose zusammenhalten.

#### Wasser aus der Region

Rosport ist heute so weit in Sachen Umwelt, weil das Unternehmen schon vor sieben Jahren angefangen hat; lange vor Greta, Fridays for future und Vintage-Mode. „Am Anfang haben wir 25 Prozent Recyclat verwendet, jetzt sind wir bei 50 Prozent“, berichtet Weber. Rosport hat für sein Engagement schon viele Preise gewonnen. In Zukunft will Weber weitermachen. Dabei setzt er sowohl auf Glas als auch auf PET.

„Die Glasflasche ist oft nicht so viel besser, weil die Herstellung klimaintensiv ist, bei 86 Grad Celsius gewaschen werden muss und viel hin- und hergefahren wird, bevor sie wieder befüllt wird.“ Die meisten Konsumenten in Luxemburg hingegen würden die PET-Flasche in die Valorlux-Tüte geben. So kommt Rosport schnell wieder an Granulat aus den eigenen Flaschen. „Deshalb wollen wir Rosport nicht ins Ausland verkaufen. Dann sind alle Vorteile der Nähe und der kurzen Wege weg“, unterstreicht der Rosport-Direktor. Er gibt zu bedenken, welche Reise die Glasflasche eines italienischen Herstellers auf sich nehmen muss, um beispielsweise zurück zum Abfüllort zu gelangen.

„Viele der Glasflaschen werden dort weggeworfen, weil sie nicht mehr befüllbar sind. Man muss sich bewusst sein, wie viel dahinter steckt.“ Längst ist das Vorgehen von Rosport auch ein Argument ihren Großkunden gegenüber. „Der Preis ist nicht mehr das Wichtigste“, sagt Weber. „Was wir offerieren, kann keine internationale Firma bieten. Wir machen alles bis hin zum Recycling hier.“

Das kommt bei den Kunden gut an. Aus Umfragen weiß Weber, dass sie immer mehr Wert auf die ökologische Verträglichkeit legen. Im vergangenen Jahr gaben mehr als ein Drittel der Kunden an, dass ihnen das wichtiger war - Werte, die noch vor zehn Jahren die Faktoren Marke oder Preis erreichten. Daneben spielt auch der lokale Faktor eine Rolle. „Die Menschen wollen nicht nur Gemüse und Milch aus der Region, sondern auch Wasser. Wir sind luxemburgisch und lokal, nur so können wir so preiswert sein“, sagt Weber. Das gefällt nicht nur Luxemburgern. „Wir kommen auch bei Ausländern gut an“, lächelt der Rosport-Direktor. Der Umweltaspekt spielt dabei eine zunehmende Rolle. ●

# „Der Preis ist nicht mehr das Wichtigste“

MAX WEBER, Direktor Rosport

# Unter vollen Segeln

Energieproduktion aus Windkraft ist in den letzten Jahren rasant gestiegen

Von Jacques Ganser

**Luxemburg.** Die Windkraft in Luxemburg befindet sich weiter im Ausbau: Mit der Einweihung einer neuen Anlage heute in Wintger steigt die nationale Gesamtproduktion auf 300 bis 320 Gigawattstunden, dies bei einer installierten Produktionskapazität von rund 127 Megawatt. Genug Strom, um 70 000 Haushalte zu versorgen. Rund 77 Windkraftanlagen zählt Luxemburg, die meisten davon topografiebedingt in den Kantonen Clerf, Wiltz, Diekirch und Echternach.

## Ein langsamer Start

Im Großherzogtum fing alles 1996 mit dem ersten Windrad in Mompach an. Nach einem eher gemüthlichen Start wurde insbesondere in den letzten zehn Jahren massiv in die Windkraft investiert, wie unschwer an den zahlreichen Windrädern auf den Öslinger Koppen zu erkennen ist. So lag Luxemburg im Jahre 2018 im europäischen Ranking an 15. Stelle von insgesamt 27 Staaten, was die installierte Produktionskapazität an Windkraft pro 1 000 Einwohner betrifft.

Zugleich machte die Windkraft etwas mehr als ein Drittel der gesamten erneuerbaren Energiequellen in Luxemburg aus. 2018 stammten zudem rund 73 Prozent des von den Haushalten verbrauchten Stroms aus erneuerbaren Quellen innerhalb Luxemburgs.

## Ambitionierte Ziele

Energieminister Claude Turmes zeigt sich über die aktuelle Entwicklung jedenfalls erfreut: „Wir haben jetzt schon die Ziele, die wir uns im Klimaplan für 2020 gesetzt haben, übertroffen. Wir hatten uns das Ziel von 239 Gigawattstunden gesetzt und sind jetzt mit der Anlage in Wintger bei 314 Megawattstunden. Wir kommen also besser voran als geplant, damit werden auch die Ziele für die Jahre 2025 und 2030 erreichbar.“ Die Regierung ist vor allem bestrebt, den Anteil erneuerbarer Energien zu steigern. Auf elf Prozent sollte die

ser Anteil bis zu diesem Jahr steigen. Turmes zeigt sich denn auch zuversichtlich, dass dieses Ziel erreicht werden kann. Der Haken an der Sache bleibt allerdings der enorm hohe Anteil an Benzin und Diesel, der über den Weg des Tanktourismus die luxemburgische Energiebilanz verhaselt.

Bis 2030 sollen insgesamt 674 Gigawattstunden durch Windräder produziert werden, ein ambitioniertes Ziel für ein Land mit einer kleinen Fläche. „Wir werden vor allem auf das Repowering setzen, also das Ersetzen alter Anlagen durch leistungsfähigere Windräder“, so Turmes. So kann eine einzige Anlage künftig bis zu drei ältere Windräder ersetzen.

## Akzeptanz durch Beteiligung

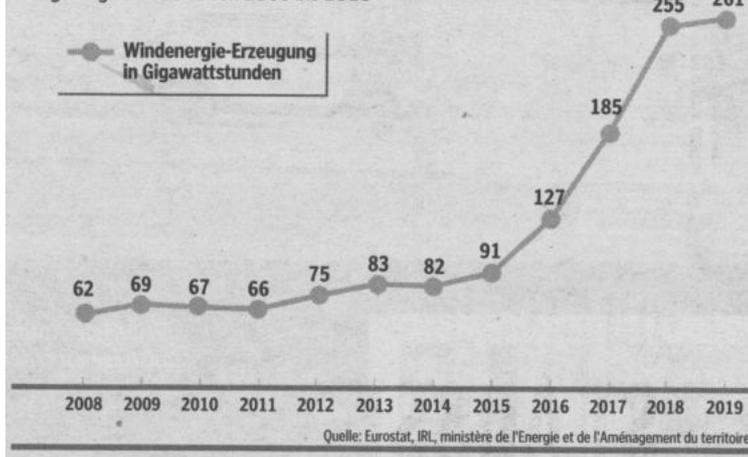
Wichtig ist für Turmes aber auch die Akzeptanz vor Ort. „Wenn die Bürgermeister die Projekte unterstützen und die lokale Bevölkerung sogar Teilhaber an den Gesellschaften werden kann, stoßen die Projekte kaum auf Widerstand“, so Turmes. Zudem habe Luxemburg die strengsten Abstands- und Geräuschpegelregeln in Europa. „Und dort, wo eine Anlage den Rotmilan oder andere Vögel gefährdet, werden Schutzmaßnahmen ergriffen.“ So reicht es bei bekannten Rotmilan-Brutgebieten oft bereits aus, die Flä-

che um die Windräder herum dicht zu bepflanzen. Für die Tiere gibt es dann dort nichts zu jagen und sie halten Abstand. Eine Umweltprüfung ist ohnehin Pflicht.

Aber auch das Prämiensystem sorgt für starkes Interesse an der Windkraft: Der während einer Dauer von 15 Jahren gesicherte Ausgleich zwischen Marktpreis und Investitionskosten sorgt für Planungssicherheit. Das lockt Investoren an. Laut Turmes habe man nicht vor, irgendetwas an diesem System zu verändern. Neun weitere Projekte sind momentan in der Genehmigungsphase.

## Entwicklung der Energieproduktion aus Windkraftanlagen

Steigerung von 418 % von 2008 bis 2018



# Zündende Ideen

## Batteriegehäusehersteller Accumalux erweitert das Produktangebot

Von Marco Meng

**Kockelscheuer.** Auf dem Areal der ehemaligen Sprengstofffabrik in Kockelscheuer entsteht auf 36 Hektar gerade ein moderner Wirtschaftspark: der ParcLuxite.

„Unternehmen, die schon aus der Start-up-Phase heraus sind, können sich hier ansiedeln“, erklärt Venant Krier, Geschäftsführer von Accumalux und Direktor der ParcLuxite-Gesellschaft. Das erste Gebäude „Luxite One“ ist schon komplett belegt; ein zweites gleich nebenan befindet sich im Bau. In die neue Gewerbezone rund um Accumalux zieht demnächst das Ingenieurbüro Schroeder & Associés mit seinen 400 Mitarbeitern.

„Im April beginnen wir voraussichtlich mit der Phase zwei der Entwicklung des ParcLuxite und fangen mit dem Straßenbau an.“ Gleichzeitig werden mit weiteren interessierten Firmen Verträge geschlossen. Neben Büroflächen in den renovierten historischen Gebäuden gibt es noch vierzig Parzellen, auf denen Unternehmen selbst bauen können. Grundstücke werden als Erbpacht vergeben. In der Endphase soll das Luxemburger Silicon Valley auf einer Fläche von 65 Hektar 40 Unternehmen mit etwa 1600 Mitarbeitern Heimat bieten.

Fast ist hier schon wieder ein kleines Dorf entstanden, mit Straßen, Häusern, Strom- und Wassernetz, so wie damals, als hier Anfang des 20. Jahrhunderts die Pulverfabrik „Poudrierie de Luxembourg“ stand. Die Idee dazu hatte vor einigen Jahren der damalige Chef und Gründer von Accumalux, Charles-Louis Ackermann, als er in den USA das Silicon Valley besuchte. 1976 hatten sein Vater wie auch der damalige Präsident der Gesellschaft die Idee, hier statt Sprengstoff Kunststoffbehälter herzustellen. Ackermann (68), Präsident der Gruppe, hat letztes Jahr nach 43 Jahren die Geschäftsführung an Venant Krier, selbst auch Verwaltungsratsmitglied, übergeben. Sein Sohn Raymond Ackermann (32) hat die Funktion als stellvertretender Direktor übernommen.

Von Sprengstoff zu Batterieboxen

Nach wie vor produziert auf dem Areal sieben Tage die Woche Ac-

cumulux Batteriegehäuse, „aber wir diversifizieren uns“, sagt Raymond Ackermann.

„Die Automobilindustrie hat momentan eine Delle, das spüren wir stark“, sagt Krier. „Aber ich hoffe, dass die Nachfrage bald wieder steigt.“ Allerdings ist Accumalux schon dabei, das Produktangebot zu erweitern und Kunden außerhalb des Batterie-sektors ins Auge zu fassen. Über die letzten Jahre ist die Gruppe gewachsen, neben jenem in Kockelscheuer kamen Werke in Bulgarien, Tschechien und Russland hinzu. Nicht vorrangig deswegen, weil die Produktion dort billiger ist, sondern, weil der Transport der Kunststoffbehälter zu den Autobatterieherstellern über längere Strecken zu teuer ist. So läuft beispielsweise das Werk in Russland, angesiedelt in der Autostadt Togliatti, gut, sagt Ackermann. „Da tut sich viel, unsere lokalen Kunden dort wachsen, sodass wir sagen können, es war eine richtige Entscheidung, dort ein Werk zu bauen.“

Der Wandel Richtung E-Mobilität stört das Geschäft von Accumalux übrigens nicht: Auch ein E-Auto hat eine klassische Autobatterie.

„Seit zehn Jahren Circle Economy“

Die zehn riesigen Silos vor der Produktionshalle von Accumalux – zwei wurden erst kürzlich aufgestellt – fallen ins Auge. Sie enthalten das Kunststoffgranulat, aus denen die Kunststoffgehäuse hergestellt werden. Zwei neue Silos enthalten gebrauchten Kunststoff. Die Gehäuse der Gabelstaplerbatterien stellt Accumalux beispielsweise nur aus solchem recycelten Kunststoff her.

Das Altplastik erhält das Unternehmen von den Batterieherstellern. „Das bedeutet für uns auch viel interne Arbeit, weil wir natürlich den Recycling-Kunststoff vorher prüfen müssen, ob es auch tatsächlich die Polymertypen ist, das wir für unsere Produkte brauchen und ob es keine Verunreinigungen gibt“, erklärt Krier. Tatsächlich beträgt die Wiederverwertungsquote bei Autobatterien heute mehr als 99 Prozent. Auch bei Accumalux wird der Pro-

duktionsausschuss nicht wegge-  
worfen, sondern geschreddert und  
wiederverwertet.

In den Werkshallen in Kockelscheuer ist auch der Formenbau angesiedelt. Hier werden die „Schablonen“ für die Batteriegehäuse und deren Deckel hergestellt, die nebenan in den Maschinen im Kunststoffspritzgussverfahren produziert werden. „Das sieht einfach aus, ist aber glücklicherweise doch etwas komplizierter“, sagt Ackermann. Wäre es nicht so, könnte es jeder machen. Warum Accumalux auch die Formen selbst herstellt, erklärt Ackermann: „Wir haben über die vergangenen 40 Jahre viel Know-how aufgebaut, das wir nicht einfach so aus der Hand geben möchten.“

Ausgefeilt ist bei der Produktion von Accumalux zum Beispiel das Kühlsystem, das kurze Produktionszyklen erlaubt, damit Kosten spart und ein kleiner Wettbewerbsvorteil ist.

Rund 30 Millionen Batteriegehäuse, seit Neuestem auch für das Speichern von Solarstrom, stellen die rund 400 Accumalux-Beschäftigten – rund 160 davon in Luxemburg – jedes Jahr her. Sie werden in 30 Länder exportiert. Kunden sind Batteriehersteller wie Varta oder Hoppesche. Bislang gehört Luxemburg nicht zu den Abnehmerländern, aber vielleicht bald. Das werden dann keine Batteriegehäuse, sondern andere Kunststoffprodukte von Accumalux sein. „Wir sind dabei, unser Wissen zu diversifizieren“, erklärt Ackermann dazu.

Obwohl Autobatterien ein recht „konservativer Markt“ sind, gab es zuletzt auch Neuerungen. So verlangen Batterien, die ein Abschalten und Wiederanspringen eines Automotors an der Ampel erlauben, besondere Beschaffenheiten mit unterschiedlichen Wandstärken, weil sie hohem Druck standhalten müssen. „Das mit einem einzigen Spritzgussverfahren herzustellen, ist gar nicht so einfach“, so Ackermann. Da verschiedene Batterietypen unterschiedliche Gehäuseformen, aber auch unterschiedliche Kunststoffarten verlangen, kommt man bei Accumalux so auf 8 000 verschiedene Produkte. Die warten auf 3 000 Paletten in der Lagerhalle

auf den Abtransport. Dass das Lager so voll ist, hat den einfachen Grund darin, dass die Abnehmer verlangen, stets die Produktion von 20 Tagen lieferbereit zu haben. So läuft die Autoindustrie „just in time.“

Unweit von der Accumalux-Halle herrscht unterdessen Hochbetrieb, zahlreiche Firmenwagen von Bauunternehmen und Hand-

werksbetrieben sammeln sich, Arbeiter überqueren die Straße: Der ParcLuxite wird wieder ein Stück größer.

#### Eckdaten von Accumalux

Die aus der Poudrerie de Luxembourg hervorgegangene Accumalux-Gruppe, 1976 gegründet, beschäftigt rund 400 Mitarbeiter an

vier Standorten, 160 davon in Luxemburg. Die Jahresproduktion beträgt 30 Millionen Batteriegehäuse, die in 30 Länder exportiert werden. Mit einem Jahresumsatz von über 70 Millionen Euro hat die Gruppe in verschiedenen Branchen der Batteriewelt in Europa einen Marktanteil von mehr als 40 Prozent.

# Rücktritt vom Rücktritt

Einigung mit italienischer Regierung: ArcelorMittal kauft doch Ilva

Von Marco Meng

Der Stahlkonzern ArcelorMittal gibt bekannt, dass es einen neuen Kaufvertrag zum Stahlwerk Ilva in Italien gibt. „Die Änderungsvereinbarung legt die Bedingungen für eine bedeutende Investition italienischer staatlich geförderter Einrichtungen in AM InvestCo fest“, teilt der Luxemburger Stahlkonzern am Mittwochnachmittag mit, „und bildet damit die Grundlage für eine wichtige neue Partnerschaft zwischen ArcelorMittal und der italienischen Regierung.“ AM InvestCo ist die italienische Tochterfirma von ArcelorMittal. Die Kapitalinvestition der italienischen Regierung in Ilva, die in ei-

ner bis zum 30. November 2020 abzuschließenden Vereinbarung festgehalten werden soll, wird den Angaben nach „mindestens so hoch sein wie die verbleibenden Verbindlichkeiten von ArcelorMittal gegenüber dem ursprünglichen Kaufpreis für Ilva“.

## Stahlherstellung ohne Koks

Das Änderungsabkommen zwischen Rom und ArcelorMittal ist mit einem neuen Industrieplan für Ilva verbunden, der Investitionen in kohlenstoffärmere Stahlerzeugungstechnologien beinhaltet.

Für den Fall, dass die Investitionsvereinbarung nicht bis zum 30. November 2020 ausgeführt wird,

hat AM InvestCo ein Rücktrittsrecht, vorbehaltlich einer vereinbarten Zahlung.

Der Kern des Industrieplans ist der Bau einer Anlage zur Herstellung von direkt reduziertem Eisen (DRI), die von Drittinvestoren finanziert und betrieben werden soll.

Neben der klassischen Stahlherstellungsmethode durch den Hochofenprozess existiert über das sogenannte Direktreduktionsverfahren noch eine weitere Möglichkeit, um aus Eisenerzen Rohstahl zu gewinnen. Das geht mittels eines Schachtofens, der mit Stückerz oder Eisenerzpellets gefüllt wird. Um den Sauerstoff in

den Eisenerzen herauszulösen, wird Kohlenmonoxid und Wasserstoff verwendet. Anders als im Hochofenprozess, wo die Reduktionsgase durch die Verbrennung von Koks entstehen, wobei viel Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) produziert wird, entstehen im DRI-Verfahren die Reduktionsmittel mittels Katalyse außerhalb des Schachtofens.

Das heißt, in diesem Fall würde kein Koks aus dem Werk im französischen Florange gebraucht. Bislang hoffte die dortige Koksproduktion, durch die Übernahme von Ilva noch eine „Gnadenfrist“ bis zur endgültigen Stilllegung zu erhalten.

Der endgültige Abschluss des Kaufvertrags für Ilva ist bis Mai 2022 vorgesehen.

# RTL mit Rekordumsatz

Ausbau der Streamingdienste geht gut voran, Gewinn macht die Mediengruppe damit aber noch nicht

Von Marco Meng

Die RTL Group hat im vergangenen Jahr einen Umsatzrekord mit 6,65 Milliarden Euro erwirtschaftet. Das gab Europas größter Privatfernsehkonzern gestern bekannt. Trotz hoher Investitionen sei der Gewinn vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen mit 1,16 Milliarden Euro stabil geblieben.

Die gestrige Bilanzvorlage von RTL verrät auch die Kosten der Restrukturierung in Luxemburg. Die Reduzierung des Corporate Centres in Luxemburg und Verlagerung von Arbeitsplätzen nach Deutschland schlug den Angaben nach mit 17 Millionen Euro zu Buche. Das Corporate Centre der RTL Group sollte in Luxemburg von 112 Mitarbeitern auf 18 verkleinert werden, 44 sollten in Köln arbeiten. Das warf die in Luxem-

burg viel diskutierte Frage auf, ob der Standort Luxemburg als Konzernzentrale abgesichert sei. Letztlich wurde im November 2019 für 69 Mitarbeiter ein Sozialplan unterschrieben.

*Marktanteil ausgebaut*

Im letzten Jahr konnte die Mediengruppe RTL Deutschland wie auch die französische Sparte M6 mehr Zuschauer gewinnen, während das Geschäft der RTL-Produktionsgesellschaft Fremantle um 12,6 Prozent zulegen konnte. Gut entwickeln sich die Abonnentenzahlen: Die Nutzerzahl der Streamingdienste TV Now und Videoland stieg 2019 um 37 Prozent auf 1,44 Millionen. In Geld ausgedrückt: Der Streamingumsatz legte 47 Prozent auf 135 Millionen Euro zu.

Gewinn erwirtschaftet RTL damit aber noch nicht. Geplant sei, bis 2025 zwischen fünf und sieben Millionen Abonnenten zu gewinnen und damit einen Umsatz von 500 Millionen Euro zu erreichen. Dann sollen TV Now und Videoland auch profitabel sein.

„Wir bauen unsere Streaming-Dienste und unser globales Inhaltsgeschäft stark aus“, sagt dazu Thomas Rabe, Geschäftsführer der RTL Group. Allianzen und Partnerschaften in der europäischen Medienindustrie wolle man ausbauen. Ziel ist, „nationale Streaming-Champions“ zu etablieren. Insgesamt stieg 2019 das Konzernergebnis um zehn Prozent auf 864 Millionen Euro, wozu vor allem der Verkauf des Filmvermarktungsunternehmens Universum-Film beitrug.

*Dividende unverändert*

Den Aktionären werde eine Dividende von unverändert vier Euro je Aktie gezahlt. Etwa 75 Prozent an RTL hält Bertelsmann, 24 Prozent sind in Streubesitz.

Was die Ausbreitung des Covid-19-Virus und dessen Auswirkungen auf das RTL-Geschäft betrifft, wollte das Medienunternehmen keine Prognose wagen: Das zu quantifizieren, dafür sei es noch zu früh. Die ersten Werbestornierungen gab es bereits. Geplant ist, den Umsatz auch 2020 um zwei bis drei Prozent zu steigern. Aufgrund der Verluste der beiden Streaming-sender erwartet RTL einen Rückgang des Vorsteuergewinns um sieben Prozent.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG  
Botschaft in Deutschland

# FINANZEN

## Zwei AAA-Rankings für Luxemburg

**Luxemburg.** AAA oder Triple A ist sozusagen die Bestnote für ein Land, wenn es um Kreditwürdigkeit und Stabilität geht. Diese Bewertung hat Luxemburg von zwei der großen, international tätigen Agenturen - Fitch und DBRS - erhalten. Damit gehört Luxemburg

weiterhin zu den kreditwürdigsten Ländern und kann sich auf den internationalen Finanzmärkten zu günstigen Zinssätzen Geld beschaffen.

Fitch hebt als Beweggrund besonders die vorsichtige Finanzstrategie der Regierung hervor. Luxemburg ist mit 23 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nach wie vor das am wenigsten verschuldete unter den ebenfalls mit AAA be-

werteten Ländern. Für DBRS zeichnet sich das Großherzogtum besonders durch seine politische Stabilität aus. Beide Agenturen bescheinigen der Luxemburger Wirtschaft eine gute Gesundheit. Zu den Risiken für Luxemburg zählen die Agenturen die Auswirkungen des Brexit und die Verlangsamung der Wirtschaft durch das Corona-Virus. Zudem könnten pro-

tektionistische Maßnahmen auf internationaler Ebene die Wirtschaft in Luxemburg belasten. Für seine Bemühungen im Bereich der Digitalisierung und der Diversifizierung bekommt Luxemburg, das laut der Agenturen immer noch sehr stark vom Finanzsektor abhängig ist, Lob ausgestellt. 17

## S&P bestätigen AAA-Rating

**Luxemburg.** Die Rating-Agenturen DBRS und Fitch und S&P haben am Donnerstag das AAA-Rating für Luxemburg bestätigt, wie das Finanzministerium am Samstagmorgen mitteilte. In der Analyse heißt es, „Luxemburg verfüge über die nötigen Mittel, um die wirt-

schaftlichen Herausforderungen aufgrund der Covid-19-Pandemie zu meistern“, und zwar „auch, wenn sich die wirtschaftliche Lage weiter verschlechtern sollte“.

Die Rating-Agenturen unterstreichen zudem die „ausgezeichnete öffentliche Finanzlage und die niedrige Verschuldung“ Luxemburgs. pley

# Luxemburger Anleihen schnell vergriffen

Unangefochtenes AAA-Rating hilft: Ausgabe langlaufender Papiere wird ein voller Erfolg

Von Adam Maliszewski

Das Großherzogtum hat in dieser Woche überaus erfolgreich Anleihen im Volumen von 2,5 Milliarden Euro unter Investoren platziert und reiht sich damit in den Reigen der wichtigen Kapitalmarktmissionen der Eurozone im Monat April ein. Dabei trennt sich hier deutlich die „Spreu vom Weizen“ so Kapitalmarktbeobachter.

Luxemburg kann bei den Agenturen, was die Schuldnerqualität angeht, Bestnoten vorweisen. Das macht die Finanzierung einer zehnjährigen Schuld besonders preisgünstig, hinzu kommt die hohe Nachfrage. Die Papiere mit fünf-beziehungsweise zehnjähriger Laufzeit wurden schnell „als vergriffen“ gemeldet. Die Trésorerie hätte ein Mehrfaches verkaufen können. Die Fachleute sprechen hier von einer „Überzeichnung“.

Die luxemburgische Anleihe mit zehnjähriger Laufzeit und einem Betrag von einer Milliarde Euro verfügt über einen Kupon von Null, das heißt der Erwerber bekommt keinen jährlichen Zins bezahlt. Das gleiche gilt auch für die Fünfjährige, hier wurden eineinhalb Milliarden ausgegeben. Dass das Anlegerinteresse trotzdem so groß ist, liegt an in erster Linie an dem Wunsch der Käufer nach absoluter Sicherheit.

Papiere des Großherzogtums versprechen eine stabile Entwicklung und Aussicht auf Kursgewinne in den kommenden Jahren. Investoren können während der Laufzeit das Papier verkaufen, und so einen Zwischengewinn realisieren. Gerade die weiteren Ausläufer und Folgen von Covid-19 bereiten Geldgebern enorme Sorgen für die laufenden Kredite, sie suchen einen „sicheren Hafen“.

Anleihekaufprogramm ließ

schwache Schuldner profitieren

Der niedrige Zins – in manchen Fällen gar Minuszins – rührt von den Anleihekaufprogrammen der Notenbanken her.

Seit 2012 hatte die EZB, flankiert von dem Kaufprogramm der Federal Reserve große Mengen an Anleihen europäischer Staatsanleihen gekauft. Hinzu kam der Erwerb von besicherten Pfandbriefen und anderen Covered Bonds. Draghi erlangte historische Bedeutung. Er werde im Rahmen des EZB-Mandats „alles tun, was nötig ist“, um den Euro zu retten, also die Währungsunion vor dem Auseinanderbrechen zu bewahren. Im späteren Verlauf begann die Notenbank auch damit, selektiv Unternehmensanleihen zu kaufen. Damit wurde per Saldo das allgemeine Zinsniveau nach unten geschraubt. Einen Ausstieg aus den „Minuszinsen“ hat ab 2018 auch die schwächelnde europäische Wirtschaft verhindert, der Plan von Draghi zu einer gewissen Normalisierung der Zinsstruktur konnte dann nicht mehr umgesetzt werden.

Die Staatsanleihen der europäischen Südländer wie Italien oder Spanien waren in dieser Woche weniger gefragt. Überhaupt leiden nicht nur die Menschen immens in den betroffenen Ländern unter Pandemie und dem Wirtschaftskollaps, auch die Staatsfinanzen werden hier in den kommenden Jahren pessimistisch beurteilt. Der Grundsatz gilt: Je schwächer die Kreditqualität eines Staates, umso teurer seine Geldaufnahme bei Investoren.

Während der kleinen Staatskrise 2018 um die Regierungsbildung in Rom beispielsweise, hat sich der Zins der marktführenden Zehnjahresanleihe innerhalb weniger Monate von 1,5 auf über 3,1 Prozent mehr als verdoppelt. Der Zins,

den Italien dieser Tage entrichten muss, stieg in den letzten drei Wochen von 1,8 auf 2,09 Prozent. Die wichtige Größe sind hier auch die liquiden deutschen Bundesanleihen, die gegenwärtig bei -0,47 Prozent handeln.

Sieben Luxemburger Anleihen stehen aus

Zum Vergleich: Die neue luxemburgische zehnjährige Anleihe notierte gestern bei 100,55 Euro und verzeichnete eine Minusrendite von 0,055 Prozent. Alte Luxemburger Anleihen weisen je nach Restlaufzeit ebenfalls eine Minusrendite auf. Insgesamt stehen derzeit neben den Neuemissionen dieser Woche noch fünf Anleihen im Volumen von 7,75 Milliarden Euro aus. Das Großherzogtum bleibt zu den Kreditpapieren der anderen Nordländer konkurrenzfähig. Die EU-Staaten wollen die harten wirtschaftlichen Folgen von Corona durch einen gemeinsamen Wiederaufbaufonds von etwa einer Billion Euro bekämpfen. Der Beschluss vom Donnerstag, dass EU-Länder über einen gemeinsamen Topf praktisch Schulden aufnehmen und dabei auf den Weg über Coronabonds verzichten wollen, wurde in den Kreditmärkten positiv aufgenommen.

Das unangefochtene „AAA“-Rating bei Standard & Poors und die neueste Einschätzung bei der Agentur Fitch vom September 2019 unterstreichen die gute Wirtschaftssituation in Luxemburg vor der Coronakrise. Mit dem Gesetz zur Stabilisierung wegen der Folgen von Covid-19 hat die Regierung Bettel mit dem Finanzrahmen von 8,8 Milliarden Euro auf den Punkt reagiert. Gemessen an der luxemburgischen Wirtschaftskraft bedeutet dies eine Extraanstrengung von 14 Prozent des

Bruttoinlandsprodukts. Eine erste Maßnahme ist die konsequente Mittelaufnahme am Kapitalmarkt. Das solidarische Vorgehen der Kredit- und Versicherungswirtschaft bei der Platzierung der Anleihen ist beispielhaft. Etwa ein Viertel der Anleihen wurde durch die luxemburgischen Versicherer erworben, circa 70 Prozent ging an Investoren aus der EU und dem Vereinten Königreich.

Luxemburger Bankenkonsortium als „Joint-Book“

Das Konsortium aus Spuerkeess, BIL, BGL BNP Paribas, Société Générale und Deutsche Bank agierte gemeinschaftlich, in der Fachsprache als „Joint-Book“. Das sorgte so für einen reibungslosen Ablauf. Die BIL fungierte als „Listing Agent“ für die notwendigen Anträge bei der Börse, um den offiziellen Handelsstart zu ermöglichen. „Der Erfolg der Emission wird es dem Staat ermöglichen, sein Liquiditätspolster zu stärken und gleichzeitig die Umsetzung der Maßnahmen des Wirtschaftsstabilisierungsprogramms in der Covid-19-Krise zu gewährleisten“, sagte Finanzminister Pierre Gramegna zu der Transaktion.

● **Papiere**  
● **Luxemburgs**  
*versprechen eine stabile Entwicklung und Aussicht auf Kursgewinne in den kommenden Jahren.*

# Spuerkeess mit einem starken Jahr

Bankergebnis 2019 schließt an frühere Rekorde an – vorerst keine Dividende an den Staat

Von Pierre Leyers

Nach einem schwierigen Geschäftsjahr 2018 hat die Banque et Caisse d'Epargne de l'Etat (BCEE) 2019 wieder ihre gewohnte Profitabilität erreicht. Das Bankergebnis stieg im vergangenen Jahr im Vergleich zu 2018 um 12,4 Prozent auf 603,6 Millionen Euro, der Nettogewinn wuchs um 4,9 Prozent auf 183,9 Millionen Euro.

Auf die 40 Millionen Euro an Dividenden, die die Staatssparkasse ihrem Aktionär, dem Luxemburger Staat, regelmäßig überweist, wird dieser vorerst verzichten müssen. Die Europäische Zentralbank hat den europäischen Geldinstituten geraten, während der Corona-Krise keine Dividenden an Aktionäre auszuschütten. Wie viele andere Banken in Europa folgt auch die „Spuerkeess“, dieser Empfehlung, zumal sie aufgrund ihres Gewichts in der nationalen Wirtschaft als systemisch eingeschätzt wird. Im Oktober werde die Bank entscheiden, ob die wirtschaftliche Lage eine Dividendenzahlung zulasse, erklärte Generaldirektorin Françoise Thoma am Freitag bei einer Telefonkonferenz.

Der Ertrag aus Zinsgeschäft und Provisionen belief sich auf 553,8 Millionen Euro, eine Steigerung von 7,3 Prozent im Vergleich zu 2018. Mit dem dauerhaft niedrigen Zinsumfeld, das europaweit der Finanzbranche zusetzt, hat sich die Spuerkeess arrangiert. „Es ist zur neuen Normalität geworden“, sag-

te Françoise Thoma. Auf Negativzinsen verzichtet die Bank – bei ihren Retailkunden. Institutionelle Kunden hingegen müssen diese „Strafzinsen“ zahlen.

Die Betriebskosten stiegen um 4,2 Prozent auf 356,8 Millionen Euro. Vor allem die Gehaltskosten sind im Zuge der fälligen Indextranche im vergangenen Jahr gestiegen. Auch Investitionen in die Informatik und die Modernisierung des Agenturnetzes trugen zu dem Kostensprung bei.

Die Eigenmittel erreichten 4 085 Millionen Euro, einem Zuwachs von 1,9 Prozent. Mit einer Eigenmittel-Ratio von 21,1 gehört die Spuerkeess zu den solidesten Geldhäusern Europas.

## Virtuelle Agentur kommt zur rechten Zeit

In ihrem Kerngeschäft, den Immobilienkrediten, wo sie Marktführer ist, verzeichnete die Bank einen Zuwachs von 6,1 Prozent. Die Kundeneinlagen erreichten 33 484,9 Millionen Euro (+4,7 Prozent), die Kundenkredite 22 857,1 Millionen Euro (+4,9 Prozent).

Retailkunden, die wegen der Corona-Krise ihren Hauskredit nicht mehr bedienen könnten, gebe es derzeit wenig, erklärte Generaldirektorin Françoise Thoma. „Es ist für uns wesentlich auf die Schwierigkeiten der Kunden einzugehen“, betonte sie.

Schon im Oktober 2019 hatte die Bank ihre virtuelle Agentur „Spuerkeess direct“ eröffnet. Von

sieben Uhr morgens bis sieben Uhr abends können dort Kunden an den Werktagen Beratung erhalten und Aufträge erledigen lassen. Und das ohne technische Hilfsmittel, außer einem Telefon.

Das Angebot kommt angesichts der Viruskrise und der Anweisung an die Bevölkerung, zu Hause zu bleiben, zur rechten Zeit. „Wir verzeichnen 2 000 bis 3 000 Anfragen pro Tag“, gab Françoise Thoma bekannt.

Ob ein Angebot wie „Spuerkeess direct“ alle zufriedenstellt, scheint zumindest gemessen an der Reaktion der Bürgermeister aus elf Gemeinden, in denen die Spuerkeess ihre Niederlassungen schließt, fraglich. Die Banken seien nicht Schuld an dem allgemeinen Phänomen der Verödung der Dörfer, sagte Françoise Thoma. Den betroffenen Gemeinden und ihren Bürgermeistern habe die Bank Ersatzlösungen vorgeschlagen. Zum Beispiel liefere sie Bargeld an ältere Menschen in ihre Wohnungen, und das ohne zusätzliche Gebühren.

## 1 100 Mitarbeiter im „Home Office“

Von den insgesamt 1 844 Beschäftigten der Bank befinden sich derzeit insgesamt 1 100 im „Home Office“ und verrichten ihre Arbeit von zu Hause aus. Etwa 20 Prozent der Belegschaft arbeitet noch wie gewohnt, teilweise in den Agenturen, die noch geöffnet sind.

# Banken mit weniger Gewinn

Kreditinstitute verzeichnen eine positive Entwicklung der Zinsmarge

Von Nadia Di Pillo

Der Gewinn vor Abschreibungen der Luxemburger Banken ging 2019 deutlich zurück. Laut der Finanzaufsichtsbehörde CSSF haben die 125 Banken im Land einen Gewinn von 4 748,6 Millionen Euro erwirtschaftet – 6,4 Prozent weniger als ein Jahr zuvor.

Im Detail zeigen die gestern vorgelegten Zahlen, dass auf der Einkommensseite die Zinsmarge im Vergleich zu 2018 um 7,7 Prozent steigt. „Die Mehrheit der Kreditinstitute hat eine positive Entwicklung der Zinsmarge verzeichnet, dank der Zunahme des Geschäftsvolumens und der Verbesserung der durchschnittlichen Rendite der Vermögenswerte“, schreibt die Commission de surveillance du secteur financier. Und fügt hinzu: Mehr als die Hälfte der Banken berechnet inzwischen negative Zinssätze auf Einlagen von Finanzinstitutionen.

Die Provisionseinnahmen steigen im Jahresvergleich um 2,7 Prozent, was hauptsächlich auf die positive Entwicklung der Depotbanken im Auftrag von Invest-

mentfonds sowie – für einige Banken – auf die Verlagerung von Aktivitäten nach Luxemburg aufgrund des Brexits zurückzuführen ist.

## Hohe Volatilität

Die Entwicklung der sonstigen Nettoerträge ist laut CSSF nach wie vor durch eine hohe Volatilität gekennzeichnet, die von einmaligen Ergebnissen bei einigen Banken beherrscht wird. Die Hauptgründe für den Rückgang dieses Postens im Jahr 2019 sind der Rückgang der Kapitalgewinne aus Wertpapierportfolios und der Rückgang der erhaltenen Dividenden.

## Steigende Gemeinkosten

Auf der Ausgabenseite verzeichnen zwei Drittel der Banken einen Anstieg der Gemeinkosten. Dieser Anstieg (+8,4 Prozent) ist jedoch hauptsächlich auf die personellen und technischen Ressourcen zurückzuführen, die im Zusammenhang mit dem Brexit für die Verwaltung oder Verlagerung von Bankgeschäften mobilisiert wur-

den.

Die Personalkosten sind dabei um 8,7 Prozent gestiegen. „Ohne den Brexit-Effekt würde der Gesamtbetrag der Gemeinkosten etwas niedriger ausfallen, wenn man den Rückgang der Anzahl der Banken auf 125 zum 31. Dezember 2019 berücksichtigt“, schreibt die Finanzbehörde in ihrer Pressemitteilung. Die oben genannten Entwicklungen führen zu einer weiteren Verschlechterung des Kosten-Einnahmen-Verhältnisses, von 57 Prozent auf 61 Prozent Ende 2019.

Die Luxemburgische Zentralbank (BCL) teilt ihrerseits mit, dass sich die Bilanzsumme der Kreditinstitute, auf Grundlage vorläufiger Zahlen, zum 31. März 2020 auf 901 641 Millionen Euro belief, gegenüber 842 411 Millionen Euro am 29. Februar 2020. Das entspricht einer Erhöhung von sieben Prozent. Zwischen März 2019 und März 2020 ist die Bilanzsumme der Kreditinstitute um 11,9 Prozent gestiegen.

## **BCL: Luxemburger werden immer reicher**

**Luxemburg.** In Luxemburg sind die Privathaushalte in den vergangenen Jahren erneut ein bisschen reicher geworden. Das zeigt eine Studie der luxemburgischen Zentralbank (BCL), die das Vermögen der Privathaushalte ausgerechnet hat.

Insgesamt gesehen ist das durchschnittliche Nettovermögen zwischen 2014 und 2018 um 17 Prozent auf 897 900 Euro gestiegen – in realen Werten um zwölf Prozent. Im Jahr 2018 lag das reale Bruttovermögen der Haushalte bei 881 400 Euro. Die Vermögensunterschiede sind zwischen 2014 und 2018 unverändert geblieben. Im

Jahr 2018 besaßen fünf Prozent der Haushalte rund 38 Prozent des gesamten Haushaltsvermögens. Die Finanzanlagen stellen zwölf Prozent des Vermögens der Luxemburger Haushalte dar. Sie bestehen hauptsächlich aus Bankeinlagen (49 Prozent), riskante Vermögenswerte wie etwa Investmentfonds (21 Prozent) oder Aktien (7 Prozent) und anderen Fi-

nanzanlagen (24 Prozent). Der Durchschnittswert des Finanzvermögens der luxemburgischen Haushalte lag 2018 bei 121 300 Euro – im Jahr 2014 waren es 132 400 Euro. Aus den Statistiken der BCL geht hervor, dass der Anteil der verschuldeten Haushalte im Jahr 2018 bei 53 Prozent lag. *ndp*

# Plausch am Küchentisch

Die Quintet Bank stellt nicht nur in Luxemburg ein - in der Schweiz steht sie kurz vor der Eröffnung ihrer Filiale, wie Jakob Stott, CEO für das Wealth Management, im Exklusivinterview erzählt

LUXEMBURG

CORDELIA CHATON

In der ehrwürdigen einstigen Kreditbank hat sich einiges verändert. Helle Stoffessel stehen am Eingang rund um einen Tisch, eine grüne Sitzzecke lädt vor blauen Holzpanelen zum Plaudern ein. Wer hier an „hyggelig“ denkt, jenen Modebegriff aus Dänemark und Norwegen, der für die neue Gemütlichkeit steht, liegt nicht ganz falsch. Zumindest hatte Jakob Stott ein kleines Wörtchen mitzureden. Der Däne ist seit knapp einem Jahr nicht nur die Nummer zwei der Privatbank, die seit kurzem unter „Quintet“ firmiert, sondern auch Aktionär, genauso wie sein alter Freund und Weggefährte Jürg Zeltner. Der CEO ist momentan nicht zu sprechen, doch Stott hat sich Zeit genommen.

Die ist auch nötig, denn am Finanzplatz kursieren viele Gerüchte. Stott beispielsweise trägt den Spitznamen „das Phantom“. Dabei sei er regelmäßig hier in Luxemburg in der Zentrale, sagt der 64-Jährige, der gern die Anzugweste auszieht und sich leger im Hemd mit Manschettenknöpfen gibt. „Einige Tage im Monat, so oft es eben notwendig ist.“ Stott führt durch die Stockwerke und erklärt das neue Mobiliar. „Die Kunden sollen sich wie zu Hause fühlen, es soll eine vertraute Atmosphäre sein, wie ein Gespräch am Küchentisch“, sagt der Private-Wealth-Experte, während er durch die oberen Stockwerke führt. Dort steht eine goldene Figur. Etwa eine Anspielung an die „Gülle Fra“? Stott weiß nicht, wer das ist. Er ist viel unterwegs, schließlich hat die Bank eine ganze Reihe von Töchtern im europäischen Ausland. Viele von ihnen haben ihren alten Namen behalten, obwohl sie jetzt Teil der Quintet-Gruppe sind. „Das ist historisch geprägt“, versichert Stott.

Der Name Quintet könnte vieles bedeuten. Böse Zungen behaupten, er sei vom Hauptaktionär in Katar gewählt, das sich im Englischen mit „Q“ schreibt. Stott sagt, dass sei nicht der Fall und sieht in Quintet vor allem eine Anleihe an die Zusammenarbeit eines Orchesters, wo sich jeder Individualist auf den anderen einstellen muss, damit das gemeinsame Konzert erklingt. „Am Ende des Tages ist es eine Frage der Menschen“, sagt er „vor allem im Private Banking“. Banken mit Silodenken und großen Matrixen habe er genug erlebt. „Wir wollen keine Wir-gegen-die-Mentalität, sondern eine musische Verbindung“, unterstreicht Stott, der bei solchen bereits nach draußen kommunizierten Themen in sicherem Fahrwasser ist. „Wir waren ein lockeres Netzwerk. Wir

wollen eine Gruppe sein“, unterstreicht Stott.

Innerhalb der Bank muss einiges zusammen wachsen. Im vergangenen Jahr wurden 67 Mitarbeiter gruppenweit eingestellt, 2020 bereits weitere 13, insgesamt 80. Die Stammebelegschaft in Luxemburg liegt jetzt bei 800 Mitar-

beitern. Das ist zu wenig für einen Gewerkschaftsvertreter im Verwaltungsrat - dafür hätte es tausend gebraucht - aber genug, um in der Belegschaft endlich das Gefühl aufkommen zu lassen, dass es nach den Sozialplänen von 2010 und 2012 sowie den ständigen Personalwechsellern auf Entscheiderpositionen endlich nach oben geht. Zur guten Laune trägt auch bei, dass rund die Hälfte des rekrutierten Personals im kommerziellen Bereich tätig ist, so genannte Relationship-Manager, also Leute, die reiche Privatleute im Portfolio haben. „Das bringt Kunden und damit Umsatz und letztlich Gewinn und Zukunft“, sagt ein Mitarbeiter, der

nicht genannt werden will. Rund 20 bis 30 Prozent der Neueinstellungen sind Zeltner und Stott wahrscheinlich nicht so neu, kommen sie doch von der UBS, lange dem Wirkungsfeld der beiden Freunde. Stott, der auf eine Karriere bei JP Morgan sowie der UBS zurückblickt, war alleine bei letzterer als Vice-Chairman des UBS-Wealth Managements für 3.000 Mitarbeiter und 45 Büros verantwortlich.

Schon möglich, dass auch noch weitere Kräfte bei der UBS rekrutiert werden, denn in der Schweiz haben augenblicklich die beiden größten Banken UBS und Credit Suisse neue CEOs und die werden vermutlich erstmal zeigen, wer der harte Sanierer ist. Die einfachste Möglichkeit im Bankenbereich ist es stets, Mitarbeiter zu entlassen, dann sinken die Kosten direkt. Quintet aber will einstellen. Denn der neue Name steht auch für eine neue Strategie. Die bislang in Europa tätige Privatbankgruppe zielt weiter. „Wir können uns Geschäfte auch in Lateinamerika, dem Mittleren Osten oder sogar Asien vorstellen“, sagt Stott.

Das alles kostet Geld. Gut, dass die Verbindung zum Hauptaktionär, einige Mitglieder der katarischen Herrscherfamilie A-Thani, stimmt, die den Kurs mitträgt, aus der Bank, die Stott „nicht besonders groß“ nennt, eine größere zu machen. Quintet ist nicht die einzige Bankbeteiligung mit Beziehung zu Katar. Der Staatsfonds von Katar hat in den Schweizer Credit Suisse investiert und ein Al Thani, nämlich Jassim Bin Hamad J. J. Al Thani, saß dort im Verwaltungsrat. Die Kataris zählen auch zu Zeltners Adressbuch. „Die Familie Al-Thani kenne ich schon lange persönlich“, sagte er mal. Darüber hinaus sind die Al-Thanis auch bei der Deutschen Bank aktiv. Ihre Idee, Zeltner

dort in den Aufsichtsrat zu setzen, scheiterte am Widerstand der deutschen Finanzaufsicht Bafin, wie der „Spiegel“ schrieb. Schließlich wurde er durch den deutschen Ex-Außenminister Siegmund Gabriel ersetzt. Die Al-Thanis sind in der Folge der Finanzkrise 2012 über die private Gesellschaft Precision Capital mit 99,9 Prozent bei der damaligen KBL epb und heutigen Quintet eingestiegen, die die einzige Beteiligung von Precision Capital ist. Deren CEO George Nasra wahrt seither die Interessen aus Katar im Verwaltungsrat. „Unser Aktionär ist langfristig engagiert“, freut sich Stott. „Es gibt gute Gespräche mit dem Aktionär und auch auf allen Ebenen.“

Die in der Schweiz rekrutierten Kräfte werden nicht nur in Luxemburg gebraucht, sondern auch in der Schweiz selbst. Dort hatte Zeltner 2019 eine Vereinbarung unterschrieben, um die „Bank am Bellevue“ in Küsnacht bei Zürich zu übernehmen. Danach mietete er auf seinen Namen

Räume an der wesentlich repräsentativeren Adresse am Züricher Paradeplatz an und suchte Leute. Rund 20 Mitarbeiter hat das Schweizer Unternehmen jetzt, berichtet Stott. Jetzt soll die Bank vorbehaltlich der behördlichen Genehmigungen am Ende des ersten Quartals offiziell eröffnet werden. Zu diesem Zeitpunkt werden noch 20 Mitarbeiter von der Bank am Bellevue übernommen. Sie ist ein Baustein der ausgegebenen Losung „mehr Mitarbeiter, mehr Marktanteile, mehr Kunden.“ „Wir werden auch einige Cross-Border-Aktivitäten haben“, verrät Stott.

Er wirkt aufgeräumt und entspannt. „Ich genieße es, dass ich hier alles Mögliche machen kann, dass ich mir hier die Hände schmutzig machen kann“, versichert er. Es gäbe noch viel zu tun. „In den Niederlanden beispielsweise haben wir ESG-Produkte, die selten über die Grenze hinaus vertrieben werden, obwohl sie sicher auch für Kunden in Deutschland interessant wären.“ ●

## DIE BANK

### Quintet

Die 1949 in Luxemburg gegründete KBL heißt seit Januar 2020 Quintet und beschäftigt 800 ihrer 2.000 Mitarbeiter hier. Die Bank ist in rund 50 europäischen Städten aktiv, teilweise noch unter dem Namen gekaufter,

alteingeführter Banken wie Merck Finck oder Brown Shipley, die dann den Zusatz „A Quintet Private Bank“ haben. Die Bank verwaltet rund 72 Milliarden Euro an Kundengeldern. Sie gehört zu den drei systemischen Banken Luxemburgs, die direkt der Aufsicht der Europäischen Zentralbank unterstellt sind.

# „Fintech lädt sich zur Party ein“

## Clearstream wird 50 – ein Gespräch mit CEO Philippe Seyll über die Zukunft des Abwicklers

**Interview: Thomas Klein**

Die Abwicklungs- und Verwahrgesellschaft Clearstream feiert in diesem Jahr ihr fünfzigjähriges Bestehen. Ursprünglich unter dem Namen „Centrale de livraison de valeurs mobilières“ (Cedel), wurde das Unternehmen am 28. September 1970 von 66 Banken aus elf Ländern in Luxemburg ins Leben gerufen. Mit Vermögenswerten von heute etwa 15 Billionen Euro unter Verwahrung, gehört das Abwicklungsunternehmen zu den absoluten Schwergewichten der Finanzindustrie. Ursprünglich wollte die Finanzfirma heute Abend ihr Jubiläum begehen; die Feierlichkeiten fielen aber dem Corona-Virus zum Opfer. Das „Luxemburger Wort“ sprach mit dem Chef des Abwicklers Philippe Seyll über die bewegte Geschichte des Unternehmens, das Aufkommen neuer Technologien und die Zukunft des Standorts Luxemburg.

**Philippe Seyll, die Vorgängerfirma von Clearstream, Cedel, war vor 50 Jahren ein gemeinsames Projekt von 66 internationalen Banken. Eigentlich ein ungewöhnlicher Schritt von Konkurrenten, gemeinsam ein Unternehmen zu gründen. Wie kam es dazu?**

Wenn sich 66 Banken zusammenschließen, bedeutet das, dass es einen dringenden Bedarf gibt. Dieser Bedarf wurde vor allem durch den in den 60er Jahren entstandenen und schnell wachsenden Eurobondmarkt geschaffen. Wann immer Unternehmen oder Staaten vorher solche Anleihen begeben wollten, mussten sie sich mit Millionen von Investoren auseinandersetzen; und umgekehrt Investoren mit Tausenden von Emittenten. Mit der Cedel, die als Mittelsmann die Abwicklung der Transaktionen übernahm, wurde das deutlich effizienter.

**Warum kam es gerade zu diesem Zeitpunkt zur Gründung der Cedel?**

Die Gründung der Cedel fällt mit der Internationalisierung der Kapitalmärkte zusammen. Zuvor, als diese Geschäfte vor allem national getätigt wurden, haben diese Transaktionen auch ohne Mittler funktioniert. Die Zahl der Investoren und Emittenten war noch überschaubar, so lange der Luxemburger Staat Anleihen begeben hat, die in erster Linie von Luxemburgern gekauft wurden. Zu der Zeit unserer Gründung änderte sich das mit dem immer größer werdenden Eurobondmarkt aber schnell. Das Gleiche gilt für den Sekundärmarkt, also wenn Investoren ihre Anleihen weiterverkaufen. Ohne uns wären die Emittenten in jeden Weiterverkauf involviert. Heute läuft das alles über Clearstream als Zentralverwahrer. Wir wickeln jeden Tag Millionen von Transaktionen ab. Aktuell verwalten wir Vermögenswerte in Höhe von etwa 15 Billionen Euro.

**Ein weiterer großer Meilenstein in der Geschichte von Clearstream ist der Einstieg der Deutschen Börse im Jahr 2001. Was war damals die Motivation der Deutschen Börse, die Mehrheit an Cedel zu übernehmen?**

Für die Deutsche Börse war das ein logischer Schritt. Für eine Börse ist es sinnvoll, die ganze Wertschöpfungskette vom Begeben von Wertpapieren über den Handel bis hin zu Clearing und Verwahrung abzudecken. Clearstream war für die Börse das fehlende Puzzlestück. Uns half der Deal im Gegenzug, unser Geschäft noch weiter zu internationalisieren.

**Wenn man sich mit der Geschichte von Clearstream befasst, ist die große Zahl der Kontroversen rund um die Firma auffällig. So warf der Enthüllungsjournalist Denis Robert dem Unternehmen vor zwei Jahrzehnten vor, es ermögliche Geldwäsche im großem Stil. Haben Sie eine Erklärung dafür, dass Clearstream häufiger mit solchen Anschuldigungen konfrontiert ist?**

Zunächst einmal hätte die Af-

färe nicht als „Clearstream“-Affäre bezeichnet werden dürfen, weil das in weiten Teilen nichts mit uns zu tun hatte. Die meisten der Vorwürfe haben sich schnell als haltlos erwiesen. Wenn Sie eine Wertpapierbörse oder eine Anwaltskanzlei sind, ist es für die Öffentlichkeit leichter zu verstehen, was Sie machen. Wir sind aber eine Transaktionsbank, die Geschäfte mit Anleihen abwickelt. Diese Tätigkeit ist zum einen sehr komplex und zum anderen für viele Menschen nicht sichtbar. Das führt manchmal dazu, dass Verschwörungstheorien aufkommen.

**Aktuell steht im Zusammenhang mit den Cum-Ex-Ermittlungen mindestens ein Mitarbeiter von Clearstream unter Verdacht, dass er das System von Steuerhinterziehungen aktiv unterstützt hat. Können Sie etwas zum Stand der Ermittlungen sagen?**

Wir dürfen laufende Verfahren nicht kommentieren, werden uns aber zu gegebener Zeit dazu äußern. Wir kooperieren in diesem Fall vollumfänglich und transparent mit den Behörden. Wir haben nichts zu verbergen.

**Kommen wir zur zukünftigen Entwicklung bei Clearstream. Im letzten Jahr haben Sie ein Kostensenkungsprogramm angekündigt. Wie weit ist das fortgeschritten?**

Das Programm läuft sehr gut für uns an. Was man aber von außerhalb als Sparprogramm wahrnimmt, ist in Wirklichkeit ein Investitionsplan. Bevor das Programm angekündigt wurde, hatten wir am Standort in Luxemburg etwa 1100 Beschäftigte. Heute sind wir noch ungefähr auf dem selben Stand. Was sich weiterentwickelt hat, sind die Profile der Mitarbeiter, weil wir uns als Unternehmen neue Geschäftsfelder erschließen. In manchen Bereichen werden wir Kosten sparen, während wir in anderen massiv investieren.

**Wie viele Mitarbeiter haben das Unternehmen letztlich verlassen?**

Das Programm ist ausgelegt auf drei Jahre, läuft also noch. In diesen drei Jahren können Mitarbeiter firmenintern wechseln, das Unternehmen verlassen oder beispielsweise in den Vorruhestand gehen. Da ist noch einiges im Fluss, weshalb wir da vor Ende 2021 keine verlässlichen Zahlen liefern können. Ein Großteil der Kollegen, die uns verlassen

haben, stand kurz vor der Pensionierung.

**Was sind denn die Bereiche, in denen Sie expandieren werden?**

Im Prinzip geht es um drei Bereiche: Zum einen wollen wir in unserem Kerngeschäft (der Abwicklung von Wertpapiergeschäften) wachsen. Daneben haben wir Systeme aufgebaut, die es den Banken, die Einlagen bei uns haben, ermöglichen, diese auch für andere Zwecke zu verwenden. Sie können zum Beispiel Anleihen, die sie bei uns hinterlegt haben, weiterverleihen oder als Sicherheiten verwenden, um Geschäfte mit anderen Banken abzusichern. Das wird zunehmend wichtiger, weil die Anforderungen der Regulierungsbehörden für solche Sicherheiten seit der Finanzkrise deutlich strikter geworden sind. Das sind sehr komplexe Vorgänge, weil die Werte dieser Assets natürlich fluktuieren, was gemessen werden muss. Darin sind wir ziemlich gut geworden und wir werden diese Finanzierungsgeschäfte weiter ausbauen. Aktuell gibt es bereits Assets im Wert von 600 Milliarden Euro, die über uns entweder verliehen oder als Sicherheit eingesetzt werden.

**Was ist der dritte Bereich, in dem Sie expandieren werden?**

Das sind Dienstleistungen im Bereich der Investmentfonds. In dieses Geschäft sind wir vor etwa 14 Jahren eingestiegen. Ähnlich wie in unserem Kerngeschäft treten wir als Vermittler auf. So haben wir ein System mit dem Namen Vestima entwickelt, das zwischen den Fondsanbietern und den Distributoren steht und Zeichnung sowie Tilgung von Fonds erleichtert. Letztes Jahr haben wir eine Firma namens Swisscanto gekauft und Anfang dieses Jahres haben wir 51 Prozent der Anteile der Distributi-

onsplattform „UBS Fondcenter“ erworben. Damit bauen wir unsere Aktivitäten in diesem Bereich signifikant aus und schaffen ein Kompetenzzentrum für Fondsvertriebsdienstleistungen. Die Plattform aus den kombinierten Geschäftsfeldern wird eine führende Rolle in der Fondsvermittlung, -abwicklung und Vertriebsunterstützung einnehmen.

**Was werden Sie tun, um diese Bereiche noch weiter auszubauen?**

Für alle drei Bereiche wissen wir, dass für uns die Zukunft in Partnerschaften mit Fintechs liegt. Eins wird immer deutlicher: Fintech lädt sich zur Party ein. Daher werden wir spürbar in diesen Technologiebereich investieren. So haben wir zum Beispiel für das „Funding und Financing“-Geschäft in das luxemburgische Start-up HQLax investiert. Ebenso planen wir, in Kürze in weitere Unternehmen einzusteigen, die sich auf „Distributed Ledger Technologie“ spezialisiert haben. Wir stecken über 200 Millionen Euro pro Jahr in Technologien. Daneben stellen wir verstärkt Entwickler und Analysten ein, die uns helfen, besser zu verstehen, wie wir diese Technologien möglichst effizient nutzen können.

**In alten Geschäftsfeldern, die Sie beschreiben, treten Sie als Mittler auf. Die Wirtschaftsgeschichte der letzten Zeit hat aber gezeigt, dass Technologie oft die Vermittler ausschaltet. Haben Sie keine Angst vor Disruption?**

Nein, wir sind nicht wie die Taxiunternehmen, die von Uber aus dem Markt gedrängt werden. Die Gefahr würde bestehen, wenn wir am Lenkrad schlafen und das Risiko ignorieren würden. Wir beobachten und verstehen aber sehr genau, was passiert. Und wir verfügen über die Mittel, um diesen Wandel zu begleiten. Die Investitionen, die ich erwähnt habe,

sind in diesem Kontext zu sehen. Es gibt eine Spannung zwischen der bestehenden zentralisierten Infrastruktur der Finanzwelt und dem dezentralisierten Angebot der neuen Technologien wie Blockchain. Mit den Systemen, die wir aufbauen, wollen wir sicherstellen, dass wir die Vorteile der neuen verteilten Technologien mit den bewährten Infrastrukturen verbinden. Es wird bei Finanztransaktionen immer den Bedarf nach einer vertrauenswürdigen dritten Partei geben.

**Zurück zu dem Unternehmensumbau: Sie sind an vielen Standorten aktiv; ist eine stärkere Spezialisierung zum Beispiel in Luxemburg, Cork oder Frankfurt vorgesehen?**

Ja und Nein, in Luxemburg finden Sie zum Beispiel mehr von unserem Kerngeschäft, während in Cork das Fondsgeschäft stärker ist. Aber da wir eine systemrelevante Infrastruktur anbieten, würde eine zu starke Spezialisierung nicht funktionieren, wir benötigen redundante Systeme, um einen permanent ungestörten Betrieb sicherzustellen. Daneben möchte ich betonen, dass die Zukunft von Clearstream in Luxemburg liegt. Wir sind sehr zufrieden mit dem Umfeld im Land und werden unseren Hauptsitz hier behalten.

**Wie beurteilen Sie abschließend das Potenzial und die zukünftige Entwicklung Clearstreams?**

In allen drei Geschäftsbereichen, die ich beschrieben habe, wachsen sowohl Clearstream als auch der Markt an sich. Das wird sich auch weiter fortsetzen. Zum Beispiel wird in den nächsten Jahren das Geld von privaten Renten- und Pensionsfonds wachsen. Wo werden sie das Geld investieren? In Anleihen und Investitionsfonds, die verwahrt und abgewickelt werden müssen.

## Von Cedel zu Clearstream

Seit der Gründung am 28. September 1970 war Internationalität ein zentrales Charakteristikum der „Centrale de livraison de valeurs mobilières“ (Cedel). So kamen die 66 Banken, die sich zusammenschlossen, um das Unternehmen ins Leben zu rufen, aus unterschiedlichen Ländern. Diese Zusammenarbeit sollte in erster Linie

die Kosten und Risiken der Wertpapierabwicklung im Eurobond-Markt mindern. Eine entscheidende Persönlichkeit in der Entwicklung des Finanzdienstleisters war der Luxemburger Edmond Israel, der als Verwaltungsratsvorsitzender die Geschichte der Firma 20 Jahre mitbestimmte. Am 17. Januar 2000 schloss sich die Cedel mit der „Deutsche Börse Clearing AG“ zusammen und nahm den Namen Clearstream an. Die Deutsche Börse, die anfangs nur die Hälfte der Anteile an dem neuen

Unternehmen gehalten hatte, erwarb im Rahmen einer Kapitalerhöhung im Juli 2002 schließlich alle Clearstream-Anteile. Im Laufe seiner Geschichte war das Unternehmen immer wieder Gegenstand von Kontroversen. So warf der Enthüllungsjournalist Denis Robert dem Finanzdienstleister 2001 in seinem Skandalbuch „Régulation“ vor, er mögliche geheime Konten, Geldwäsche und Steuerflucht. Ermittlungen der Luxemburger Staatsanwaltschaft blieben ohne gerichtlich verwertbare

Ergebnisse. Allerdings stolperte der damalige Vorstandsvorsitzende André Lussi über die Affäre und verlor seinen Posten.

Heute beschäftigt Clearstream weltweit 2 700 Mitarbeiter mit 84 unterschiedlichen Nationalitäten. Das Unternehmen verwaltet heute Vermögenswerte in Höhe von knapp 15 Billionen Euro für Kunden aus 110 Ländern. Am Standort Luxemburg arbeiten etwa 1 100 Beschäftigte. Wirtschaftlich geht es Clearstream weiter gut: So verkündete das Unternehmen Anfang des Jahres einen Nettogewinn von 765 Millionen Euro vor Steuern, Zinsen und Abschreibungen. *ThK*

## Fortuna sucht neuen Partner

Übernahme der Luxemburger Genossenschaftsbank durch die Bank of Beirut ist gescheitert

**Luxemburg.** Eigentlich sollte die Luxemburger Fortuna-Bank längst im Besitz der Bank of Beirut sein. Die hatte 2018 bekannt gegeben, dass sie die Fortuna kaufen wolle. Die Wirtschaftskrise im Libanon macht dem nun einen Strich durch die Rechnung.

„Die Vereinbarung mit der Bank of Beirut lief im Dezember 2019 aus. Es wurde beschlossen, sie nicht zu verlängern“, erklärt auf Nachfrage Fortuna-Chef Jerry Grbic dem „Luxemburger Wort“.

Der hoch verschuldete Libanon ist praktisch pleite. Am Wochen-

ende konnte eine fällige Staatsanleihe über 1,2 Milliarden Dollar (rund 1,1 Milliarden Euro) nicht zurückgezahlt werden, das Banksystem steht vor dem Kollaps.

So gesehen vielleicht gut für die Fortuna, dass sie nicht noch vorher von dem libanesischen Kreditinstitut gekauft wurde. Die Bank of Beirut wollte mit der Fortuna in Europa expandieren; für die Fortuna mit 27 Mitarbeitern hingegen ist es wichtig, einen starken Partner zu finden. Schon geraume Zeit sieht sich die Luxemburger Traditionsbank aus diesem Grund

nach einem Interessenten um. Mit Kreditvergabe verdient man nichts mehr, gleichzeitig muss eine kleine Bank wie die Fortuna genauso alle kostspieligen Regularien erfüllen wie sie für milliarden-schwere Bankkonzerne gelten.

Die 1920 gegründete Genossenschaftsbank machte 2018 einen Nettogewinn von 52 000 Euro. Im Vorjahr war es das Zehnfache gewesen. Gedrückt wurde das Resultat von hohen Aufwendungen. Insbesondere die Installation ei-

ner neuen IT-Infrastruktur schlug zu Buche. Die Bank vergab 2018 Kredite in Höhe von 189 Millionen Euro, 6,9 Prozent weniger als im Vorjahr mit 203 Millionen Euro.

Die Bank of Beirut wies Ende 2017 eine Bilanzsumme von 18,40 Milliarden US-Dollar aus. Größter Aktionär ist mit 24,40 Prozent die in Luxemburg registrierte International Century Corporation, die wiederum libanesischen Geschäftsmännern gehört, unter anderem dem Chef der Bank selbst, Salim Sfeir. **MeM**



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG  
Botschaft in Deutschland

# TRANSPORT UND LOGISTIK

# Strom, Steuern und eine Wasserstoff-Tankstelle

**MOBILITÄT** François Bausch über die Zeit nach dem kostenlosen Transport

Tom Haas

Der kostenfreie öffentliche Transport ist seit heute Realität in Luxemburg. Damit ist eines der Prestige-Projekte von François Bausch („dél gréng“) etabliert. Das Tageblatt hat sich mit dem Transportminister über die Maßnahmen unterhalten, die nun folgen sollen.

**Tageblatt:** Ab Samstag ist der öffentliche Transport umsonst. Die Kirsche ist da, der Kuchen fehlt. Ist das eine Werbemaßnahme, um die Menschen über die Baustellen hinwegzutrogen?

François Bausch: Das Ziel des kostenlosen öffentlichen Transports ist es nicht, die Menschen zu trösten. Wir eröffnen ja permanent neue Angebote. Es geht darum, eine Diskussion zu provozieren. Die Menschen sollen sich fragen, ob es Möglichkeiten abseits des Autos gibt. Und wenn ja: Welche lassen sich kombinieren? Natürlich funktioniert heute noch nicht alles so perfekt, wie ich es mir wünschen würde. Aber es gibt bereits Alternativen, die für viele Menschen greifen könnten. Sie greifen aber immer noch reflexartig zum Autoschlüssel. Das muss sich ändern.

**Und das klappt?**

Wir haben einen Investitionsplan bis 2025. Bis dahin müssen wir den Menschen das System so vermitteln, dass sie es verstehen und auch nutzen. Wir arbeiten aber auch schon an der Fortsetzung bis 2035. Zurzeit laufen wir der Entwicklung hinterher und ich will, dass wir in die Lage kommen, die Verkehrssituation in Zukunft antizipieren zu können.

Es gibt neben Modu 2.0 ja auch das Programm „Horizont

2035“ – Sie wollen, wie Sie sagen, die Entwicklungen antizipieren. Jetzt gibt es aber Studien, die den Erfolg von Modu 2.0 bezweifeln, da die angenommene Zahl von 20 Prozent mehr Verkehrsteilnehmern von der wirtschaftlichen Entwicklung überholt wird. Besteht überhaupt die Möglichkeit, dem rasanten Fortgang nicht bis in alle Ewigkeit hinterherzulaufen?

Ich denke nicht, dass unsere Schätzungen unrealistisch sind, auch angesichts des Umstandes, dass die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten Jahren vermutlich ausgebremst wird. Die 20 Prozent sind schon ambitioniert, wenn uns das gelingt, ist das schon ein großer Sprung nach vorne. Wichtig ist, dass die Fortsetzung „Horizont 2035“ bis zur Hälfte der laufenden Legislaturperiode steht. Ich möchte der nächsten Regierung einerseits die Finanzierungsgesetze, andererseits ein ganzes Konzept mit auf den Weg geben.

**Wollen Sie noch mal Verkehrsminister werden?**

Länger als zehn Jahre möchte ich nicht in der Regierung sein. Ich hatte Glück, dass ich während zwei Amtsperioden Transportminister sein konnte, das hat es in Europa bislang meines Wissens noch nicht gegeben. Gut vier Jahre habe ich noch vor mir. Ich hoffe, dass ich nach Ablauf der Zeit den Hebel umlegen konnte und den Paradigmenwechsel in der Mobilität in Luxemburg eingeleitet habe.

**Neben dem öffentlichen Transport ist das „Co-Voiture“ eine weitere Säule in Ihrer Mobilitätsstrategie. Dafür existiert sogar eine App. Gibt es da Nutzungszahlen?**

Die App wird bei Weitem nicht so häufig benutzt, wie ich mir das wünschen würde. Wir haben etwa 3.000 Nutzer. Wir werden jetzt einen Neustart mit einer verbesserten Version hinlegen. Die Firma, die unsere App ursprünglich entwickelt hat, wurde aufgekauft – interessanterweise von der Firma, die wir uns bei der Ausschreibung eigentlich gewünscht hätten. Aber ich glaube, dass das „Co-Voiture“ erst richtig greifen wird, wenn ich den Menschen, die ihr Auto Mitfahrern anbieten, einen Vorteil bieten kann.

**Wie könnte so ein Vorteil aussehen?**

Auf der Autobahn A3 wird die neue Spur beispielsweise für Leute reserviert, die zu dritt im Auto fahren. Das wird auch digital überwacht. Dazu kommen P&R-Parkplätze, die dem „Co-Voiture“ gewidmet sind. Dann kommen noch steuerliche Ermäßigungen hinzu. Es reicht nicht nur, die Technik zur Verfügung zu stellen, das Gesamtpaket muss attraktiv sein.

**Bei der Tram ist der Mentalitätswechsel gelungen: Anfangs wurde viel darüber gelacht, heute wird sie rege genutzt. Wie steht es um die Akzeptanz der Elektromobilität? Da bleiben die Zahlen doch – genau wie beim „Co-Voiture“ – hinter den Erwartungen zurück?**

Das hat zwei Gründe: einerseits das Angebot an Elektrofahrzeugen, das noch etwas dürrftig ist, andererseits die Infrastruktur. Das Angebot und die Auswahl an E-Autos wird aber bald rapide anziehen. Hinsichtlich der Lade-Infrastruktur arbeite ich gerade mit Claude Turmes an einem Plan, um

neben den Chargy-Ladestationen auch ein Schnellladesystem im ganzen Land aufzuziehen. Die Menschen sollen nicht in die Situation kommen, wegen ihres Ladebalkens in Panik zu geraten.

**Wieso gehen Sie von einer Steigerung des Angebots aus?**

Aufgrund der europäischen Direktive zur Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes von Fahrzeugflotten wird das Angebot an Fahrzeugen förmlich explodieren. Die Direktive wird 2025 noch mal verschärft, die Autohersteller kommen gar nicht daran vorbei, umzuschwenken. Und in Zukunft wird der Wasserstoff noch hinzukommen.

**Was ist denn hinsichtlich des Wasserstoffs geplant? Dayon**

**hat man ja bis jetzt in Luxemburg noch nichts gehört.**

Wir haben zwei Dinge in der Planung: einerseits eine Wasserstoff-Tankstelle, die 2022 auf der Aire de Berchem eröffnen soll. Wir haben lange mit Shell verhandelt, um uns den Preis nicht von der Firma diktieren zu lassen. Das zweite Projekt ist industrieller Natur: Paul Wurth hat eine deutsche Firma aufgekauft, die sehr stark in der Produktion von Wasserstoff und synthetischen Kraftstoffen ist. Wir müssen diesen Weg ebenfalls verfolgen. Wasserstoffautos werden in Zukunft eine große Rolle spielen. Meiner Meinung nach wird sich in den nächsten 20 bis 30 Jahren ein Mix aus Elektroautos, Brennstoffzellenfahrzeugen und Hybriden entwickeln – also Fahrzeuge, bei denen die Brennstoffzelle Strom für die

Batterie des Elektroautos produziert. Deswegen ist es wichtig, technologieoffen zu bleiben.

**Luxemburg war immer eine Autofahrernation. Denken Sie, dass der Mentalitätswechsel gelingen wird?**

Davon bin ich überzeugt. Es geht darum, keine Politik gegen das Auto, sondern für eine neue Mobilität zu machen. Mit moralischen Argumenten wie Umweltschutz werden wir keinen Blumentopf gewinnen. Mobilität muss praktisch sein und den Menschen Vorteile bieten – schneller, einfacher, entspannter. Und dann darf sie gerne auch noch umweltfreundlich sein, das ist der Bonuspunkt am Ende.



# Grenzorte bereiten sich auf Dauerparker vor

Der öffentliche Nahverkehr in Luxemburg kostet die Nutzer ab heute nichts mehr. Deshalb bereiten sich die Gemeinden auf beiden Seiten der Grenze darauf vor, dass mehr Pendler auf Busse und Bahn umsteigen.

VON CHRISTIAN KREMER  
UND HARALD JANSEN

**OBERBILLIG/IGEL** Die Meinungen dazu, wie sich der kostenlose Nahverkehr in Luxemburg auswirkt, gehen nicht weit auseinander. Fast jeder, der sich mit den Tausenden Berufspendlern auseinandersetzt, geht davon aus, dass künftig noch mehr Menschen ihr Auto grenznah parken und auf Busse und Bahn umsteigen wollen. Für die Gemeinden auf beiden Seiten der Grenze bedeutet das, dass sie Parkraum schaffen müssen – zumindest wenn sie vermehrtes Wildparken und die damit verbundenen Probleme unterbinden wollen.

In der **Verbandsgemeinde Konz** laufen zum Beispiel laut dem hauptamtlichen Beigeordneten Guido Wacht entsprechende Planungen. „Wir sind in allen Obermosel-Gemeinden unterwegs, um geeignete Flächen zu finden“, sagt er. Die VG erstelle in Absprache mit den Ortsgemeinden Listen, wo Flächen frei seien, und gebe diese weiter an den Landesbetrieb Mobilität (LBM). Der LBM prüfe dann, welche Flächen geeignet seien und an den Zulaufstrecken für Pendler lägen. Laut Wacht sind noch in der ersten Jahreshälfte Gespräche geplant, in denen die Pläne konkretisiert werden sollen.

Dann wird auch geklärt, ob Parkflächen als Mitfahrerparkplatz oder Park-and-Ride-Parkplatz eingerichtet werden. Je nach Stoßrichtung, ob mehrere Autofahrer gemeinsam mit einem Fahrzeug weiterfahren oder ob sie in Bus, Bahn oder in Oberbillig in die Fähre umsteigen, sind unterschiedliche Fördertöpfe vorhanden, welche die Gemeinden für die Schaffung von Parkplätzen anzapfen könnten, erklärt Wacht.

Zumindest ein bisschen konkreter ist schon die Planung in **Oberbillig**. Dort pendelt die einzige Fähre an der Obermosel von Deutschland ins luxemburgische Wasserbillig. Von der Fährstation ist der Bahnhof in Wasserbillig nicht weit entfernt. Deshalb lassen schon jetzt viele Pendler ihr Auto in Oberbillig stehen, fahren ohne Fahrzeug nach Luxemburg und von Wasserbillig weiter mit dem Bus oder der Bahn. Laut Beiling hat der Betrieb auf der Fähre insgesamt zugenommen.

Wenn sich die Fährnutzung noch weiter verlagere, dass mehr Menschen ohne Autos über die Mosel fahren, bekomme Oberbillig ein Problem. Deshalb will die Gemeinde gerne einen Pendlerparkplatz am Ortsrand von Oberbillig in Richtung Temmels schaffen. Durch die neue Parkfläche will die Gemeinde den Parkdruck aus der Moselstraße rausbekommen. Um eine Parkverbotszone mit Bewohnerparkplätzen einzurichten, ist der Ort nach geltender Gesetzeslage zu klein (siehe Infobox rechts).

**Igel** ist je nach Sichtweise der erste oder letzte Bahnhof auf deutscher Seite. Zwar halten dort reihenweise Züge, Parkplätze sind jedoch Mangelware. Deshalb werden schon jetzt alle möglichen und unmöglichen Stellen als Parkplatz genutzt. Sehr zum Leidwesen der Anwohner, wie Ortsbürgermeister Franz Pauly sagt. Die eh schon angespannte Lage ist sowieso angespannter als früher, weil Wasserbillig den Dauerparkern den Kampf angesagt hatte (der TV berichtete). Der kostenlose ÖPNV in Luxemburg werde die Situation laut Pauly weiter verschärfen.

Als Ortsgemeinde könne man nicht viel gegen die Situation machen, sagt der Igeler Ortsbürgermeister. Man habe die Höchstparkdauer auf den Stellplätzen am Gemeindehaus begrenzt, um Dauerparker abzuschrecken. Auch sei man auf der Suche nach einem geeigneten Gelände für einen Pendler-Parkplatz. Doch der sei aufgrund der räumliche Enge im Dorf nicht zu finden.

In **Wasserbillig** selbst ist Großes geplant. Auf dem Bahnhofsgelände

und am Grenzübergang an der Sauerthalbrücke sollen weit mehr als 2000 Stellplätze für Autos entstehen. Die Pläne gibt es schon seit einigen Jahren. Die Grundsteine für die Parkhäuser müssen jedoch erst noch gelegt werden. Laut Gemeinde wird ab Ende des Jahres der bestehende Parkplatz teilweise gesperrt. Ab Mai 2021 soll dort überhaupt nicht mehr geparkt werden können. Dann nämlich beginnt die Baustelle des Park-and-Ride-Gebäudes, das voraussichtlich im Juni 2023 fertiggestellt wird.

Weniger problematisch als in Oberbillig oder Igel sieht die Situation in **Wincheringen** aus. Das ist die einzige Gemeinde mit Moselbrücke und somit mit direktem Zugang zum luxemburgischen Nahverkehrsnetz in der VG Saarburg. Ortsbürgermeister Elmar Schömann sagt auf TV-Anfrage, dass er nicht davon ausgehe, dass der Parkdruck in seiner Gemeinde wegen des kostenlosen ÖPNV-Angebots in Luxemburg steigt. Die Menschen führen meist immer noch mit dem Auto zur Arbeit oder gingen – zum Beispiel vom Neubaugebiet Auf Mont – zur Bushaltestelle im Ort. Schömann sagt zudem: „Es gibt bei uns gar keine Flächen, um neue Parkplätze zu schaffen.“ Genug Platz für neue Parkplätze ist laut Nathalie Hartl, Pressesprecherin der **Verbandsgemeinde Saarburg-Kell**, hingegen in Merzkirchen in der Nähe des Sportplatzes und in Saarburg im Industriegebiet an der Irscher Straße. Dort würden neue Mitfahrerparkplätze gebaut, sagt Hartl.

Wie in Wincheringen rechnet man auch im saarländischen Obermoselort **Perl**, der vis-à-vis von Remich liegt, nicht mit Problemen. Laut dem Perl-Nenniger Ortsvorsteher Karl Fuchs gibt es einen ausreichend dimensionierten Pendlerparkplatz. Zudem ist das Tal der Mosel bei Perl laut Bürgermeister Ralf Uhlenbruch so breit, dass weitere Abstellmöglichkeiten geschaffen werden könnten. Uhlenbruch geht zudem davon aus, dass die Veränderungen in Luxemburg positive Effekte für die Orte auf der deutschen Moselseite haben. Denn es sei auch für Urlauber attraktiv, die Vorteile des kostenlosen Transports nutzen zu können.

Luxembourg

# Die Kirsche auf dem Kuchen

Warum der kostenlose Nahverkehr in Luxemburg erst der Beginn eines dringend notwendigen Umdenkens ist. Trierer Experte fordert billigere Fahrkarten hierzulande.

VON BERND WIENTJES

**LUXEMBURG** Das Projekt sorgt für Aufmerksamkeit. Luxemburg ist das erste Land auf der Welt, in dem der komplette Nahverkehr kostenlos ist. Zu der Präsentation des Vorhabens im Depot der hauptstädtischen Tram am Rande des Messegeländes auf dem Luxemburger Kirchberg sind fast 100 Journalisten gekommen, darunter welche aus China, den USA oder auch aus Großbritannien. Der luxemburgische Verkehrsminister François Bausch genießt das Interesse, dass das vor fast eineinhalb Jahren beschlossene Projekt der Regierung aus Liberalen, Grünen und Sozialisten hervorruft. Auch wenn ausgerechnet der Grünen-Politiker nicht von Anfang ein Befürworter des kostenlosen Nahverkehrs war. Dabei spricht er bei jeder Gelegenheit davon, dass das Ganze nur die „Kirsche auf dem Kuchen“ sei. Der Kuchen an sich wird aber erst noch gebacken.

Und das bemerken vor allem die Bewohner der Hauptstadt. Seit Monaten sorgen die Baustellen für die Fortführung der Tram bis zum Hauptbahnhof für Chaos auf den Straßen. Umleitungen und Staus zehren an den Nerven der Autofahrer. Auch andernorts sorgen Baustellen für den Ausbau des Schienennetzes für Behinderungen. Wäre es nach Bausch gegangen, dann wäre der Nahverkehr erst dann kostenlos geworden, wenn das Angebot ausgebaut worden ist, wenn die Züge pünktlicher sind, nicht mehr so oft ausfallen, wenn es mehr Busse gibt. Doch Premierminister Xavier Bettel bestand auf das Projekt.

Mittlerweile hat sich Bausch damit auch angefreundet. Weil weltweit darüber geredet werde, sei es einfacher, auch die Verkehrswende umzusetzen, sagt er. Und die kostenlose Nutzung von Bussen und

Bahnen, die an diesem Samstag mit einem großen Festival unter anderem im Tramdepot gefeiert werden soll, betrachtet der Grünen-Politiker auch als Geschenk an die Luxemburger, die wohl noch einige Jahre die Baustellen für Tram und Bahn ertragen müssen.

Der Minister geht nicht davon aus, dass nun von einem Tag auf den anderen alle Luxemburger ihre Autos stehenlassen werden und auf Busse und Bahn umsteigen werden. Bis 2025 werde die Nachfrage um bis zu 20 Prozent steigen, glaubt Bausch. Luxemburg ist ein Autofahrerland. Jede Woche kommen im Schnitt 150 zusätzliche Autos auf die Straßen. Und auch der bisher schon äußerst preisgünstige, weil immer schon hoch subventionierte, Nahverkehr nicht dazu geführt hat, dass die Straßen im Großherzogtum leerer wurden. Im Gegenteil. Luxemburg erstickt im Verkehr. „Wir brauchen eine Verkehrswende“, sagt Bausch.

Das sieht auch der ehemalige Trierer Verkehrswissenschaftler Heiner Monheim so. Im Gegensatz zu Bausch glaubt er aber, dass die Nachfrage nach öffentlichem Nahverkehr in Luxemburg nun deutlich ansteigen wird. Allerdings sei ein solches Projekt in einem überschaubaren Land wie dem Großherzogtum mit einem landesweit einheitlichen Tarif vergleichsweise einfach umzusetzen. In Deutschland ginge das, so Monheim, nicht flächendeckend, allenfalls in einzelnen Städten wie etwa Augsburg. Trotzdem gehe von Luxemburg ein Signal aus. Auch hierzulande müssten die Tarife für Bus und Bahn einfacher und vor allem günstiger werden. Er wirbt für das sogenannte 365-Euro-Ticket. Ein solches günstiges Jahresticket gibt es unter anderem in Wien und in Kärnten. Der

rheinland-pfälzische Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) hat sich gegen die Einführung im Land ausgesprochen.

Durch ein solches Ticket, sagt Monheim, werde die Nutzung des Nahverkehrs nicht nur einfacher, sondern auch billiger. Luxemburg zeige außerdem, dass viel mehr Geld in Busse und Bahnen fließen müsse. Es könne nicht sein, so der Verkehrsexperte, dass in vielen Städten das Parken seit Jahren nicht teurer geworden sei, dafür aber Jahr für die Jahr die Preise für den Nahverkehr angehoben würden. Auch in der Region Trier wurden die Tickets zu Jahresbeginn teurer.

Auch Luxemburgs Bürgermeisterin Lydie Polfer ist überzeugt davon, dass der kostenlose Nahverkehr dazu führen wird, dass mehr Menschen, ihr Auto stehenlassen werden. So hätten zum Beispiel 3000 von den insgesamt 4000 städtischen Mitarbeitern vor zwei Jahren das Angebot eines kostenlosen Job-Tickets angenommen. Die Liberalen-Politikerin war eine der Hauptinitiatoren, Busse und Bahnen im Land kostenlos zu machen. „Es muss sich was ändern“, sagt Polfer, die seit 2013 Bürgermeisterin der Hauptstadt ist.

Und dort sind die Verkehrsprobleme des Landes wie kaum woanders spürbar. Zwar mache die rund 120 000-Einwohner-Stadt nur zwei Prozent der Fläche des gesamten Großherzogtums aus. Doch befänden sich im und um das Stadtzentrum herum 40 Prozent der Arbeitsplätze des Landes.

40 Millionen Fahrgäste befördern allein die städtischen Busse pro Jahr. Auch diese sollen, wie alle Busse im Land, bis 2030 elektrisch angetrieben werden. 16 Millionen Euro lässt sich allein die Hauptstadt den kostenlosen Nahverkehr kosten.

**„Wir brauchen eine Verkehrswende.“**

**François Bausch**  
Luxemburgischer Verkehrsminister

Luxembourg

# Bus- und Bahnfahrten kostet ab heute in Luxemburg nichts mehr

Das Nachbarland lässt sich das Projekt Milliarden kosten. Für einige Pendler wird es trotzdem teurer. Die Zahl der Autos soll reduziert werden. Neue Parkplätze entstehen an der Grenze.

VON BERND WIENTJES

**LUXEMBURG** Busse und Bahnen in Luxemburg können ab heute kostenlos genutzt werden. Außer in der ersten Klasse in Zügen wird kein Ticket mehr benötigt. Damit ist das Großherzogtum das erste Land der Welt, das diesen Schritt geht. Luxemburg wolle „ein Modell für moderne Mobilität im 21. Jahrhundert in Europa“ werden, sagte Verkehrsminister François Bausch bei der Vorstellung des Projekts und sprach von einem „großen Tag“.

Der Grünen-Politiker sieht in dem kostenlosen Nahverkehr erst den Beginn der dringend benötigten Verkehrswende. Bausch spricht in dem Zusammenhang gerne von der „Kirsche auf dem Kuchen“. Damit mehr Menschen auf Busse und Bahnen umstiegen, sei wichtig, dass das Angebot ausgebaut werde. Dazu zähle, dass es mehr Busse im Land geben solle, die bis 2030 alle elektrisch unterwegs sein sollen, und dass die Bahn pünktlicher fahren müsse. Ziel soll ein sogenanntes multimodales Konzept sein, in dem die Nutzung aller Verkehrsträger besser aufeinander abgestimmt ist. Kein Verkehrsmittel soll verteuert werden, so der Minister.

Kostenlos für die Nutzer heißt aber nicht kostenfrei, betonte Bausch. 41 Millionen Euro pro Jahr lässt sich das Land das Vorhaben kosten. Hinzu kommen rund vier Milliarden Euro zwischen 2018 und 2027 für den Ausbau des Schienennetzes und weitere 550 Millionen Euro für die Tramstrecke in der Hauptstadt. Bezahlt werde dies von den Steuerzahlern. Aus Sicht von Bausch ist das aber sozial gerecht, da die, die keine oder nur wenig Steuern zahlen müssten, auch nur gering belastet würden. 600 Euro pro Einwohner gibt das Nachbarland damit für den Nahverkehr aus – in Deutschland sind es nur 64 Euro.

Das Ganze sei aber mehr als ein Marketing-Gag. Aufgrund des ungebremsten Wachstums (die Bevölkerung ist in den vergangenen 20 Jahren um 40 Prozent gewachsen, die Zahl der Arbeitsplätze steigt im Schnitt um 250 pro Woche) habe Luxemburg ein Verkehrsproblem. Mit 655 Autos pro 1000 Einwohner liegt Luxemburg nach Andorra, Monaco und Liechtenstein weltweit an der Spitze. Das Auto ist in Luxemburg nach wie vor das Verkehrsmittel Nummer eins, obwohl der Nahverkehr bereits äußerst günstig war (ein

Tagesticket kostete vier Euro). Hinzu kommen, so Bausch, noch 200 000 Pendler aus Deutschland, Frankreich und Belgien, von denen auch ein Großteil für die täglichen Staus im Großherzogtum sorgen. Der Minister weiß, dass er nicht alle Autos von heute auf morgen von den Straßen verbannen kann. Er will aber, dass die Autos besser genutzt werden, es soll mehr Mitfahrgelegenheiten geben. Um den Umstieg auf Bus und Bahn zu erleichtern, soll die Zahl der P+R-Parkplätze auf 26 000 verdoppelt werden, auch in Grenznähe sollen neue Plätze entstehen.

Zwar können auch Pendler den kostenlosen Nahverkehr in Luxemburg nutzen, die Fahrt mit Bus und Bahn bis zur Grenze muss aber weiterhin bezahlt werden. Und für einige wird das teurer. Wurden bislang von deutscher Seite zwei Euro für eine Einzelfahrt im Bus bis nach Luxemburg fällig, sind es nun drei Euro nur bis zur Grenze. Auch Bahnfahrer müssen teils mehr bezahlen, da das von Luxemburg subventionierte DeLux-Ticket wegfällt. Stattdessen ist nun der teurere Tarif des Verkehrsverbunds Region Trier fällig.

## Kostenlos nach Luxemburg aber erst nach 19 Uhr

Es bleibt dabei: Kein genereller Nulltarif für Pendler

VON BERND WIENTJES

**TRIER** Wer in Luxemburg mit Bus und Bahn fährt, braucht seit vergangenen Samstag kein Ticket mehr (der TV berichtete). Der Verkehrsverbund Region Trier (VRT) teilte gestern mit, dass dieser Nulltarif auch seinen Kunden zugute komme. Wer nun aber gedacht hat, dass der Verbund damit dem Wunsch vieler Luxemburg-Pendler und dem des luxemburgischen Verkehrsminister François Bausch nachkomme, die grenzüberschreitenden Fahrten mit Bus und Bahn generell kostenlos zu machen, der sieht sich getäuscht. Zwar soll nun auch der Nulltarif etwa für Zugfahrten nach Luxemburg gelten. Aber nur nach 19 Uhr und an Wochenenden. Und nur für Inhaber von MobilTickets, also Monats- oder Jahreskarten. Diese könnten dann auch noch zusätzlich einen Erwachsenen und bis zu drei Kindern zwischen sechs und 14 Jahren mitnehmen, sagt VRT-Geschäftsführerin Barbara Schwarz mitteilte. Außerhalb dieser Zeiten müssen weiterhin Tickets

für die Fahrt nach Luxemburg gekauft werden. Damit werden einige Grenzgänger zwar entlastet, weil, so Schwarz, die meisten Fahrkarten billiger werden. Aber völlig zum Nulltarif wird der Nahverkehr in der Region für die Pendler damit auch weiterhin nicht. Laut Thorsten Müller, Direktor des für den Schienennahverkehr in der Region zuständigen Zweckverbands SPNV Nord, verbilligen sich Zugfahrten nach Luxemburg durch den dortigen Nulltarif. So kostete eine Tagesrückfahrkarte für den Tarif Luxemburg Spezial zwischen Luxemburg und Trier Hauptbahnhof bislang 9,60 Euro jetzt fünf Euro für Erwachsene. Für Berufspendler sinke der Preis der sogenannten OekoCard, eine Monatskarte ausschließlich für grenzüberschreitende Zugfahrten, zwischen Trier und Luxemburg von 85 auf 49 Euro. Die OekoCard gilt nur für Beschäftigte in Luxemburg. Günstiger werde auch die Fahrt mit dem Rheinland-Pfalz-Ticket+Lux etwa von Koblenz oder Saarbrücken nach Luxemburg, sagt

Müller. Der Preis sinke von 30 auf 25 Euro für einen Erwachsenen.

Einige Pendler aus der Region haben sich beschwert, dass sie durch den Wegfall des von Luxemburg subventionierten DeLux-Tickets zum Teil mehr für die Fahrkarten bezahlen müssten.

Dadurch müssten viele Grenzgänger, die mit Bus und Bahn fahren, auf das MobilTicket des VRT wechseln und würden dadurch kräftig zur Kasse gebeten, kritisiert ein Pendler aus Trier. Statt bisher 113,50 Euro für eine Fahrt vom Trierer Stadtteil Tarforst nach Luxemburg seien mit dem VRT-Monatsticket nun 130,80 Euro fällig, von Osburg (Kreis Trier-Saargeburg) nach Luxemburg seien es statt 141,00 jetzt 178,20 Euro. VRT-Chefin Schwarz weist daraufhin, dass ab sofort alle VRT-Tickets grenzüberschreitend gelten und zwar bis zu ersten Station in Luxemburg. Dadurch würde der Wegfall des DeLux-Tickets kompensiert.

Weil in Luxemburg keine Tickets mehr verkauft werden, für Zugfahrten etwa nach Trier, müssen die ab der Grenze notwendigen Fahrkarten per Handy über die VRT-App gekauft werden.

## Freie Fahrt für freie Bürger; Der Verkehrsminister wird weltweit bestaunt - weil Luxemburg als erstes Land der Erde Busse und Bahnen kostenlos macht. Doch die Bürger sind skeptisch

Törne Lars von

Vor dem Gare Lëtzebuerg stehen Autos und Busse im Morgengrauen fast Stoßstange an Stoßstange. Die mit Pendlern gefüllten Busse fädeln sich vom Bahnhofsvorplatz in den Verkehr ein, doch der kommt nur langsam voran. Die Straße ist metertief aufgerissen und durch Bauzäune abgesperrt, Dutzende Arbeiter wuseln mit Schubkarren und Schaufeln herum, Presslufthammer knattern. Der Bus Nummer 28, in dem es nur noch Stehplätze mit Körperkontakt gibt, bewegt sich teilweise im Schrittempo durch die enge Innenstadt mit ihren historischen Gebäuden. Das soll also das vielgelobte Luxemburger Verkehrssystem sein, das man in Berlin, London und Neu-Delhi mit Neugierde betrachtet?

Irgendwann wird die Straße dann wieder freier, am nordwestlichen Rand der Innenstadt muss man aussteigen, um ein unscheinbares graues Reihenhaus zu erreichen. **François Bausch** öffnet: breites Lächeln, volles graues Haar, schwarze Daunenjacke. Im Hausflur steht das Fahrrad des Mannes, dessen Nahverkehrsideen gerade international Aufsehen erregen. Luxemburg und sein grüner Transportminister haben am Sonntag als erster Staat den öffentlichen Verkehr komplett kostenlos gemacht. Mitte März wird Bausch vor dem Deutschen Städtetag in Bonn darüber berichten, einen Monat später wollen die Grünen im Bundestag von ihm hören, was in Luxemburg passiert.

Das Fahrrad lässt der 63-Jährige an diesem Tag stehen, man will ja gemeinsam das erleben, was Luxemburg derzeit Schlagzeilen verschafft - auch wenn Bauschs heimische Kritiker ihm Symbolpolitik vorwerfen und das Geschenk in erster Linie für eine Imagekampagne der Regierung halten. Bausch hingegen spricht von einem globalen Zukunftsprojekt. „Wir stecken doch weltweit in einer Sackgasse“, sagt er. Also los zur nächsten Straßenbahnhaltestelle.

Die ist für den Minister einer der wichtigsten Bausteine seiner Reform. Der Fahrkartenautomat ist schon abgeschaltet, demnächst kommt er weg. „Wir sind dabei, das ganze System umzubauen“, sagt Bausch beim Einsteigen. Daher auch das Baustellenchaos am Bahnhof. Der soll bis Jahresende ebenfalls per Tram erreichbar sein.

Die kommt im Gegensatz zum Bus flott voran, denn sie muss sich die Strecke nicht mit Autos teilen, Baustellen halten sie auch nicht auf. Und sie ist nicht so überfüllt wie die Busse. Bausch stellt sich selbstbewusst mitten in den Wagen, Fahrgäste grüßen den Minister, er nickt freundlich zurück. Man kennt sich. „Kürzlich traf ich hier einen Anwalt, der für eine internationale Beratungsfirma arbeitet“, erzählt Bausch. „Früher fuhr der jeden Morgen mit dem Auto zur Arbeit - jetzt nimmt er täglich die Tram.“ Es ist die erste neue Straßenbahnverbindung der Stadt, die den Minister an diesem Morgen ins Büro bringt. 2017 wurde sie eröffnet - Auftakt eines ambitionierten Reformpakets, „Modu 2.0“ genannt, Untertitel: „Strategie für eine nachhaltige Mobilität“. Das ist das Konzept, mit dem Bausch und seine Regierung für ihr als Autofahrernation bekanntes, wirtschaftlich sehr dynamisches und überproportional schnell wachsendes Land das Erreichen wollen, was oft unter dem Begriff Verkehrswende zusammengefasst wird.

Also Ausbau des öffentlichen Verkehrs und vor allem der Straßenbahn, für die die Luxemburger Grünen seit mehr als 30 Jahren geworben haben, bessere Vernetzung von Verkehrsmitteln, Förderung des Radverkehrs, Ausbau der Elektromobilität, effizientere Nutzung von Autos durch Fahrgemeinschaften und einiges mehr, an dem man auch in Berlin und anderswo arbeitet.

Dass es jetzt gerade das kleine Luxemburg ist, das mit einem Verkehrsthema Schlagzeilen macht, liegt in erster Linie am Reizwort Gratis-Nahverkehr. Ein bisschen aber auch an der Person von **François Bausch**, der die Maßnahme auf international beachteten Pressekonferenzen verkündete und so das Gesicht der radikalen Tarifreform wurde.

Der Minister verkörpert schon durch seine Biografie den öffentlichen Nahverkehr wie nur wenige andere Politiker. Als Schulabbrecher heuerte er mit 17 als Gleisbauer an, war mit 20 Stellwerkerarbeiter, dann

## Luxembourg

Schaffner, Eisenbahngewerkschafter, Bahnbeamter. Zugleich engagierte Bausch sich bei den Luxemburger Grünen, über Jahrzehnte galt er als deren heimlicher Parteichef. Und er ist passionierter Radfahrer und Fußgänger - in einem Land, das so viele Autos pro Einwohner zählt wie kaum ein anderes.

Während die Tram über eine der 40 Meter hohen Brücken rauscht, die die auf mehreren Felsplateaus erbaute Stadt verbinden, wirkt Bausch zugewandt, aber auch etwas ruhelos. Politische Beobachter schreiben ihm für Luxemburg eine Bedeutung zu, wie sie in Deutschland einst Joschka Fischer hatte.

Dazu passt, dass Bausch in dem 600 000-Einwohner-Staat gleich vier Regierungsämter innehat: Als Minister für innere Sicherheit unterstehen ihm die 2300 Polizisten des Herzogtums. Als Verteidigungsminister ist er Dienstherr der gut 1000 luxemburgischen Soldaten, die auch in Mali und Afghanistan im Einsatz sind. Vizepremierminister der vom liberalen Politiker **Xavier Bettel** geführten Ampelkoalition aus Liberalen, Sozialisten und Grünen ist er auch. Das wichtigste Amt aber ist das des Ministers für Mobilität und öffentliche Arbeiten, das er seit 2013 ausfüllt.

Nach 20 Minuten hält die Straßenbahn am nordöstlichen Stadtrand vor einem 22-geschossigen Hochhaus. Im 16. Stock des European Convention Centers hat Bausch sein Büro. Als Erstes tritt er ans Fenster und zeigt dem Besucher seine Stadt. Von hier oben sieht das von tiefen Schluchten durchzogene Luxemburg aus wie eine Modelleisenbahnanlage: malerische Hügel, Brücken, Täler und mittelalterliche Befestigungsanlagen.

Bausch hat in dem Moment etwas von einem Modellbauer, der seine Anlage vorführt. Da hinten, der 60 Meter hohe gläserne Aufzug zum Beispiel, der eine der Touristenattraktionen der Stadt ist. „Der wurde damals kontrovers diskutiert“, sagt Bausch. „Größenwahnsinn haben sie mir vorgeworfen.“ Und jetzt? „Ein ungeheurer Erfolg.“ Seit 2016 verbindet das Bauwerk die Oberstadt Luxemburgs mit der Unterstadt. Oder die Adolphe-Brücke etwas weiter links, zwischen deren 120 Jahre alten Bögen seit ein paar Jahren ein unter der Straße hängender Radweg verläuft: „Bist du verrückt?“, habe seine Pressestelle gesagt. „Das wird dir das Genick brechen.“ Seine Antwort sei nur gewesen: „Ich riskiere das.“

Inzwischen wird der Radweg als Meisterstück dafür gelobt, wie man festgefahrene Interessenkonflikte - die Brücke ist wichtig für den Autoverkehr, aber der wachsende Radverkehr musste nach einer Renovierung auch berücksichtigt werden - mit kreativen Ideen löst.

Er sei doch gewählt worden, um Dinge zu bewegen, sagt Bausch. „Ich bekomme derzeit zwei Einladungen pro Woche aus dem Ausland, um dort Reden über unser Projekt zu halten.“ Aufhänger ist in der Regel der Gratis-Tarif.

Rund 41 Millionen Euro lässt das wohlhabende Land sich das Geschenk an die Bürger jährlich kosten. Allerdings bezuschusste Luxemburg den Nahverkehr auch bisher deutlich stärker als zum Beispiel Berlin. Zudem gewährte das Land schon vielen Gruppen wie Schülern, Studenten, Rentnern und Sozialhilfeempfängern günstigere oder kostenfreie Tickets - das Tarif-Geschenk ist also weniger großzügig, als es aussieht, zumal Arbeitnehmer in Luxemburg im Durchschnitt 50 Prozent mehr verdienen als in Deutschland.

Die Verwaltung von Berlins Verkehrssenatorin Regine Günther (Grüne) bewertet öffentlichkeitswirksame Gesten wie den Nulltarif auch aus einem anderen Grund zurückhaltend: Dann wäre schlicht weniger Geld für den geplanten Ausbau des Nahverkehrs da. Aus dem gleichen Grund sah auch Minister Bausch das Gratisangebot anfangs skeptisch, wie er jetzt in der Sitzecke seines Büros erzählt, sein Wandschmuck ist das große Foto einer Straßenbahn.

Doch ist er Pragmatiker genug, um sich die Wahlkampforderung der Koalitionspartner zu eigen zu machen. „Ich will die Gratis-Tarife nutzen, um die Debatte zu führen - die Leute stellen jetzt ihr Mobilitätsverhalten infrage, sie müssen aber auch spüren, dass sich etwas tut“, sagt der Minister und klopft mit der Faust auf einen Stapel Papier auf dem Tisch: eine Version seines Mobilitätskonzeptes, das er bei Dutzenden von Bürgerversammlungen präsentiert und gegen Kritiker verteidigt.

Davon gibt es hier einige. „Luxemburg brüstet sich damit, zehnfach so viel wie Deutschland in den Ausbau des Nahverkehrs zu stecken - das ist maßlos übertriebenes Bling-Bling“, sagt Markus Hesse, Professor für Stadtforschung an der Universität Luxemburg. „30 Jahre lang ist hier nichts passiert - jetzt versucht man, alles nachzuholen.“ Er hat als Treffpunkt das Dach eines gigantischen Parkhauses am südlichen Stadtrand vorgeschlagen.

Der 30 Jahre alte Betonklotz verkörpert für ihn ein Grundproblem, das kein Gratis-Angebot lösen könne. „Hier passen 3000 Autos rein“, sagt Hesse. „Jeder Platz ist voll.“ Viele Pendler - 200 000 kommen täglich aus Frankreich, Belgien und Deutschland - hätten schlicht keine Alternative zum Auto.

So wie der Journalist Christoph Bumb, Gründer und Geschäftsführer des Online-Magazins „Reporter“. Seine Redaktion liegt in einer engen Gasse in der Luxemburger Altstadt, wenige Schritte vom Großherzoglichen Palast und anderen Touristenattraktionen entfernt.

„Wenn das Angebot attraktiver und verlässlicher wäre, würde ich öfter aufs Auto verzichten“, sagt Bumb beim Gespräch in den Redaktionsräumen. Aber gerade bei wichtigen Terminen seien Züge und Busse in Luxemburg zu riskant. Bausch bewege zwar anders als seine Vorgänger viele Dinge in die richtige Richtung. Generell kämen die Veränderungen aber zu spät und gingen nicht weit genug. „Das ist die Spezialität dieser Regierung“, sagt Bumb: „Dinge umzusetzen, die gut aussehen, aber niemandem wehtun.“

Bausch kennt die Kritik. „Ich kämpfe nicht gegen das Auto und will die Leute nicht bestrafen“, sagt er. Er will die Leute durch Anreize zum Umdenken bringen. Wie er sich das vorstellt, zeigt ein weiterer Blick aus seinem Büro auf die Avenue John F. Kennedy. Die ist die Hauptstraße des Viertels Kirchberg, das mit seinen Hochhaustürmen von Banken und EU-Institutionen für manche Luxemburger ein besonders misslungenes Stück Stadt ist. Für **François Bausch** ist es aber zugleich so etwas wie eine Blaupause für den Verkehr der Zukunft.

Wo bis vor ein paar Jahren noch eine mehrspurige Ausfallstraße alles dominierte, sieht man jetzt Straßenbahnschienen, einen breiten Radweg, einen Fußgängerboulevard - und daneben auch noch zwei Autospuren. Auch hier hätten seine Kritiker gesagt: „Der spinnt komplett, das dauert 20 Jahre.“ Doch inzwischen gebe es Zuspruch von allen Seiten - und der Umsteigebahnhof dahinten, der die Tram auf dem Plateau mit der im Tal verlaufenden Fernbahn per Standseilbahn verbindet, habe sogar ein Viertel weniger gekostet als geplant. Dann ist das Gespräch zu Ende - vor der Tür des Ministers wartet schon das nächste Fernsehteam.

WO STEHEN WIR?

# Aufgesattelt

## Fahrrad: Vom Freizeitgerät zum Verkehrsmittel

Auch wenn das Wetter zurzeit noch unschlüssig darüber scheint, ob es den Frühling durchdringen lässt, sollte das Fahrradfahrer nicht daran hindern, sich schon einmal auf die kommende blühende Saison vorzubereiten.

Aufs Rad setzen und einfach los pedalieren? So einfach ist es leider nicht und mit Sattel abstauben, ist es auch nicht getan. Das Zweirad frühlingstfit zu machen, erfordert dann doch etwas mehr Vorbereitung. Doch von Nutzen ist es allemal, vor allem in Zeiten des wachsenden Umweltbewusstseins und des Ausbaus der nationalen Radwege.

Aus dem Freizeitgerät soll immerhin wieder ein Verkehrsmittel werden: eine Hoffnung, die Politiker nun seit Jahren haben und der sie seit 2019 noch aktiver nachgehen. Umso ernüchternder sind die Modalsplit Zahlen aus dem Jahr 2017, aus denen hervor geht, dass sich nur ein Anteil von zwei Prozent der Betroffenen per Rad auf den Arbeits- oder Schulweg begibt. Zumal das Radwegenetz von aktuell 632 Kilometern stetig ausgebaut wird. In den kommenden Jahren sollen es sogar 1.102 werden. Das beschloss die Abgeordnetenkammer im vergangenen Dezember 2019 einstimmig. Hierbei handelt es sich wohlverstanden nicht mehr nur um touristische Radelwege oder Mountainbike-Strecken. Laut aktuellem Gesetzprojekt sollen neben den bereits bestehenden 23 Radwanderwegen sogar sogenannte Radschnellwege eingeführt werden, die zurzeit zwischen der Hauptstadt und Esch/Alzette sowie zwischen Luxemburg und Bettemburg geplant werden. Doch auch und vor allem Hobbyfahrer kommen momentan im Großherzogtum auf ihre Kosten, wenn sie ihren Drahtesel denn nur auf die Piste bringen. Sollte sich die Sonne nämlich tatsächlich endlich öfter blicken lassen, kann so mancher die schönsten und vielleicht dem ein oder anderen noch unbekann-

ten Ecken des Landes per Fahrrad entdecken. Vor allem touristische Routen führen durch die atemberaubende Natur, entlang von Flüssen, Bächen, charmannten Ortschaften, prachtvollen Burgen und kulturellen Attraktionen. Ein Erlebnis, das nicht nur ein wahrer Augenschmaus ist, sondern zusätzlich auch noch fit hält, genügen doch laut Experten schon 20 bis 30 Minuten auf dem Bike als tägliche Sporteinheit.

Diese Erkenntnis scheinen im vergangenen Jahr eine ganze Menge Radler gehabt zu haben, denn entgegen dem mageren Modalsplit-Ergebnis von 2017 zeigen die städtischen Zähler des Fahrradverkehrs einen Anstieg von rund 30 Prozent von 2018 auf 2019. Die Technik ist am „Pont Grande-Duchesse Charlotte“, am „Rond-Point Schuman“ sowie in der „Avenue Marie-Thérèse“ platziert und weist auf deutlich mehr Fahrradverkehr hin. Vor allem beim ersten Zähler ist unklar, ob nicht ein noch höherer Anstieg zu verzeichnen ist, da nur Fahrer auf einer Seite der Brücke bei der Rechnung berücksichtigt werden und es insgesamt schwierig ist, tatsächlich jeden Radler zu erfassen, da viele nicht auf den offiziellen Routen verkehren.

Wem die sportliche Tätigkeit und das Erkunden der eigenen Heimat immer noch nicht reicht, um eine engere Bindung mit seinem Zweirad einzugehen, den dürften die seit 2019 eingeführten staatlichen Subventionen, die man beim Radkauf beantragen kann, interessieren. Seit Einführung dieser Beihilfe, wurden bereits mehr als 6.400 Anträge diesbezüglich gestellt, die sich gleichermaßen auf Fahrräder und Pedelecs 25, also Fahrräder mit Elektroantrieb, aufteilen.

Sollte man also noch kein Fahrrad besitzen, oder der gründliche Check des Drahtesels zu dem Ergebnis führen, dass er nicht mehr straßentauglich ist: die Anschaffung eines neuen Bikes ist auf jeden Fall eine Überlegung wert.

LIZ MIKOS



# Ein halbes Jahrhundert fliegt die Cargolux

Vor genau 50 Jahren wurde in Luxemburg das Unternehmen Cargolux gegründet. Heute zählt die Luftfrachtgesellschaft zu den größten in ihrem Sektor - weltweit. Doch die Erfolgsgeschichte verlief nicht immer geradlinig.

VON CHRISTIAN MULLER

**LUXEMBURG** Gegründet wurde die Cargolux am 4. März 1970 von der isländischen Loftleiðir, der schwedischen Spedition Salén, Shipping Company sowie von der luxemburgischen Fluggesellschaft Luxair. Im Mai 1970 nahm sie den Betrieb mit einem Canadair-CL-44-Frachtflugzeug, das von Luxemburg nach Hongkong flog, den Betrieb auf.

Besonders erfreulich begann die Geschichte des Unternehmens jedoch nicht. Gleich im ersten Jahr ihres Bestehens verbuchte die Gesellschaft einen tödlichen Unfall: Am 2. Dezember 1970 verlor der Pilot einer Canadair CL-44J beim Anflug auf den Flughafen Dhaka-Tejgaon (Bangladesch) die Kontrolle über das Flugzeug. Die Maschine stürzte in Bauernhäuser. Drei Personen am Boden wurden getötet, zusammen mit der vierköpfigen Besatzung.

Ursache war wohl eine Verriegelung des Böensperrsystems während des Fluges, was eine Steuerung der Maschine unmöglich machte.

Das Transportflugzeug war mit 27,5 Tonnen Kindernahrung beladen. Die Lieferung des Schweizer Roten Kreuzes sollte nach Dhaka, um den Opfern von Überschwemmungen zu helfen.

Zum Glück für die Gesellschaft sollte der frühe Unfall kein schlechtes Omen sein. In den folgenden 49 Jahren wurde kein tödlicher Unfall mehr verzeichnet.

Und das Geschäft wuchs. Der Isländer Einar Olafsson war erster

Mitarbeiter und Geschäftsführer (1970-1982) der neuen Luftfrachtgesellschaft.

Binnen zwei Jahren war die Flotte bereits auf fünf CL-44 angewachsen. Noch ein Jahr später wurden mit der Douglas DC-8 die ersten Jets in Betrieb genommen. Im Jahr 1979 folgte die erste Boeing 747. Diesem Flugzeugtyp ist die Firma seit her treu geblieben, sehr zur Freude des Konstrukteurs aus Seattle. Die Cargolux-Flotte besteht derzeit aus 14 Boeing-747-8-Frachtern und 16 Boeing-747-400-Frachtern.

Bis die Marke von zehn eigenen Flugzeugen überschritten wurde, sollte es bis 1999 dauern. In der Zwischenzeit gab es Veränderungen im Aktionariat. 1984 erwarb beispielsweise die deutsche Lufthansa einen Anteil von 24,5 Prozent an der Gesellschaft. 1997 verkaufte sie den Anteil an die Schweizer SAir-Logistics-Gruppe. Im folgenden Jahr erhöhte diese ihren Anteil auf 33 Prozent.

Nach der Finanzkrise von 2008 wurde es sehr ungemütlich für die Gesellschaft. Ein Verlust von 153 Millionen Dollar stand 2009 in den Büchern. Der Einbruch der Konjunktur hinterließ seine Spuren.

Kartellrechtliche Strafen folgten: Gemeinsam mit einer Reihe weiterer Luftfrachtunternehmen hatte die Gesellschaft, während sechs Jahren, ihr Vorgehen bei Treibstoff- und Sicherheitszuschlägen abgesprochen, zum Nachteil der Kunden. 2010 wurde die Cargolux in mehreren Ländern mit millionenschweren Geldbußen belegt. Geschäftsführer Ulrich Ogiermann verbrachte etwas später mehr als ein Jahr in einem US-Gefängnis.

Die Cargolux stand unter Druck. Der Umsatz brach ein. Gesucht wurden nun 100 Millionen Euro für eine Rekapitalisierung. Zudem galt es einen Käufer für den Anteil der Aktien zu finden, den die SAir-Gruppe hielt, da deren Muttergesellschaft in Insolvenz war. Der Staat sprang ein.

Auf der Suche nach einem strategischen Partner für die Gesellschaft

verkaufte Finanzminister Luc Frieden 2011 35 Prozent der Cargolux an Qatar Airways. Doch die Zusammenarbeit klappte nicht. Im Nachhinein wurde festgestellt, dass es sowohl in der Unternehmenskultur als auch bei der langfristigen Vision und vor allem der Führungskultur große, unüberbrückbare Differenzen gab.

Zwei Jahre später kaufte der Staat die Anteile wieder zurück.

Ein neuer Partner wurde 2014 mit der HNCA (Henan Civil Aviation and Investment) gefunden. Die Firma aus China übernahm den Aktienanteil der Kataris. Große Pläne wurden angekündigt: Darunter die Gründung einer neuen Gesellschaft in China sowie eine „Dual Hub Strategy“ zwischen dem Findel und dem aufstrebenden Flughafen Zhengzhou.

Inzwischen geht es der Gesellschaft wieder gut. In den letzten Jahren brummte die Weltwirtschaft, und auch Cargolux wuchs wieder. In den Jahren 2017 und 2018 erzielte man Rekordgewinne. 2018 waren es 211,2 Millionen Dollar, nach 122,3 Millionen USD im Jahr 2017. Heute zählt das Unternehmen mit seinen rund 2.000 Mitarbeitern als die sechstgrößte reine Luftfrachtgesellschaft der Welt. Eine neue Unternehmenszentrale entsteht in Sandweiler.

Doch Fracht ist ein schwankungsanfälliges Geschäft. Und seit einem Jahr ist das Umfeld wieder unfreundlich für die Cargolux. Ihr Geschäft ist nun mal abhängig von der Entwicklung der Konjunktur. Fürs Geschäft mit internationaler Fracht sind Handelskriege und der Trend in Richtung Protektionismus nicht förderlich.

Hinzu kommt dieses Jahr der Ausbruch des Coronavirus: Mitte Februar hatte das Unternehmen mitgeteilt, die Zahl der Flüge nach China zu reduzieren. Ansonsten: „Business as usual“. Die Cargolux kennt ihr Geschäft. Krisen hat sie schon viele gemeistert.

# Cargolux fliegt weiter in den schwarzen Zahlen

## LUFTFRACHT Gesellschaft stellt Jahresergebnis 2019 vor

Christian Muller

Die Luftfrachtgesellschaft Cargolux, die in der aktuellen Krise für das Land eine besondere Rolle spielt, spürte im Jahr 2019 die schlechter laufende Weltwirtschaft. Der Gewinn war deutlich eingebrochen. Aktuell herrscht jedoch wieder Hochbetrieb.

Mitte letzten Jahres begann die globale Wirtschaft langsamer zu drehen. Unsicherheiten durch Handelsstreitigkeiten und Brexit machten sich bemerkbar. Man sei wieder in „turbulenten Zeiten“ angekommen, schreibt die Cargolux am gestrigen Mittwoch in einer Pressemeldung zum Jahresergebnis 2019.

Im Markt für Luftfracht war das Angebot wieder höher als die Nachfrage. Die Erträge sanken. Der Jahresumsatz ging um rund 16 Prozent auf 2,6 Milliarden Dollar zurück.

Trotzdem gelang es der Gesellschaft, einen Jahresgewinn von 20,1 Millionen Dollar zu verbuchen. In den Vorjahren 2017 und 2018 lief der Welthandel deutlich besser. Transportdienstleistungen waren gesucht. Die Cargolux erwirtschaftete Rekordgewinne. Satte 211 Millionen Dollar waren es allein im Jahr 2018.

Mit dem 2019 erreichten Resultat ist man bei Cargolux zufrieden. Man habe sich besser geschlagen als die meisten Konkurrenten, ist in der Mitteilung zu lesen. Die Geschäftsstrategie sei solide, die Finanzzahlen stabil und die Kassenlage besser als im Vorjahr. Cargolux habe seine Position als Experte in Nischenmärkten gestärkt. Zudem sei das weltweite Netz der angeflogenen Städte weiter ausgebaut worden. Santiago de Chile und Jakarta, Indonesien, kamen hinzu.

Die luxemburgische Gesellschaft wurde vor 50 Jahren gegründet. Sie gilt seit 2016 als siebtgrößter Nur-Fracht-Carrier der Welt. Die Zahl der Mitarbeiter ist bis Jahresende auf 2.253 Personen gewachsen. 1.630 davon arbeiten in Luxemburg. Die Flotte besteht aus 14 Boeing 747-8-Frachtern und 16 Boeing 747-400-Frachtern.

### Steigende Nachfrage seit März

In der aktuellen Krise hat die Cargolux nun eine zusätzliche Mission übernommen. Sie ist nicht mehr „nur“ eines der Vorzeigeunternehmen Luxemburgs, sie ist zu einem wesentlichen Faktor der Versorgung des Landes – über geschlossene Grenzen hinweg – geworden.

Die Gesellschaft verzeichnet seit Mitte März wieder eine steigende Nachfrage. „Dank der Luftbrücke, die Luxemburg mit China verbindet, konnte das Frachtunternehmen die Lieferung von 768 Tonnen medizinischer Ausrüstung nach Luxemburg sicherstellen“, berichtete das Transportministerium vor zwei Tagen. Dies entspreche etwa zehn Boeing 747-Frachtflugzeugen. Oft schon war zu hören, dass ohne Cargolux die Krise in Luxemburg ganz anders verlaufen wäre.

Wichtigste Anteilseigner der Cargolux sind die Fluggesellschaft Luxair (35,10 Prozent), die chinesische HNCA (35 Prozent), die BCEE (10,9 Prozent), die staatliche Entwicklungsbank SNCI (10,67 Prozent) sowie der luxemburgische Staat (8,32 Prozent). Bei Luxair haben Staat und BCEE gemeinsam eine Entscheidungsmehrheit von rund 60 Prozent.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG  
Botschaft in Deutschland

# TOURISMUS UND GASTRONOMIE

# Neues Fünf-Sterne-Hotel im Stadtzentrum

## LUXEMBURG Aus der Villa Baldauff wird das Hotel Villa Pétrusse

Claude Molinaro

Die Versicherungsgesellschaft „La Luxembourgeoise“ hat die Villa Baldauff im Stadtzentrum für zehn Millionen Euro gekauft. Im ersten Semester 2022 soll dort ein neues Fünf-Sterne-Hotel seine Türen öffnen.

Zehn Millionen Euro ließ sich die luxemburgische Versicherungsgesellschaft „La Luxembourgeoise“ die Villa Baldauff, Avenue Marie-Thérèse Nr.1, kaufen, um sie in ein Luxushotel zu verwandeln. Die hierzu nötige Renovierung wird noch einmal rund 20 Millionen kosten, erklärt Pit Hentgen, Präsident des Verwaltungsrats von La Luxembourgeoise S.A. Im ersten Halbjahr 2022 soll das neue Fünf-Sterne-Hotel mit dem Namen „Villa Pétrusse“ eröffnet werden. Den Namen habe man gewählt wegen der Neutralität gegenüber den früheren Besitzern, der Familie Baldauff, man wolle zudem der luxemburgischen Gesellschaft und der Stadt etwas vom Erfolg der Gesellschaft zurückgeben. Das Projekt sei aber auch als Art Geburtstagsgeschenk des Versicherers an sich selbst zu verstehen: Die „Luxembourgeoise“ hat nämlich am 29. Februar ihren 100. Geburtstag gefeiert.

Die Villa wurde 1880 vom Architekten Pierre Kemp im Stil der Neo-Renaissance erbaut. Damaliger Bauherr war der Industrielle Eugène Kerckhoff. Nachfolgender

Besitzer war Hubert Baldauff, von dem sie den jetzigen Namen erhielt. 1986 wurde das Haus in das „Inventaire supplémentaire des monuments nationaux“ eingeschrieben, seit 2018 ist es als nationales Denkmal geschützt – ein Grund, weshalb das Kulturministerium die Instandsetzung in einer ersten Phase mit 500.000 Euro unterstütze, sagte Ministerin Sam Tanson.

### Problem Pilzbefall

Bis 2010 gehörte die Villa der Familie Baldauff, dann wurde sie von der Privatbank Edmond de Rothschild erworben: Die Bank habe dort ihren Firmensitz einrichten wollen, erklärte Bürgermeisterin Lydie Polfer; doch daraus wurde offensichtlich nichts.

Neben dem Haupthaus befindet sich noch eine Dépendance, wo früher die Bediensteten wohnten. Ursprünglich habe man geplant, das Hotel bereits Ende 2021 eröffnen zu können, doch die Voruntersuchungen ergaben, dass es doch länger dauern wird, erklärte der für das Projekt ausgewählte Architekt Jim Cledes. Das größte Problem sei der Pilzbefall, der einen völligen Ab- und Wiederaufbau des Nebengebäudes nötig macht. Die Dépendance war zunächst Bedienstetenhaus, später ein Stall und danach eine Garage. Jetzt sei das Gebäude in einem sehr baufälligen Zustand.

Im Hauptgebäude sei der Pilz zwar auch vorhanden, doch nicht so stark, sodass eine Säuberung mit technischen Mitteln möglich sei, ohne das Haus ganz abreißen zu müssen. Die Kirsche auf dem Kuchen dürfe wohl der prächtige Garten hinter dem Haus sein; dort werde jeder einzelne Stein abgebaut, gereinigt und wieder an gleicher Stelle eingesetzt. Die Pflastersteine im Hof werden ebenfalls erhalten bleiben. Im Hauptgebäude werden die Innenräume so weit wie möglich originalgetreu restauriert, zum Beispiel die Wand- und Deckenmalereien.

Unter der Villa befindet sich auch noch eine fürs Publikum geschlossene Kasematte. Die werde künftig als Verbindungsgang zwischen Neben- und Haupthaus verwendet werden. Umbauen dürfe man sie zwar nicht, sagt Pit Hentgen, aber man werde sie trockenlegen, sodass die Hotelgäste sie besuchen können. „Man könnte sich ein Programm ausdenken, das im Zusammenhang mit der Stadtgeschichte steht – im Hintergrund Kanonengeräusche ...“, schwärmt Hentgen.

La Luxembourgeoise wird das künftige Hotel selbst betreiben. Die Gesellschaft ist übrigens kein Neuling im Hotelgewerbe: Sie besitzt und managt schon ein weiteres Haus in der Oberstadt: das Hotel Place d'Armes.

# Mit Emotionen für die Mosel werben

Mit „Visit Moselle“ positioniert sich die Region als Sub-Marke von „Visit Luxembourg“

**FLAXWEILER**

PATRICK WELTER

**E**inige Jahre segelte man unter einer gemeinsamen Flagge. Der Begriff „Miselerland“ stand sowohl für die LEADER-Gruppe „Miselerland“, die sich um die Förderung des ländlichen Raums kümmert, als auch für das regionale Tourismusbüro „ORT Moselle“ (offiziell: Office Régional du Tourisme – Région Moselle Luxembourg). Nun geht das ORT seinen eigenen Weg der Tourismuswerbung, die neue Marke heißt „Visit Moselle“ in Angleichung an die nationale Tourismuswerbung „Visit Luxembourg.“ Wobei man sich nicht ganz von der gemeinsamen Herkunft trennt und die seit zehn Jahre bekannte Farbgebung des „miselerland“-Logos, das jetzt nur noch für LEADER steht, beibehält: Weinberggrün und Moselblau.

Mit „Visit Moselle“ will das ORT Moselle auch das Hinterland der Mosel, zu dem sich traditionell auch Bad Mondorf zählt, mit in seine werblichen Auftritte einschließen. Dazu passend lässt sich der Slogan auch lokal deklinieren, wie „Visit Schengen“ oder „Visit Remich“.

Gilles Estgen, der Präsident des ORT Moselle, erläuterte gestern in Flaxweiler die Gründe für den neuen visuellen Auftritt der Region. Das seit zehn Jahren bestehende ORT gibt sich alle fünf bis sechs Jahre einen neuen Masterplan. Auf Basis des Masterplan „Miselerland – Moselle luxembourgeoise Markenarchitektur & -strategie 2022“ von 2018, will man in Zukunft einen stärkeren werblichen Akzent setzen und das „Markenprofil der Region“ schärfen. Hinzu kommt, dass sich die Werbung für die Region immer weiter vom Analogen, wie gedruckten Broschüren und Prospekten, hin zum Digitalen verlagert. Eine neue „Corporate Identity“ müsse für beides geeignet sein, und auch auf Fortschritte in den sozialen Netzwerken vorbereitet sein. Irgendwann gehe es dort über Facebook und Instagram hinaus. Einen weiteren Ansatz für einen neuen werblichen Auftritt ist der Wunsch eine jüngere Zielgruppe zu erschließen, ohne die bisher angesprochene Altersgruppe 40plus zu verlieren.

Die beauftragte Kreativagentur „Duktor creative“ fasst den von ihr konzipierten neuen Auftritt „Visit Moselle“ - gekürzt - so zusammen: „Im Vordergrund der Identitätsentwicklung stand das Bedürfnis Emotionen zu schaffen und das Storytelling zu erhöhen; Emotionen und Geschichten schaffen Bedürfnisse. Demnach tritt das ORT fortan im B2C-Bereich (Business to customer) authentisch, herzlich, gastfreundlich und emotional auf, währenddem im B2B-Bereich (Business to Business) der Fokus auf Professionalität, Modernität und Zukunftsorientierung liegt. Die Anpassung der Markenarchitektur beinhaltet die Entwicklung von Emotion Icons, dem neuen Logo, eingesetzten Farbwellen, Typographien (...). Sowohl die graphischen „Emotion Icons“ als auch das Schlagwort „#mengmusel“, (...) emotionalisieren die Marke und stehen für die Identifikation mit und den Zusammenhalt in der Region. Im Rahmen der Erneuerung des regionalen Auftritts

wurde ebenfalls eine neue Bildwelt entwickelt. Auch hier war es wichtig positive Emotionen und Gefühle hervorzuheben und die Menschen der Region mit einzubinden. (...) Ein gutes Foto sagt mehr aus als viele kleine. Exemplarisch wurden Fotos zusammen mit der aktuellen Wein- und Rieslingskönigin ohne offizielle Kleidung, aber dafür während der Arbeit im Weinberg aufgenommen. (...) Die Einbindung der re-

gionalen Partner und Akteure ist ein weiteres, wichtiges Element der neuen Strategie. Das Konzept wurde so entwickelt, dass die touristischen Anbieter und Gemeinden der Region sich an das visuelle Design anschließen können...“ Eines der am häufigsten verwendeten Worte während der Präsentation war „Authentizität“.

#### **Begeisterter Minister**

Tourismusminister Lex Delles begrüßte es ausdrücklich, dass sich eine Region wie die Mosel „selbst in Frage stellt“ um eine geänderte Positionierung zu erreichen. Von Seiten des Ministers – früher Bürgermeister von Bad Mondorf - aus wird die Einbeziehung des Hinterlands des Moseltals natürlich ausdrücklich begrüßt. Delles griff das Wort vom „Storytelling“ auf und erläuterte, dass jede der fünf touristischen Regionen Luxemburgs ihre eigene Geschichte, ihre eigene Identität, kommunizieren muss. Die einjährige Arbeit des ORT- Moselle zusammen mit den Kreativen habe ein überzeugendes Ergebnis geliefert. ●

#### **SCHLOSS SCHENGEN**

##### **Kein Interesse**

In einem kurzen Gespräch nach der Pressekonferenz meinte Tourismusminister Delles auf Nachfrage des „Journal“, dass der Staat kein Interesse habe, das derzeit leer stehende Schloss in Schengen zu kaufen. Von verschiedenen Vorbesitzern war das Schloss als Tagungsstätte und Hotel betrieben worden. Der Staat könne allein schon aus Konkurrenzgründen kein Hotel betreiben, so Delles. Die Gemeinde Schengen hatte lange darauf gesetzt, dass das Schloss von der Öffentlichen Hand übernommen wird. Der aktuelle Besitzer hat dem Vernehmen nach kein Interesse mehr am Schloss, da seine Umbaupläne aufgrund von baurechtlichen Problemen und Fragen des Denkmalschutzes nicht umsetzbar sind. Außerdem gibt es anhaltende Gerüchte über juristische Auseinandersetzung des Eigentümers mit einem lokalen Architekturbüro über die Umbaupläne.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG  
Botschaft in Deutschland

# WISSENSCHAFT, BILDUNG UND KULTUR

# Nachrichten und Service für zehn Millionen Leser

Tageszeitungen, Online-Dienste, Pendlerzeitungen, Radio- und TV-Sender in Flandern, den Niederlanden, Irland und jetzt Luxemburg: Mediahuis aus Antwerpen, der neue Eigentümer des „Luxemburger Wort“, ist ein Unternehmen auf Wachstumskurs

Von Roland Arens

Der Medienkonzern aus Antwerpen, zu dessen Portfolio seit dem 24. April 2020 auch das „Luxemburger Wort“ gehört, ist in Belgien ein verlegerisches Schwergewicht. Mediahuis entstand 2013, als die in Flandern tätigen Verlagshäuser Concentra und Corelio ihre Aktivitäten 2013 unter dem Dach des Joint Ventures vereinigten. Der Konzern beschäftigt mit seinen Unternehmen 3700 Mitarbeiter und erwirtschaftet rund eine Milliarde Euro Umsatz im Jahr. Über seine Print- und Online-Medien in Flandern, den Niederlanden und in Irland erreicht er täglich rund zehn Millionen Leser und Nutzer. Der Konzern wächst seit Jahren rapide, nicht zuletzt durch Firmenzukäufe in Belgien, in den Niederlanden und in Irland sowie jetzt in Luxemburg durch den Kauf von Saint-Paul Luxembourg, dem Verlag des „Luxemburger Wort“.

Der Sprachbarriere geschuldet, dürften die Zeitungen der Mediahuis-Gruppe dem Luxemburger Publikum allenfalls dem Namen nach bekannt sein. Flaggschiffe des Unternehmens sind „De Standaard“, Belgiens größte Qualitätszeitung, die populäre Tageszeitung „Het Nieuwsblad“ sowie die Regionalzeitungen „Gazet van Antwerpen“ und „Het Belang van Limburg“, der meistgelesenen Zeitung in der östlichsten Provinz der Region Flandern. Stärkster Wettbewerber von Mediahuis ist der Konzern „DPG Media“, dessen Tageszeitung „Het Laatste Nieuws“ bei Auflage und Reichweite vor „Het Nieuwsblad“ liegt.

Mediahuis mit Wurzeln in der katholischen Publizistik

Mediahuis ist ein Unternehmen des 21. Jahrhunderts, doch die verlegerische Tradition des Konzerns reicht bis ins 19. Jahrhundert zurück. Während das „Luxemburger Wort“ bereits 1848 gegründet wurde, erschien die erste Ausgabe der „Het Algemeen Belang der Pro-

vincie Limburg“ im Jahr 1879, damals noch als katholische Wochenzeitung. 1933 fusionierte sie mit weiteren Regionalzeitungen und wurde unter dem Titel „Het Belang van Limburg“ zur Tageszeitung. Im November 1891 erschien erstmals die „Gazet van Antwerpen“, in der die Gründer damals ein Mittel sahen, „katholische Ideen zu verbreiten“, wie es hieß. Die französischsprachigen Verlage in Belgien, wie Rossel, der Herausgeber von „Le Soir“, und IPM (La Libre Belgique, La Dernière Heure), sind gemessen am Umsatz und Auflagen deutlich kleiner als die Zeitungskonglomerate Flanderns. Signifikante Reichweiten haben darüber hinaus „L’Avenir“, das heute zum Telekom-Konzern Nethys gehört, sowie der zu Rossel gehörende Verlag Sudpresse aus Namur mit seinem Netz aus fünf Regionalzeitungen mit 13 lokalen Ausgaben. Die Gratiszeitung Metro gibt Mediahuis zusammen mit Rossel sowohl im flämischen als auch im wallonischen Teil des Landes heraus.

1953 gründete der Verlag von „Het Belang van Limburg“ die Aktiengesellschaft Concentra mit Sitz in Hasselt, die 1996 die „Gazet van Antwerpen“ erwarb. Damit waren zwei der stärksten Regionalzeitungen des Landes unter einem Dach vereint. Ebenfalls in der Tradition katholischer Publizistik wurde 1914 „De Standaard“ gegründet, dessen erste Ausgabe aber erst vier Jahre später nach Ende des Ersten Weltkriegs erschien. Der Qualitätszeitung stellten die Herausgeber ab 1927 die auf Anhieb sehr populäre Zeitung „Het Nieuwsblad“ zur Seite. Während des Zweiten Weltkriegs erschienen beide Titel nicht und kamen erst 1947 wieder auf den Markt.

Nachdem der „Standaard“ in den 1950er- und 1960er Jahren zum Medienkonzern avancierte und vor allem seine Druckkapazitäten stark ausgebaut hatte, geriet der Verlag im Zuge der Wirtschafts-

krise Ende der 1970er-Jahre in existenzielle Schwierigkeiten. Um den „Standaard“ zu retten, gründet der Unternehmer André Leyssen zusammen mit anderen flämischen Investoren den Konzern „Vlaamse Uitgeversmaatschappij“ (VUM). Auch „Het Nieuwsblad“ geht später in den Besitz von VUM über. Der „Standaard“, der ab 1979 am Standort Grand-Bigard vor den Toren Brüssels produziert wird, überschreitet 1989 erstmals die Auflage von 100 000 Exemplaren. Kurzzeitig war die VUM auch im Zeitungsgeschäft Walloniens aktiv. 2006 hatte das Erzbistum Namur seine Anteile an dem Verlag der Zeitung „Vers l’Avenir“ an den flämischen Verlag verkauft, der seine Beteiligung jedoch schon 2013 wieder abgab. Zur Jahrtausendwende kam in Belgien die Gratiszeitung „Metro“ auf den Markt, die der Verlag aus Flandern in einem Gemeinschaftsunternehmen zusammen mit den Medienkonzernen Rossel und Roularta herausgab. Heute ist Mediahuis Mehrheitseigner des Metro-Verlags „Mass Transit Media“.

Aus dem VUM-Konzern wurde im Jahr 2006 schließlich die Corelio, eines der beiden Gründungsunternehmen von Mediahuis. Der Kunstname sollte die regionale Verankerung des Unternehmens verdeutlichen, für verlässliche Information stehen und die enge Beziehung zu Lesern und Kunden unterstreichen. Inzwischen war die Mediengruppe auch im regionalen TV-Geschäft tätig und investierte in Radio-Sender, wie etwa Radio Nostalgie, das 2008 in Flandern auf Sendung ging. Seit 2018 betreibt Mediahuis von Antwerpen aus auch den Radiosender NRJ.

Erstklassiger Journalismus und konsequente Digitalisierung

2013 vereinigten sich Corelio und Concentra schließlich unter dem Konzerndach von Mediahuis. Es folgten schwierige Jahre der Sa-

nierung, aber auch der Expansion in neue Märkte.

Die zu Mediahuis gehörenden Zeitungshäuser haben mit den gleichen Problemen zu kämpfen, wie viele andere vergleichbare Medienunternehmen weltweit: Rückläufige Werbeeinnahmen und hohe Druck- und Vertriebskosten, die nicht von den Erlösen aus dem Digitalgeschäft kompensiert werden konnten, gingen letztlich auch auf Kosten von Arbeitsplätzen. Erst 2019 entschied das Unternehmen, seinen traditionsreichen Druckstandort Grand-Bigard vor den Toren Brüssels aufzugeben. Die Redaktion des „Standaard“ sollte plangemäß Ende 2020 ins Stadtzentrum umziehen, Stellen in der Verwaltung und im Verkauf nach Antwerpen verlegt werden. 49 Arbeitsplätze gehen dabei verloren.

Um die Profitabilität seines Zeitungsgeschäfts wieder ins Lot zu bringen, setzt Mediahuis auf hochwertigen Journalismus, eine konsequente Digitalisierung seiner Informationsmedien und auf digitale Produkte, die stärker auf die Bedürfnisse der Nutzer ausgerichtet sind.

#### Mediahuis expandiert in den Niederlanden und Irland

In den Niederlanden landete Mediahuis 2014, nur ein Jahr nach seiner Gründung, einen ersten Coup mit dem Kauf von NRC Media. Die renommierte Abendzeitung „NRC Handelsblad“ sowie deren Morgenausgabe „nrc.next“ haben sich durch investigative Recherchen einen Namen gemacht. Im gleichen Jahr übernahm Mediahuis in den Niederlanden den Verlag der Regionalzeitung „De Limburger“.

Drei Jahre später erwarb Mediahuis nach langwierigen Verhandlungen den Verlag „Telegraaf Media Group“ und damit die wichtigste Zeitungsmarke der Niederlande, „De Telegraaf“, der täglich über 2,5 Millionen Leser erreicht. Bei dem Kauf stach Mediahuis den TV-Unternehmer und Milliardär John De Mol aus, den Erfinder von Reality-TV-Formaten wie „Big Brother“ und „The Voice“.

Die nächste Etappe der ehrgeizigen Mediahuis-Expansion fand in Irland statt. 2019 wurde die Übernahme der „Independent News and Media“ (INM) für 145,6

Millionen Euro besiegelt. Zum Portfolio des Verlags gehören vor allem der „Irish Independent“, die meistgelesene Tageszeitung Irlands, die sich einem hochwertigen Journalismus verschrieben hat, und der „Sunday Independent“, die größte Sonntagszeitung Irlands. In Nordirland ist Mediahuis mit dem „Belfast Telegraph“ vertreten, der in diesem Teil der Insel meistgelesenen Tageszeitung.

Ende 2019 berichteten Wirtschaftsmedien wie die Financial Times und „L’Echo“ in Belgien, dass Mediahuis Interesse am Kauf der britischen „Telegraph Media Group“ habe. Konkretere Schritte sind jedoch seither nicht bekannt geworden.

#### Die verlegerischen Wurzeln von Mediahuis reichen bis ins 19. Jahrhundert zurück.

#### „Das ‚Wort‘ behält seine Identität“

Kardinal Jean-Claude Hollerich sagte zum Verkauf von Saint-Paul Luxembourg an Mediahuis: „Diese Transaktion ist uns nicht leicht gefallen. Es geht darum, Saint-Paul und seine Markenprodukte fit zu machen, um künftige Herausforderungen im Mediensektor anzugehen. Wir haben gehandelt aus Verantwortung gegenüber der Belegschaft, gegenüber der besten Tageszeitung Luxemburgs und im Interesse der wirtschaftlichen Absicherung des Bistums. Luxemburg behält sein ‚Wort‘ und das ‚Wort‘ behält seine Identität.“

## Neue Ära für das „Luxemburger Wort“

Der belgische Konzern Mediahuis übernimmt Saint-Paul Luxembourg

**Luxemburg.** Luxemburgs größte und älteste Tageszeitung schlägt ein neues Kapitel ihrer Geschichte auf. Das „Luxemburger Wort“ gehört nun zum Portfolio der Zeitungs- und Mediengruppe Mediahuis NV. Der belgische Konzern mit Sitz in Antwerpen hat den

Verlag Saint-Paul Luxembourg übernommen. Dessen Referenzaktionär war bisher das Erzbistum Luxemburg über die Tochterfirma Lafayette SA.. Zum Kaufpreis wurden keine Angaben gemacht.

Kardinal Jean-Claude Hollerich sagte zu dem Verkauf, dass die

Transaktion dem Bistum nicht leicht gefallen sei. Luxemburg behalte sein „Wort“ und das „Wort“ behalte seine Identität.

Mediahuis ist ein publizistisches Schwergewicht in Flandern. Flaggschiffe sind die Qualitätszeitung „De Standaard“, die populäre

Tageszeitung „Het Nieuwsblad“, sowie die auflagenstarken Regionalzeitungen „Gazet van Antwerpen“ und „Het Belang van Limburg“. Der neue Eigentümer des „Luxemburger Wort“ verfolgt seit einigen Jahren auch eine ehrgeizige Expansionsstrategie mit Zeitungskäufen in den Niederlanden und in Irland. rar

## Leitartikel

## Eine neue Zeit

Von Roland Arens

**M**anchmal muss man sich ändern, um zu bleiben, was man ist. Dies gilt auch für das „Luxemburger Wort“, das 172 Jahre nach Erscheinen seiner ersten Ausgabe nun ein Teil des belgischen Konzerns Mediahuis geworden ist. Die redaktionelle Ausrichtung, die „ligne éditoriale“ der Zeitung, ändert sich nicht, ebenso wenig der Anspruch, zu bleiben, was sie war und ist: Luxemburgs führende Qualitätszeitung, für Wahrheit und Recht.

Natürlich ist dieser Tag eine Zäsur in der Geschichte dieses Zeitungshauses. Für die Mitarbeiter des Verlags Saint-Paul Luxembourg ergibt sich daraus ein historischer Auftrag. Sie müssen das Werk ihrer Vorgänger weiterführen, die das „Wort“ zu der großen Medienmarke gemacht haben, die es heute ist. Sie setzen zugleich den Auftrag der Gründer fort, die aus den Reihen jener katholischen Kirche stammten, die dem „Luxemburger Wort“ über 172 Jahre wohlwollend zur Seite stand und die den Verlag jetzt einem starken industriellen Partner übergibt. Auch viele

Zeitungen der Mediahuis-Gruppe haben ihre Wurzeln in der katholischen Publizistik.

Die neue Zeit für das „Luxemburger Wort“ hat jedoch nicht erst mit der Unterzeichnung des Kaufvertrages am 24. April 2020 begonnen. Seit Jahren machen traditionelle Medien einen Strukturwandel durch, von dem seit Langem klar ist, dass kaum ein Stein auf

dem anderen bleiben wird. Die Corona-Krise hat diese Entwicklung noch einmal drastisch verschärft und beschleunigt – sie zeigt aber auch, wie unverzichtbar seriöse,

fundierte und verständliche Berichterstattung ist, ob in gedruckter Form oder digital.

An einer grundlegenden, tief greifenden Modernisierung führt für Zeitungen – wie für andere Medien – kein Weg vorbei. Das „Luxemburger Wort“ hat den Weg der Digitalisierung bereits vor geraumer Zeit eingeschlagen, stets mit dem Ziel, hochwertigen, lokal verankerten Journalismus zu garantieren und gleichzeitig finanzierbar zu machen. Es sind die gleichen Ziele, die Mediahuis verfolgt: Qualitätsjournalismus hochhalten, Digitalisierung vorantreiben und die Bedürfnisse der Leser konsequent ins Zentrum der journalistischen Arbeit stellen.

Natürlich müssen Journalisten und Redaktionen auch in Zukunft vor allem erstklassige Geschichten recherchieren und anbieten. Aber sie müssen noch besser werden, wenn es um die Präsentation ihrer redaktionellen Arbeit geht. Sie müssen lernen, mit ihren Lesern auf direktem Weg und auf ungewohnten Kanälen zu kommunizieren, auch in den sozialen Netzwerken. Sie müssen verloren gegangenes Vertrauen in Rolle und Aufgaben des Journalismus zurückerobern. Zugleich müssen sie innovativ sein und die digitale Technik im Dienst ihres Auftrags und zum Nutzen der Leser einsetzen. Dem „Luxemburger Wort“ eröffnen der Zugriff auf das Know-how und die Erfahrung sowie die vielfältigen Möglichkeiten zur Zusammenarbeit innerhalb eines großen Konzerns wie Mediahuis die Chance, diesen Wandel erfolgreich weiterzugehen und damit zu bleiben, was diese Zeitung war und ist: Luxemburgs führende Medienmarke.

**Kontakt:** roland.arens@wort.lu

*An einer tief  
greifenden  
Modernisierung  
der Zeitungen  
führt kein Weg  
vorbei.*

WO STEHEN WIR?

# Später Neustart

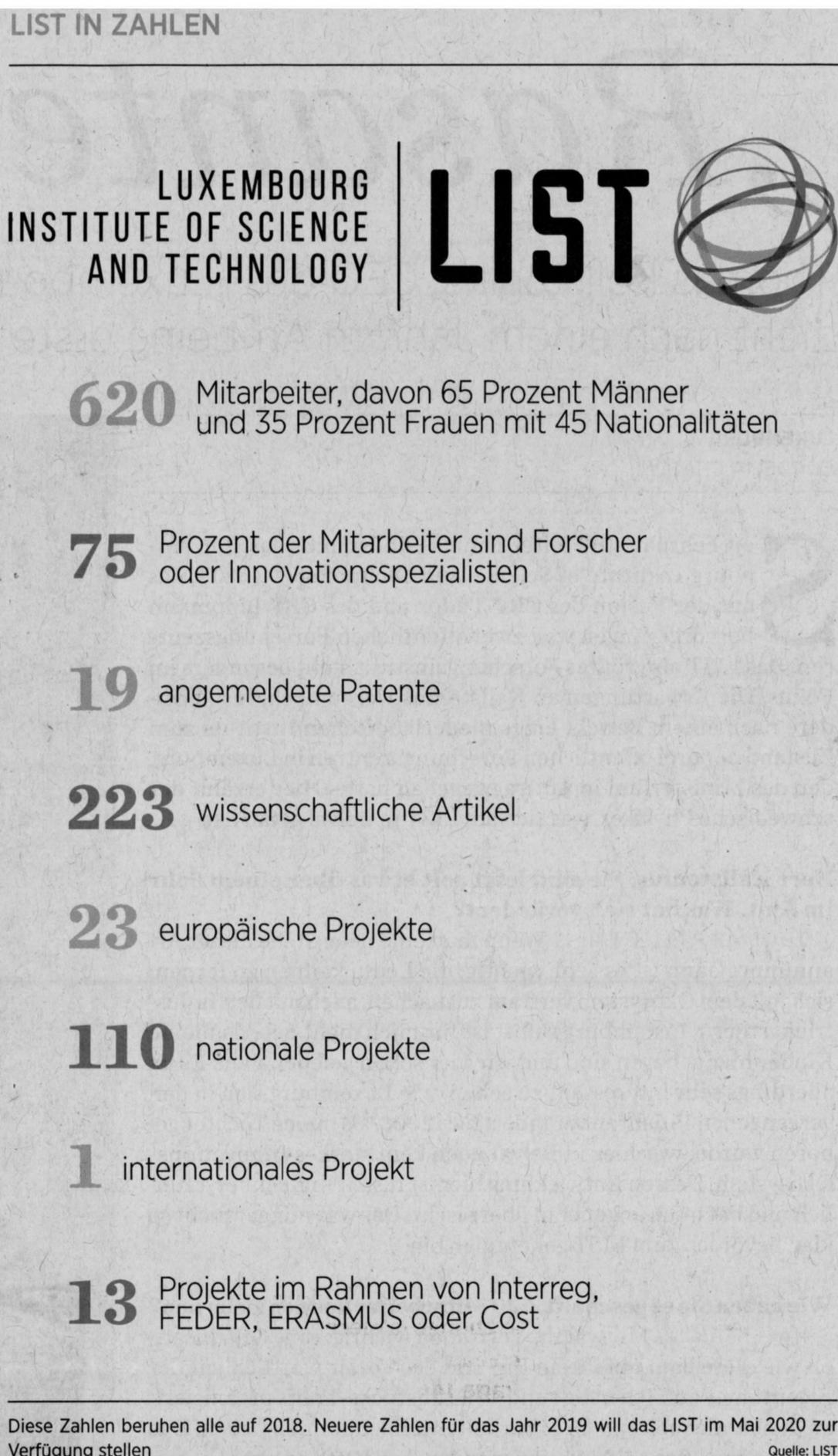
## Das LIST auf neuen Wegen

Das „Luxembourg Institute of Science and Technology“ (LIST) kam lange, sehr lange, nicht aus den schlechten Schlagzeilen heraus. Seine Gründung fing früh an – und klang gut. Schon 2005 stellten Experten des „Centre de Recherche Public Henri Tudor“ diese Idee anlässlich des Forschungs- und Innovationsberichts der OECD vor. Der Ansatz war damals, eine Art Fraunhofer-Gesellschaft Luxemburger Prägung zu schaffen. Sie wurde bald öffentlich diskutiert. 2014 wurde ein Gesetz zur Reorganisation der öffentlichen Forschungszentren beschlossen. Das „Centre de Recherche Public Henri Tudor“ und das „Centre de Recherche Public Gabriel Lippmann“ wurden laut diesem Beschluss zum 1. Januar 2015 zum LIST zusammengelegt. Der Auftrag war klar: Forschen und durch die Ergebnisse zur sozio-ökonomischen Entwicklung des Landes beitragen. Nicht umsonst befindet sich das LIST mit seinem Hauptsitz heute im gleichen Gebäude wie Luxinnovation und in direkter Nähe zur Universität in Esch/Belval. Innovation ist ausdrücklich das Ziel, Zusammenarbeit erwünscht.

Doch haperte es eine Reihe von Jahren mit der Fusion und der Umsetzung. Die neue Struktur hatte Georges Bourscheid als Präsidenten. Bourscheid war der ehemalige Verwaltungsratspräsident des CRP Henri Tudor. Es lief offenbar nicht gut, um die 150 Mitarbeiter des ehemaligen CRP Henri Tudor sollen allein 2014 gekündigt haben. Fernand Reinig, der 2015 „Chief Operating Officer“ wurde, wird drei Monate später Personalchef ad interim. Er kennt Bourscheid seit vielen Jahren. Als im Oktober 2016 der CEO entlassen wurde, übernahm Reinig dessen Amt interimsmäßig. Der „Quotidian“ titelt im gleichen Monat mit „Rette sich wer kann“ und berichtet auf einer Doppelseite von zahlreichen Kündigun-

gen, Seilschaften und Schwierigkeiten beim LIST. Claude Wehenkel, Ex-CEO des CRP Henri Tudor, unterhält einen Blog, in dem sich auch ehemalige Mitarbeiter äußern. Er berichtet regelmäßig von den Geschehnissen und wundert sich, dass bei einem öffentlichen Institut mit fast 700 Mitarbeitern nichts geschieht. Die Probleme wurden so offensichtlich, dass die Regierung eine niederländische Beratung mit der Evaluierung der drei öffentlich-rechtlichen Forschungsinstitute in Luxemburg beauftragte. Die Ergebnisse wurden auf einer Pressekonferenz vorgestellt, es ist die Rede von Governance. Ein neuer CEO soll kommen. Als der neue Chef Thomas Kallstenius im Februar 2019 sein Amt antritt, wird Reinig wieder zum Personalchef. Jetzt, nachdem Kallstenius ein Jahr im Amt ist, hat er einen neuen Verwaltungsrat mit dem in Luxemburg sehr respektierten ehemaligen CEO von Ceratizit, Jacques Lanners, als Präsidenten. Das LIST hat auch einen neuen Personalchef und einen neuen Kommunikations-Chef. Kallstenius hat in zahlreichen Frühstückstreffs mit Mitarbeitern ein offenes Ohr, Takt und Geschick bewiesen. Das LIST kann sich auf die Forschung konzentrieren.

Dazu gehören viele spannende Bereiche. Das LIST hat sich den Bereichen Materialien, Umwelt und IT organisiert, wobei dies eine jeweils sehr breite Anwendung ist. Da gibt es beispielsweise eine Zusammenarbeit mit dem Reifenhersteller Goodyear, die automatische Erschaffung von Karten durch Roboter oder globale Flutüberwachung. Viele Projekte sind eng mit den politischen Zielen des Landes verzahnt, einige sorgen international für Aufsehen und stärken den Ruf des LIST. Einige Projekte stellen wir auf den kommenden Seiten vor. CORDELIA CHATON



# „Rasante Entwicklung“

Thomas Kallstenius, CEO des „Luxembourg Institute of Science and Technology“, zieht nach einem Jahr im Amt eine erste Bilanz

LUXEMBURG

CORDELIA CHATON

**S**eit Februar 2019 leitet Thomas Kallstenius das „Luxembourg Institute of Science and Technology“ (LIST), das aus der Fusion des CRP Tudor und des CRP Lippmann hervorgegangen war, zwei öffentlichen Forschungszentren. Das LIST als größtes Forschungsinstitut steht besonders im Fokus. Die Erwartungen an Kallstenius waren hoch, insbesondere nach einem Bericht eines niederländischen Instituts zum Zustand der drei öffentlichen Forschungszentren in Luxemburg, den das Ministerium in Auftrag gegeben hatte. Hier erzählt der schwedische Physiker, was sich am LIST in Belval getan hat.

**Herr Kallstenius, Sie sind jetzt seit etwas über einem Jahr im Amt. Was hat sich verändert?**

THOMAS KALLSTENIUS Wenn man eine neue Stelle dieser Art annimmt, dann ist es sehr wichtig, die Leute kennen zu lernen; sich mit dem Ökosystem vertraut zu machen, auch mit den Industriepartnern. Luxemburg selbst ist für mich nicht neu, da meine Kinder hier geboren sind und wir hier schon gelebt haben. Es ist allerdings sehr interessant zu sehen, wie Luxemburg sich in den vergangenen 15 Jahren verändert hat. 2003, als meine Tochter geboren wurde, war hier in Belval noch kein starkes Innovations-Ökosystem. Dessen Entwicklung hier ist rasant und sehr erstaunlich und hat mich angenehm überrascht. Das war mir gar nicht so klar, bevor ich zum LIST gekommen bin.

**Wie haben Sie es geschafft, 620 Mitarbeiter kennen zu lernen?**

KALLSTENIUS Mir war ihr Vertrauen wichtig. Eine Organisation wie diese baut auf ihrem Ruf und der Verantwortlichkeit der Eigentümer auf. Ich habe rund 40 Frühstücks-Treffs organisiert, an denen nie mehr als 15 Mitarbeiter teilgenommen haben. Das waren ganz offene Diskussionsrunden. Ich hatte so etwas schon bei meinen vorherigen Stellen gemacht. Alle Fragen sind zugelassen, aber es bleibt vertraulich. Das hilft beim Kennenlernen.

**Sie haben auch einen nagelneuen Verwaltungsrat, in dem die hier ewig präsenten Gesichter von Fernand Reinig und Georges Bourscheid fehlen...**

KALLSTENIUS Ja, er ist seit Januar im Amt und wird von Jacques Lanners, dem ehemaligen CEO von Ceratizit, angeführt. Es sind hervorragende Profile vertreten, die das Ministerium ausgewählt hat. Das LIST hat Vier-Jahres-Verträge über die Performance, da ist es gut, einen solchen Verwaltungsrat zu haben.

**Was haben Sie vom LIST gehört, bevor Sie herkamen?**

KALLSTENIUS Schwer zu sagen. Bevor ich zum LIST kam, wusste ich zwar, dass es die Organisation gab, aber hatte in meiner vorherigen Rolle als Direktor für Sicherheitsprogramme bei imec keinen direkten Kontakt dazu. So war das luxemburgische Innovations-Ökosystem in weiten Teilen neu für mich.

**Wo waren Sie eigentlich vorher?**

KALLSTENIUS Ich war Direktor des Forschungsprogramms beim belgischen Forschungsinstitut imec, das sich vor allem mit Innovation in der Nanoelektronik und den digitalen Technologien beschäftigt hat. Mit über 4.000 Mitarbeitern war es groß verglichen mit dem LIST, das rund 620 Mitarbeiter beschäftigt und kann auch auf eine längere Geschichte zurückblicken. Beim imec habe ich die Zusammenarbeit mit der KU Leuven für ein Forschungsprogramm über Sicherheit und Datenschutz geleitet und war in Projekte zur künstlichen Intelligenz involviert. Dort habe ich viel über best practice gelernt. Vor dieser Station war ich Vizepräsident für Forschung und Innovation bei iMinds, einem Forschungsinstitut, das 2016 mit imec fusionierte.

**An welchen technischen Innovationen arbeiten Sie?**

KALLSTENIUS Wir haben hier drei Abteilungen: „Material Science“, wo es viel um Komposit-Materialien und Nanomaterialien geht, Umweltinnovationen, die sich mit Nachhaltigkeit und Biotechnologie beschäftigen, sowie digitale Innovationen. In letzterem Bereich beschäftigen sich die Forscher unter anderem mit „Smart Cities“ und „smart mobility“; was ja hier ein sehr wichtiges Thema ist. Wenn man die Lebens- und Verhaltensmuster besser versteht, ist es einfacher, Antworten auf diese Schlüsselfrage zu finden. Darüber hinaus sind auch E-Mobilität und Wasserstoff Themen, die uns interessieren.

**Wie vermarkten Sie die Resultate der Recherchen besser?**

KALLSTENIUS Das breite Publikum kennt uns wahrscheinlich nicht so gut, was zum Teil daran liegt, dass wir vor allem mit Partnerunternehmen arbeiten und weniger direkt mit Konsumenten in Kontakt sind. Nichtsdestoweniger ist die öffentliche Wahrnehmung wichtig für uns und Teil unserer Mission, ein Schlüsselement bei der Umwandlung Luxemburgs in eine vertrauenswürdige und nachhaltige digitale Wirtschaft zu sein. Wir arbeiten beispielsweise mit kleinen und mittleren Unternehmen beim „digital innovation hub“ zusammen. Das Coronavirus hat leider eine Reihe von Events, bei denen wir Ergebnisse vorstellen wollten, unmöglich gemacht. Am 17.

Juni haben wir einen großen LIST-Tag vorgesehen, bei dem wir unsere bemerkenswertesten Ergebnisse präsentieren wollen. Sprecher aus 20 verschiedenen Abteilungen sind eingeplant. Doch ob dies angesichts der jüngsten Ereignisse haltbar ist, weiß man nicht. Dann muss man unterscheiden zwischen der Sichtbarkeit auf lokaler Ebene und der auf europäischer und internationaler Ebene.

Wir sind erst fünf Jahre alt, also noch eine neue Marke. Mit sozialen Medien und über europäische Forschungsorganisationen versuchen wir auch hier, uns sichtbarer zu machen. Darüber hinaus habe ich dank meiner Mitarbeiter natürlich auch 620 Botschafter im Haus.

**Eine Ihrer Aufgaben ist die Beratung der Politik. Wie**

### **läuft das?**

**KALLSTENIUS** Wir arbeiten eng mit den verschiedenen Ministerien zusammen, zum Teil über Rahmenprogramme wie beispielsweise mit dem Umweltministerium. Wegen des Coronavirus sind wir täglich in Absprache mit dem Gesundheitsministerium und haben ein eigenes Krisenkomitee.

### **Der Finanzindustrie, die für Luxemburg sehr wichtig ist, geht es nicht besonders gut. Wie unterstützen Sie diese mit Ihrer Forschung?**

**KALLSTENIUS** Ich selbst bin kein FinTech-Experte, aber wir verfügen beim LIST über diese Kompetenzen, denn vieles hat mit

Regulierung und Compliance zu tun. Wie kann ich das beweisen oder eventuell auch automatisieren? Systeme wie Blockchain und andere können hier Vertrauen schaffen und bei „smart contracts“ helfen

### **Sie haben vorhin das Thema Wasserstoff angesprochen. Das ist hier noch nicht sehr weit fortgeschritten....**

**KALLSTENIUS** Es ist mit vielen Fragen verbunden wie: Was passiert, wenn bestimmte Autos nicht erlaubt sind? Wie würde der Markt reagieren? Ich selbst fahre ein E-Auto und finde das sehr angenehm. Aber das hat sich noch nicht überall durchgesetzt... ●

# *„Ich habe rund 40 Frühstückstreffs organisiert“*

THOMAS KALLSTENIUS CEO LIST

## **DER NEUE VERWALTUNGSRAT DES LIST**

### Honorifique Mitglieder

**Seit dem 1. Januar 2020 besteht der Verwaltungsrat des LIST aus folgenden Mitgliedern:**

- **JACQUES LANNERS** „Independent director“-Verwaltungsratspräsident
- **EVA KREMER** Stellv. Direktorin der „Société Nationale de Crédit et d'Investissement“ – stellv. Verwaltungsratspräsidentin
- **TOM BATTIN** Professor an der „Ecole Polytechnique Fédérale de Lausanne“ (Schweiz)
- **CANDI CARRERA** Landesmanager „Microsoft Luxemburg“
- **ETIENNE JACQUÉ** Konzernleiter Forschung & Entwicklung bei „CEBI International SA“
- **ISABELLE KOLBER**, Laborleiterin beim SEBES („Syndicat des eaux d'Esch-sur-Sûre“)
- **LETIZIA LUKAS**, Geschäftsführerin „Exigo SA“
- **MARIE-CHRISTINE MARIANI**, CEO „MCM SARL“
- **DIANE WOLTER** Unabhängige Philanthropie-Beraterin
- **ROBERT KERGER** Regierungsrat beim Bildungs- und Forschungsministerium, als Regierungskommissar

## **ZUR PERSON**

### Thomas Kallstenius

Der Physiker und promovierter Materialwissenschaftler wurde am 1. Februar 2019 CEO des „Luxembourg Institute of Science and Technology“ (LIST). Die Umsetzung von Forschungsergebnissen in sozioökonomische und kommerzielle Auswirkungen war schon immer die Mission und der Hauptantrieb seiner Karriere. Zuvor war der Schwede Forschungsdirektor beim belgischen imec-Institut sowie Vizepräsident beim Forschungsinstitut iMinds, das 2016 mit dem imec fusionierte. Zuvor arbeitete er bei Bell Labs sowie Alcatel Lucent in Marketing und Forschung. Kallstenius hat an der schwedischen Universität von Uppsala promoviert und einen MBA in Belgien erworben. Der 49-Jährige ist verheiratet und hat zwei Kinder.

# *Tropfen, Biogas und selbstfahrende Autos*

Das LIST hat drei Abteilungen namens „Materials Research and Technology“, „Environmental Research and Innovation“ sowie „IT for innovative Services“ – In allen wird an sehr unterschiedlichen Projekten gearbeitet, zu denen das LIST einiges auf seiner Webseite bekanntgibt. Wir haben einige Forschungsprojekte ausgewählt

**In der Abteilung „Materials Research and Technology“ wird unter anderem zu Wasserstoff und zur elektronischen Speicherung geforscht**

## **HePhoto | Wasserstoff-Technologie**

Die elektrokatalytische Technologie ist eine von mehreren Methoden, die derzeit zur Wasserspaltung eingesetzt werden. Dabei handelt es sich um die chemische Reaktion, bei der Wassermoleküle aufgespalten werden, um Sauerstoff- und Wasserstoffmoleküle zu erzeugen. Gegenwärtig beruht die Wasserspaltung hauptsächlich auf Katalysatoren aus seltenen Metallen wie Platin oder Ruthenium, die aufgrund ihrer Kosten und ihrer Knappheit nur begrenzt eingesetzt werden. Das HePhoto-Projekt soll hier Abhilfe schaffen. HePhoto ist die Abkürzung für „High Efficient Water Splitting over Fe:NaTaO<sub>3</sub> Photocatalysts“. Dieses

Projekt ist Teil des gemeinsamen Labors zwischen dem Luxemburger Institut für Wissenschaft und Technologie (LIST) und der französischen Firma 3D-Oxide. In diesem Projekt wird eine neuartige Technik namens „Chemical Beam Vapour Deposition“ (CBVD) angewandt, eine Dünnschichtabscheidung, die unter Hochvakuumbedingungen arbeitet und bei der das Filmwachstum durch thermisch aktivierte chemische Zersetzung von Vorläufermolekülen an der Substratoberfläche erfolgt. Diese Technik kann ein alternativer Weg sein, um die derzeitigen Beschränkungen des Wachstums von Photokatalysatoren zu umgehen. Der Erfolg des Projekts kann dazu beitragen, ein effizientes Schlüsselement wie die Photoelektrode für die umweltfreundliche Wasserstoffproduktion auf Wasserbasis bereitzustellen.

## **CLEANH2**

Das Projekt CLEANH2 steht im allgemeinen Kontext der aktuellen weltweiten Energie- und Umweltkrise. Es zielt darauf ab, eine neue Generation von Photokatalysatoren für die kostengünstige, saubere und effiziente Herstellung von Wasserstoff aus der solaren Wasserspaltung zu entwickeln, der bislang hauptsächlich aus fossilen Brennstoffen hergestellt wird. Darüber hinaus forscht das LIST

an Wasserstoff-Brennstoffzellen, ein neues Konzept, das auch für zukünftige Anwendungen wie Sensorik oder photovoltaische Geräte genutzt werden soll. Im Rahmen des Projekts DI-SAFECAP geht es um Technologien für die elektrische Lagerhaltung. Das französisch-luxemburgische Projekt soll die Herstellung neuer polymerer Materialien und Vorrichtungen mit einem noch nie dagewesenen Maß an mechanischer und elektrochemischer Leistung ermöglichen. Mit der italienischen „Politecnico di Torino“ läuft eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Li-Batterien.

**In der Abteilung „Environmental Research and Innovation“ geht es unter anderem um Mikroben und ihre Verdauung im Bereich der erneuerbaren Energie (Biogas) sowie um nachhaltige Gebäude mit intelligenten Netzen**

### **CLOMICS |** Biogas mit neuen Helfern

Bei diesem Projekt geht es um den Kontext der anaeroben Verdauung. Viele Mikroben mit potenzieller industrieller und biomedizinischer Bedeutung wurden in Studien identifiziert. Doch aufgrund der Wachstumsbedingungen wurde nur eine begrenzte Vielfalt von Mikroben kultiviert. So wurden beispielsweise die Cloacimonetes-Bakterien trotz ihrer

Häufigkeit in anaeroben Verdauungsumgebungen erst kürzlich identifiziert, obwohl sie offenbar eine wichtige Rolle in der anaeroben Verdauung spielen. Doch sie wachsen nicht in Reinkulturen unter traditionellen Kultivierungsmethoden und wurden daher bislang in der Wissenschaft so gut wie nicht beachtet. Aber jüngste Fortschritte in der DNA-Sequenzierung und Bioinformatik ermöglichen es, Mikroben zu untersuchen, ohne sie wachsen zu lassen. CLOMICS hat das Ziel, die Eigenschaften der neu entdeckte Cloacimonetes-Bakterien für anaerobe Verdauungsreaktoren zu testen. Sie könnten eine Rolle bei Biogas spielen. Biogas ist eine Möglichkeit zur Erzeugung erneuerbarer Energie, die jedoch wirtschaftlich wenig interessant ist, wenn die derzeitige Technologie nicht verbessert wird. Die vorläufigen Ergebnisse von CLOMICS zeigten die Fähigkeit, eine hohe Methanproduktion wiederherzustellen. Im Labor wurde eine erhöhte Methanausbeute von 20 Prozent bis 50 Prozent nachgewiesen, die das Potenzial von Cloacimonetes zur Verbesserung des anaeroben Faulungsprozesses zeigt. Das LIST meldete bereits ein Patent an.

### **gENESIS**

Bei diesem Projekt geht es um Energiemanagementsystem für intelligente nachhaltige Gebäude: Planung, Betrieb und optimale Integration in die intelligente Energie. Der Gebäudesektor, der für 36 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen in der Europäischen Union verantwortlich ist, war das Ziel der jüngsten Richtlinien, die darauf abzielen, die Verbesserung der Energieeffizienz zu fördern. Bis Ende 2020 soll jedes neue Gebäude in der EU ein nahezu energiefreies Gebäude (nZEB) sein, was bedeutet, dass die Produktion und der Verbrauch von Energie aus erneuerbaren Energiequellen vor Ort jährlich nahezu ausgeglichen sein müssen. Doch

auch ein Energiemanagementsystem (EMS) zur optimalen Steuerung ist wichtig. Die Umweltauswirkungen von EE-Strom und Speichern sind jedoch noch nicht in die Optimierungsprozesse integriert worden. Hier setzt gENESIS an. Koordiniert von LIST, will es das Energiemanagementsystem einer neuen oder bestehenden nZEB optimal gestalten und betreiben, wobei die optimale Integration in das intelligente Stromnetz berücksichtigt wird. Dazu wird zunächst ein neues Modell entwickelt. Die Umweltauswirkungen verschiedener erneuerbarer Energie- und Speichertechnologien werden zum ersten Mal in mathematische Programmierprobleme eingebettet, die auf nZEBs angewendet werden. Dann geht es um die Optimierung des Gebäudebetriebs. Das Ziel ist es, die Betriebskosten zu minimieren und den Gewinn der Beteiligten zu maximieren, während gleichzeitig die technischen Betriebsbedingungen erfüllt werden. Netzbetreiber sollen ein umfassendes Management-Tool erhalten. Geplant sind drei Prototypen für die optimale Planung von Gebäuden, den optimalen Betrieb von Gebäuden und den optimalen Betrieb von Verteilnetzen unter Ausnutzung der Flexibilität von nZEBs. Beim LIST ist man überzeugt, dass die Erstellung von Prototypen im Gebäude- und Wohngebietsmaßstab den Weg für Folgeprojekte mit potenziellen Industriepartnern zur Entwicklung eines hochleistungsfähigen Instruments eröffnet.

## **Im Bereich „IT for Innovative Services“ geht es unter anderem um die Verbesserung des Fahrverhaltens und die Akzeptanz von autonomen und verbundenen Fahrzeugen**

### **PAsCAL**

Bei vernetzten und autonomen Fahrzeugen (CAV) stellen sich eine Reihe von Fragen, wenn es darum geht, die komplexen Mensch-Maschine-Interaktionen zu berücksichtigen. Denn die Menschen werden mit neuen Situationen konfrontiert. Da es bislang vor allem um Technik ging, wurde das oft außer Acht gelassen. Darüber hinaus haben jüngste Studien gezeigt, dass die Mehrheit der Bevölkerung gegenüber CAV offenbar zurückhaltend ist. Das zeigt die Herausforderung. Das von der Europäischen Kommission geförderte Projekt PAsCAL zielt darauf ab, die Akzeptanz für die zukünftige CAV durch einen interdisziplinären Ansatz, der innovative humanwissenschaftliche und technologische Instrumente kombiniert, zu bewerten. Das Ziel dieses internationalen Projekts, das von LIST koordiniert wird, ist die Entwicklung einer Plattform, die zuverlässige und entworfene Spezifikationen für die Profile aller Benutzer sammelt: von den Herstellern über die Behörden bis hin zu den Bürgern. Das LIST wird für die Simulation realistischer Szenarien verantwortlich sein. PAsCAL wird die Schaffung von Guide2autonomy ermöglichen, einer einzigartigen europäischen Plattform, die Spezifikationen für die verschiedenen Nutzerprofile bereitstellt. Sie wird sowohl für die Herstellung von CAVs als auch für die Stadtplanung oder die Sensibilisierung der Bürger für diese zukünftige Mobilität von großem Interesse sein.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG  
Botschaft in Deutschland

# VERSCHIEDENES

# Yuriko Backes wird Hofmarschallin

Mit der erfahrenen Diplomatin steht erstmals eine Frau an der Spitze des Maréchalat de la Cour

Von Dani Schumacher

Yuriko Backes wird neue Hofmarschallin. Dies teilte der großherzoglichen Hof gestern per Pressecommuniqué mit. Die langjährige Chefin der luxemburgischen Vertretung der EU-Kommission ist die erste Frau an der Spitze des Maréchalat de la Cour. Sie tritt ihr Amt am 1. Juni an. Der Großherzog habe sich – in Absprache mit der Regierung – für Yuriko Backes entschieden, heißt es in der Mitteilung weiter. Sie sei eine Person mit „umfangreicher diplomatischer Erfahrung auf der höchsten nationalen und internationalen Ebene.“ Ihre persönlichen Eigenschaften und ihre berufliche Laufbahn würden sie zur „idealen Besetzung“ für den Posten machen. Sie übernimmt das Amt von Lucien Weiler, der Mitte März nach vier Jahren im Amt in den Ruhestand getreten war.

## Eine beeindruckende Karriere

Die am 22. Dezember 1970 in Japan geborene Diplomatin leitet seit dem 1. September 2016 die luxemburgische Vertretung der EU-Kommission. Davor war Yuriko Backes diplomatische Beraterin und „conseillère de légation“ im Staatsministerium, dies sowohl unter dem früheren Premier Jean-Claude Juncker (CSV) als auch unter dem aktuellen Regierungschef Xavier Bettel (DP).

Zwischen 2008 und 2010 war sie beigeordnete Direktorin in der Abteilung für internationalen Handel im Außenministerium. In den Jahren 2006 bis 2008 war sie als Chef de mission adjoint in der luxemburgischen Botschaft in Tokio tätig. Begonnen hat sie ihre Karriere 2002 in der ständigen

Vertretung Luxemburgs bei den Vereinten Nationen in New York und bei der Union de l'Europe occidentale in Brüssel.

Yuriko Backes hat an der London School of Economics internationale Beziehungen und an der London School of Oriental and African Studies Japanologie studiert. Das Collège d'Europe in Bruges schloss sie mit einem Master in „Etudes politiques et administratives européennes“ ab.

## Hohes Amt in turbulenten Zeiten

Backes übernimmt das Amt des Hofmarschalls in einer turbulenten Zeit. In den vergangenen Jahren schrieb der großherzogliche Hof vor allem wegen seiner Personalpolitik immer wieder negative Schlagzeilen. Zuletzt hatte sich das Personalkarussell immer schneller gedreht.

Premierminister Xavier Bettel hatte deshalb im Sommer 2018 den langjährigen Chef der Inspection Générale des Finances, Jeannot Waringo, damit beauftragt, das Finanz- und Personalmanagement der Cour grand-ducale unter die Lupe zu nehmen. Sein Bericht liegt seit Ende Januar vor. Waringos Untersuchungen hatten die Gerüchte bestätigt, laut denen vor allem die Großherzogin für die Personalpolitik bei Hofe verantwortlich zeichnete. Dies ist umso problematischer, da die luxemburgische Verfassung die Funktion einer Großherzogin nicht kennt. Ein weiterer Kritikpunkt betraf die fast gänzlich fehlende Definition der Zuständigkeiten.

## Die Neuaufstellung

Der Sonderberater hatte in seinem Bericht auch Vorschläge unterbreitet, um die Schieflage am

großherzoglichen Hof wieder zu begradigen. Dabei lag das Hauptaugenmerk auf einem neuen Organigramm. Durch die Neuaufstellung wird auch das Amt des Hofmarschalls wieder gestärkt. Anders als zuvor Lucien Weiler, muss der Hofmarschall – wie alle anderen Mitarbeiter in hohen Funktionen – dem Staatsdienst angehören und als Staatsbediensteter vereidigt sein. Yuriko Backes erfüllt all diese Voraussetzungen und gilt zudem als sehr zielorientiert und durchsetzungsfähig. Waringo hatte auch vorgeschlagen, dass der Hofmarschall von einem Commissaire oder Conseiller à la Cour unterstützt wird.

Im Nachhinein hatte sich übrigens herausgestellt, dass es der frühere Hofmarschall Lucien Weiler und der ehemalige Kabinettschef Michel Heintz waren, die im Sommer 2018 schließlich die Reißleine gezogen und Premierminister Bettel informiert hatten, weil die Situation am Hof vollständig aus dem Ruder zu laufen drohte.

Als Weiler im März in den Ruhestand ging, kamen mit dem Juraprofessor André Prum und dem Unternehmensberater Norbert Becker zwei weitere Sonderberater an den Hof. Sie sollen die Empfehlungen aus dem Bericht zusammen mit Jeannot Waringo umsetzen.

● *Yuriko Backes*  
● *übernimmt*  
*das Amt*  
*des Hofmarschalls*  
*in einer*  
*turbulenten Zeit.*

# Einwanderung zieht weiter an

Bevölkerungszahlen 2019 des Staterc: 12 214 mehr Einwohner, aber die Geburtenrate lässt zu wünschen übrig

Von Annette Welsch

626 000 Einwohner zählte Luxemburg am ersten Januar 2020, um 12 214 Personen wuchs die Bevölkerung im Laufe des vergangenen Jahres. Es ist eine Entwicklung, die weiterhin eher der Einwanderung geschuldet ist denn der natürlichen Vermehrung. Denn die Geburtenzahl von 6 230 überstieg die Zahl von 4 283 an Verstorbenen nur um 1 947 Personen, während 11 075 Personen im Laufe des Jahres 2019 netto hinzugezogen sind. Dahinter verbergen sich allerdings 26 668 Personen, die neu im Land eingetroffen sind und 15 593 Personen, die das Land (wieder) verlassen haben – darunter auch 1 067 Luxemburger. Deren Exodus hält somit an (siehe Grafik). Das ergibt sich aus den neuesten Zahlen der Statistikbehörde zur Bevölkerung und ihrer Entwicklung im Jahr 2019.

Der Ausländeranteil ist in den vergangenen Jahren nur leicht gestiegen, zuletzt sogar wieder gesunken. 2016 lag er schon bei 46,7 Prozent, 2018 waren es dann 47,5 Prozent und 47,4 Prozent im vergangenen Jahr. Dabei sind die Einbürgerungen um 18,6 Prozent von 6 950 Personen im Jahr 2018 auf 5 657 gesunken, es kamen netto mehr als 11 000 Personen aus dem Ausland hinzu, es kommen mehr ausländische als luxemburgische Kinder zur Welt und es sterben auch mehr Luxemburger als Ausländer.

Der Staterc erklärt sich dieses leichte Absinken damit, dass auch Minderjährige die luxemburgische Nationalität erhalten, sobald einer ihrer zwei Eltern naturalisiert wird. Genaue Zahlen gibt es dazu aber nicht. Eine weitere Erklärung ist, dass 2017 ein „Ajustement statistique“ durchgeführt wurde und sich diese informatische Bereinigung des Registre nationale des personnes physiques positiv für die Luxemburger und negativ für die Ausländer auswirkte.

## Immer weniger portugiesische Einwanderer

Seit 2014 überschreiten die französischen Einwanderer die portugiesischen Immigranten, die in den vergangenen Jahren immer an der Spitze lagen. Nun werden sie aber sogar von den Italienern

überholt. Innerhalb von fünf Jahren sank der Anteil der portugiesischen Einwanderer netto (Einwanderer minus Auswanderer) um mehr als sieben Prozentpunkte. Die Franzosen machten 2019 14,8 Prozent der Netto-Immigranten aus. Auf 9,2 Prozent bringen es nun die Italiener, die 2010 noch bei 3,9 Prozent lagen. Und bei nur noch 8,9 Prozent liegen die Portugiesen. Relativ klein sind die Zahlen bei den beiden anderen Nachbarländern: Die nach Luxemburg verzogenen Belgier kommen auf vier Prozent und die Deutschen auf 2,3 Prozent. Dennoch bleiben die Portugiesen die bei Weitem größte Ausländergemeinschaft in Luxemburg (siehe Grafik) und liegen mit einem Gesamtanteil von 15,2 Prozent weit vor den Franzosen mit 7,6 Prozent, den Italienern (3,7 Prozent) und den Belgiern (3,2 Prozent).

Luxemburgs Bevölkerung bleibt durch die Zuwanderung generell jung. Männer sind im Schnitt 38,8 Jahre alt, Frauen 40,3 und dieser Schnitt wird durch die Ausländer ordentlich gedrückt. Denn die Frauen mit luxemburgischer Staatsangehörigkeit sind im Schnitt 42,6 Jahre alt, 37,6 Jahre beträgt dagegen das Durchschnittsalter bei den ausländischen Frauen. Bei den Männern sind es 40,1 Jahre für die Luxemburger gegenüber 37,4 Jahren bei den Immigranten. Deutlich erkennt man aber die Tendenz, dass das Durchschnittsalter sich angleicht: 2011 lagen Männer und Frauen noch 1,9 Jahre auseinander, 1,5 sind es im Jahr 2019.

Legt man die Alterspyramide der Luxemburger und die der Ausländer übereinander (s. Grafik), kann man gut erkennen, dass der Anteil der Ausländer in der Alterskategorie von 0 bis 19 Jahren mit steigendem Alter abnimmt: Im Alter von 0 bis 4 Jahren liegt der Ausländeranteil bei 48,7 Prozent, 36,1 Prozent sind es noch bei den 15- bis 19-Jährigen. Dafür ist der ausländische Bevölkerungsanteil signifikant höher, wenn es um die Altersklasse derer geht, die im Erwerbsalter sind. Bei den 30- bis 54-Jährigen überwiegen die Mitbürger mit ausländischem Pass.

Ab dem Alter von 55 Jahren nehmen die Luxemburger wieder

deutlich überhand. Nur jeder dritte ist ab dem Alter von 65 Jahren noch ein Ausländer, nicht einmal mehr jeder fünfte ab dem Alter von 90 Jahren. Da wundert es auch nicht, dass nur jeder vierte Verstorbene ein ausländischer Mitbürger ist. Offensichtlich kehren die Immigranten dann doch lieber in ihre Herkunftsländer zurück, um ihren Lebensabend zu verbringen.

## Fruchtbarkeitsrate eine der niedrigsten der EU

Im Schnitt mit 31 Jahren gebären die Frauen in Luxemburg ihr erstes Kind. Die Anzahl der Geburten ist im vergangenen Jahr ganz leicht um 44 Neugeborene oder 0,7 Prozent auf 6 230 gesunken. Das ist der Tatsache geschuldet, dass 2,4 Prozent weniger Kinder ausländischer Eltern zur Welt kamen, die traditionell das Gros der Geburten ausmachen. Das konnte nur zum Teil dadurch wett gemacht werden, dass die Geburten der Kinder mit luxemburgischer Nationalität um ein Prozent anstiegen.

Insgesamt sank die Anzahl der Kinder pro Frau dadurch von 1,38 Kindern auf 1,34. Im Jahr 2010 betrug sie noch 1,63 Kinder – seither geht die Fruchtbarkeitsrate kontinuierlich zurück. Ein Trend, der übrigens EU-weit zu beobachten ist: In der EU-28 sank die Gesamtfruchtbarkeitsrate von 1,62 auf 1,56. Aber nur in fünf Ländern – Malta, Spanien, Italien, Zypern und Griechenland – kommen noch weniger Kinder pro Frau zur Welt als in Luxemburg. 2004 war das noch anders, da gehörte Luxemburg mit 1,70 Kindern zur Spitzengruppe in der EU, die einen Schnitt von 1,63 aufwies.

Man heiratet auch wieder mehr, ist eine weitere Feststellung der Statistiker: Um 13 Prozent stiegen die Eheschließungen von 1 896 auf 2 143 an. 59 davon wurden zwischen zwei Personen gleichen Geschlechts geschlossen: 35 zwischen zwei Männern und 24 mal zwischen Frauen. Aber auch die Scheidungen stiegen stark um 54,9 Prozent an. Waren es 2018 noch 1 230 Scheidungen, so gingen im Jahr darauf 1 906 Paare zum Scheidungsrichter. Der Staterc führt das auf die Scheidungsreform zurück, die 2018 in Kraft trat und nicht zuletzt zum Ziel hatte, die Prozedur

friedlicher und zügiger zu gestalten.

Die Lebenserwartung beträgt derweil im Schnitt 82,2 Jahre. Frauen werden weiterhin deutlich älter. Mit 84,5 Jahre versterben sie im Schnitt und überleben damit die Männer um ganze 4,5 Jahre.

*Die Luxemburger bleiben mit 52,6*

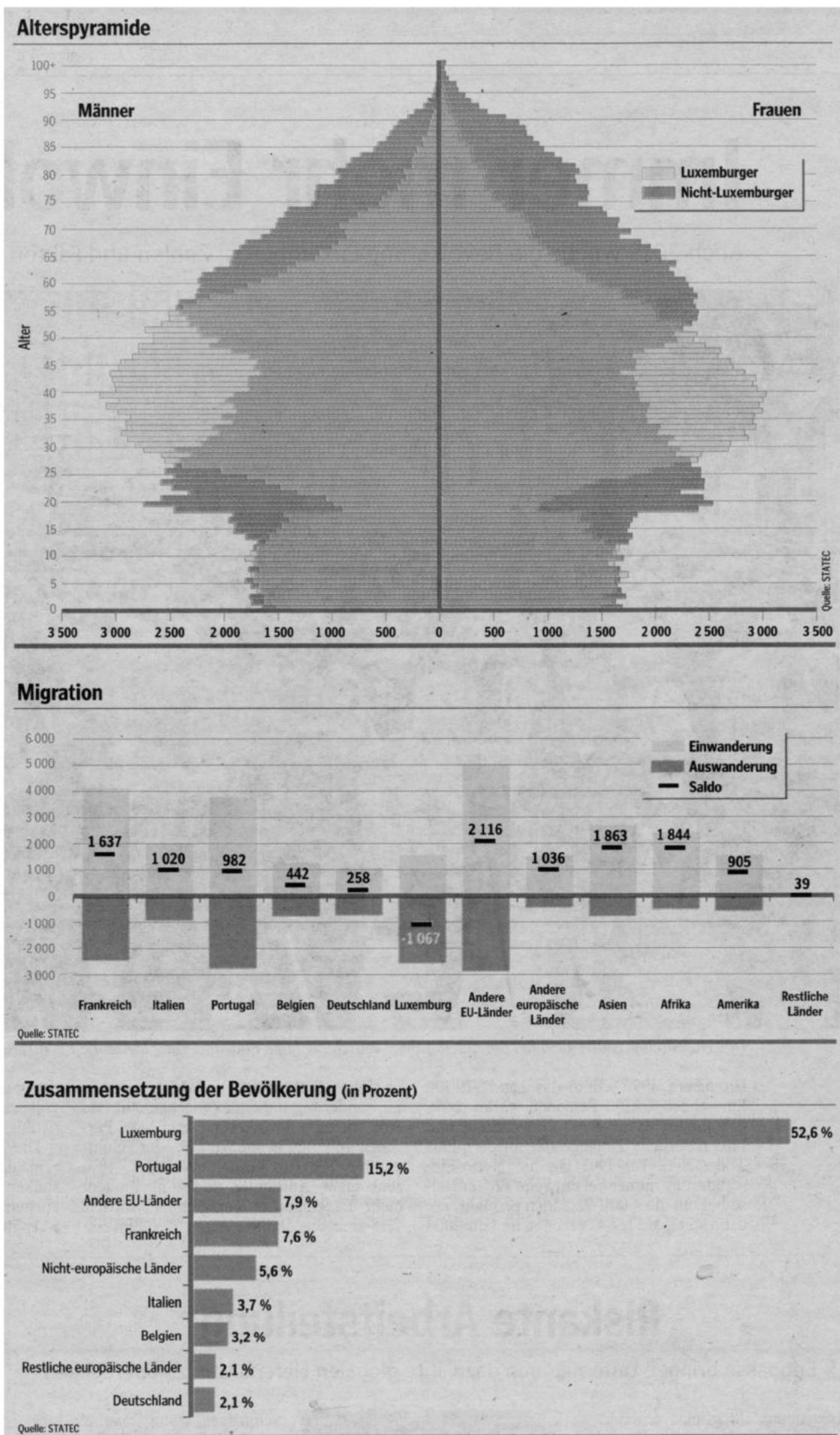
*Prozent noch immer die*

*Mehrheit in ihrem Land.*

*Hochzeiten stiegen*

*um 13 Prozent, Scheidungen um 54,9 Prozent an.*

Démographie



# Grundwasserpegel kaum erholt

Fehlende Niederschläge und Corona-Maßnahmen belasten die Trinkwasserreserven

Von Jacques Ganser

**Luxemburg.** Wohl gab es in den letzten Tagen einige Regenschauer, die vorangegangenen sechs Wochen Trockenheit kann dies aber kaum bis gar nicht ausgleichen. Die ersten Geschädigten sind die Landwirte, das junge Getreide mit seinen flachen Wurzeln bekommt nicht ausreichend Wasser, auch das Grünland als wichtige Futterquelle dürfte beim ersten Schnitt eher magere Ergebnisse liefern. Auch die Wälder, die bereits drei Trockenjahre hinter sich haben, riskieren, bleibenden Schaden davonzutragen. Viele Baumarten sind bereits schwer vorgeschädigt, andere, wie die Fichte, werden wohl ganz verschwinden. Doch wie sehen die Grundwasserspiegel in Luxemburg generell aus?

Jean-Paul Lickes, der Direktor des Wasserwirtschaftsamts, macht sich vor allem wegen der trockenen Vorjahre Sorgen. „2019 war ein außergewöhnlich trockenes Jahr, welches die bereits niedrigen Grundwasserstände weiter sinken ließ, das zeigen unsere Messungen in den Tiefenbohrungen.“ Zwar sei der vergangene Winter sehr niederschlagsreich gewesen, die Grundwasserpegel hätten sich allerdings nur zum Teil erholen können.

„Weil die Böden komplett austrocknet waren, dauerte es bis in den Februar hinein, bis der Niederschlag durchsickerte und schließlich auch die Grundwasserschichten erreichen und auffüllen konnte.“ Dank des Regens im Januar und Februar konnten die Pegel sich zwar erholen, wegen der drei trockenen Jahre zuvor bleiben diese insgesamt aber auf einem niedrigen Niveau.

Gewässer am Limit

Auch die Gewässer leiden. Gab es im Februar noch vereinzelt Hochwasserwarnungen, so sind Quellen, Bäche und Flüsse mittlerweile wieder an Niedrigstständen angelangt. Darunter leidet auch die gesamte Flora und Fauna innerhalb dieser Fließgewässer. „Bewässerung für die Landwirtschaft ist auch deshalb keine Option, weil sich Luxemburg auf der Wasserscheide zwischen Rhein und Maas befindet: Das heißt, viele Bäche und Flüsse nehmen hier ihren Anfang und führen deshalb naturgemäß, mit Ausnahme der Mosel, wenig Wasser. Für Bewässerungsprojekte reichen diese Volumen nicht aus“, erklärt Lickes.

Ohnehin sieht Lickes die ganze Entwicklung im Zuge eines Klimawandelszenarios. „Wir werden wohl oder übel erleben, dass Arten verschwinden und andere auftauchen. Bloß wird dieser Prozess einige Jahre brauchen. Auch die Landwirtschaft und der Weinbau werden sich anpassen müssen. Das muss aber nicht unbedingt zu deren Nachteil sein“, so Lickes.

Trinkwasser vorläufig gesichert

Wegen des regenreichen Winters ist zumindest der Obersauerstausee, und damit das größte Trinkwasserreservoir, gut gefüllt. Kurzfristig sind denn auch keine Probleme bei der Versorgung zu befürchten. Lickes verweist allerdings auf andere, unbekannte Faktoren, welche eine Rolle spielen könnten. So ging der Trinkwasserverbrauch während der Phase der Ausgangsbeschränkungen zwar leicht, aber nicht in dem Maße zurück, wie man sich dies hätte erwarten können. „Das Baugewerbe, welches traditionell viel Wasser verbraucht, lag brach, genauso wie andere Wirtschafts-

zweige. Aber die Leute waren zu Hause und verbrauchten dort ganz anständige Mengen, es wurde wohl intensiv gekärchert und gegärt. Das schlägt sich dann auf den Verbrauch nieder.“

Viele unbekannte Faktoren

Im Wasserwirtschaftsamts will man den Verbrauch, der jetzt mit der Wiederaufnahme der Aktivitäten insbesondere im Baugewerbe wieder ansteigen wird, jedenfalls im Auge behalten. Lickes schließt nicht aus, dass bei anhaltend hohem Verbrauch und niedrigem Niederschlag um Mitte Mai wieder Appelle zum sparsamen Umgang notwendig sein werden. Im Wasserwirtschaftsamts schaut man dabei aber auch schon weiter in die Zukunft: Was passiert, wenn die Luxemburger zur Sommerzeit nicht in Ferien fahren können oder der Kollektivurlaub im Baugewerbe ganz ausfällt oder verschoben wird?

„Normalerweise fällt der Ferienbeginn genau mit dem Zeitpunkt zusammen, an dem die Trinkwasserreserven am stärksten belastet sind. Tausende von Menschen verlassen dann zusammen das Land, die Gewerbe ruhen, der Verbrauch geht deutlich zurück. Wenn all diese Menschen aber jetzt hier bleiben und ihr Planschbecken füllen, dann haben wir ein Problem“, so Lickes.

*Ein trockener Sommer und Menschen, die nicht verreisen. Das wird eine Herausforderung.*

Jean-Paul Lickes, Direktor des Wasserwirtschaftsamts

## Trinkwasser und Corona-Virus

Seit Beginn der Corona-Krise steht die Frage im Raum, ob das Corona-Virus im Trinkwasser überleben kann. Jean-Paul Lickes ist hier formell, zumindest was den aktuellen Stand der Wissenschaft betrifft: „Bisher gibt es keine Berichte, keinen wissenschaftlichen Nachweis und keine Fälle von Corona-Viren in Trinkwasser oder gar Infektionen über das Trinkwasser.“ Zwar wurden Spuren der Viren in Stuhlproben nachgewiesen und wohl sind Virensuren auch in Alzette, Sauer und Mosel messbar. Theoretisch wäre auch bei diesem Virus eine fäkal-orale Ansteckung denkbar – beispielsweise, wenn Trinkwasser durch Fäkalien verunreinigt würde. Bisher gibt es jedoch keinen einzigen dokumentierten Fall. Zudem ist nicht erwiesen, ob diese Virenmengen ausreichen, um jemanden anzustecken. Trinkwasser durchläuft in Aufbereitungsanlagen

zudem einen mehrstufigen Reinigungsprozess, bei dem Viren herausgefiltert und beispielsweise durch UV-Strahlung unschädlich gemacht werden. „Trinkwässer, die unter Beachtung der allgemein anerkannten Regeln der Technik gewonnen, aufbereitet und verteilt werden, sollten auch die Viren problemlos bewältigen“, so Lickes. „Eine Studie untersuchte die Möglichkeit, ob das Virus sich in Bakterien sozusagen ‚verstecken‘ könnte, insbesondere in Koli-bakterien, welche in Abwässern massenweise anzutreffen sind. Sollte sich dies bestätigen, müsste überprüft werden, welche Dosis für den Menschen schädlich wäre, und dann müsste eventuell die Chlorierung verstärkt werden.“ Laut Lickes spreche zurzeit aber nichts für diese These. „Länder mit einem bedeutend schlechteren Trinkwassernetz als Lu-

xemburg, beispielsweise die USA, hätten dann bereits mit solchen Problemen zu kämpfen gehabt. Die dort zuständige Behörde EPA ist in diesen Dingen sehr strikt, es gab aber keine Auffälligkeiten“. Auch das vor Kurzem in Paris ausgesprochene Verbot, Wasser zum Reinigen der Bürgersteige wegen Spuren des Corona-Virus zu benutzen, hat nicht direkt etwas mit dem Trinkwasser zu tun. „In Paris bestehen, historisch bedingt, und anders als in Luxemburg, wo wir nur zwei Netze haben, drei Wassernetze: ein Abwassernetz, ein Trinkwassernetz und ein Brauchwassernetz. Brauchwasser wird in Frankreich zum Absprühen der Bürgersteige benutzt, es handelt sich also um eine Mischung aus Regen- und Flusswasser. Die Virensuren waren dort gefunden worden und zu keinem Zeitpunkt im Trinkwassernetz.“